



CENTRUM STOSUNKÓW MIĘDZYNARODOWYCH

Deutschland und Polen in einer veränderten Welt

Aus den Gesprächen
des X. Deutsch - Polnischen Forums

Herausgegeben von Jörg Forbrig
und Monika Mazur-Rafał

Warszawa 2002

© Copyright by Centrum Stosunków Międzynarodowych
Warszawa 2002

SERIA NIEMIECKA

**Dieses Buch wurde herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit aus Mitteln
der Bundesrepublik Deutschland.**

**Publikacja wydana dzięki finansowanemu wsparciu Fundacji Współpracy
Polsko-Niemieckiej ze środków Republiki Federalnej Niemiec.**

Redakcja/Herausgeber:

Jörg Forbrig und Monika Mazur-Rafał

Współpraca/Mitarbeit:

Sebastian Büttner und Magdalena Kurkowska

Projekt okładki/Umschlagentwurf:

AgrafA

ISBN: 83-88216-22-8

Fundacja Centrum Stosunków Międzynarodowych

ul. Flory 9, V p.

00-586 Warszawa

tel. (+48 - 22) 646 52 67, 646 52 68

fax (+48 - 22) 646 52 58

adres internetowy: www.csm.org.pl

e-mail: info@csm.org.pl

INHALT

Einführung	7
<i>Janusz Reiter und Gesine Schwan</i>	
Programm des X. Deutsch – Polnischen Forums	11
Warum wir Europa brauchen	14
<i>Joschka Fischer</i>	
Warum wir Europa brauchen	25
<i>Włodzimierz Cimoszewicz</i>	
Nach dem 11. September: wie schaffen wir Sicherheit für die Welt?	40
<i>Podiumsdiskussion in der Zusammenfassung von Magda Kurkowska</i>	
<i>Law and Order</i> in der Zivilgesellschaft? Deutsche und Polnische Antworten	56
<i>Podiumsdiskussion in der Zusammenfassung von Jörg Forbrig</i>	
Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen	73
<i>Leszek Miller</i>	
Deutsche und Polen: Partner oder Konkurrenten in Europa?	81
<i>Podiumsdiskussion in der Zusammenfassung von Sebastian Büttner</i>	
EU-Osterweiterung – Was sage ich meinen Wählern?	102
<i>Podiumsdiskussion in der Zusammenfassung von Jörg Forbrig</i>	
Teilnehmer des X. Deutsch – Polnischen Forums	117

EINFÜHRUNG

Seit das Deutsch-Polnische Forum in den siebziger Jahren ins Leben gerufen wurde, haben die Beziehungen zwischen beiden Ländern eine ungeahnte Entwicklung durchlaufen. Zwar hatte sich bereits zu jenem Zeitpunkt das offizielle Verhältnis zwischen Deutschland und Polen maßgeblich entspannt. Darüber hinaus jedoch blieben die deutsch-polnischen Beziehungen von historischen Hypotheken belastet, von ideologischen Unterschieden geprägt und durch die geopolitische Lage jener Jahre bestimmt. Angesichts dieser Situation wurde es zum Auftrag des Deutsch-Polnischen Forums, abseits offizieller Kontakte einen informellen Austausch zu jenen Fragen zu ermöglichen, die im Verhältnis beider Völker von Brisanz waren, und so den Weg für gegenseitiges Verständnis und Verständigung zu ebneten. Zu diesem Zwecke fand das Forum in regelmäßiger Folge und abwechselnd in Deutschland und Polen statt. Bereits vor 1989 trug es so zu einem fruchtbaren und vertrauensbildenden Dialog zwischen gesellschaftlichen Exponenten beider Länder bei und bereitete die Entwicklung, die die deutsch-polnischen Beziehungen seither genommen haben, mit vor.

Durch die Umwälzungen des Jahres 1989 wurde es möglich, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen neu zu bestimmen und auch das Deutsch-Polnische Forum auf eine neue Basis zu stellen. Im Nachbarschaftsvertrag von 1991 wurde die Bedeutung dieser Institution ausdrücklich hervorgehoben. Kernaufgabe des Forums ist es demgemäß, „Konzeptionen für die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu entwerfen und entsprechende Initiativen zu ergreifen.“ Dieses Ziel verfolgt das Deutsch-Polnische Forum weiterhin vor allem durch einen regelmäßigen und intensiven Austausch zwischen Entscheidungs- und Leistungsträgern sowie Meinungsbildnern aus beiden Ländern.

Zunehmend jedoch sah sich das Deutsch-Polnische Forum auch mit einer gewissen Unsicherheit konfrontiert, wie die Verständigung zwischen bei-

den Ländern im Angesicht eines gewandelten und sich weiter verändernden Umfeldes wirkungsvoll zu gestalten sei. Die äußeren Zwänge, die die deutsch-polnischen Beziehungen bis 1989 bestimmten, sind im wesentlichen verschwunden. Grundlegende, vor allem auch geschichtlich bedingte Fragen können in aller Offenheit angesprochen und immer öfter auch Lösungen zugeführt werden. Vielfältige Initiativen sind ins Leben gerufen worden, die einer engeren Kooperation zwischen staatlichen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Akteuren dienen. Vor dem Hintergrund dieses sich rasant entwickelnden, vielerorts vertiefenden und oft verbessernden Verhältnisses stellte sich für das Deutsch-Polnische Forum zunehmend die Frage nach seiner Raison d'être, nach thematischer Ausrichtung und organisatorischer Form.

Wie die Anwesenheit einer Vielzahl profilierter Persönlichkeiten aus beiden Ländern beim jüngsten, dem X. Deutsch-Polnischen Forum im Januar 2002 unter Beweis stellt, hat diese Institution ihre Daseinsberechtigung keineswegs eingebüßt. Statt dessen stellt sich der fortgesetzte Dialog zwischen beiden Ländern auch in diesem Rahmen weiterhin als notwendig und wünschenswert dar. Zum einen rührt dies aus der fortdauernden Asymmetrie zwischen Deutschland und Polen her, sei es hinsichtlich des politischen Status oder der wirtschaftlichen Kapazität der beiden Staaten. Zum anderen stehen diesen Unterschieden in zunehmendem Maße gemeinsame Interessen gegenüber, sei es im Hinblick auf Institutionen wie NATO und Europäische Union oder in Bezug auf die direkte Nachbarschaft Deutschlands und Polens, ihre gemeinsame Geschichte und geopolitische Lage. Herausforderungen, denen sich beide Länder gleichermaßen gegenüber sehen, bestehen zudem in den vielfältigen Veränderungen auf europäischer wie globaler Ebene, innerhalb des europäischen Integrationsprozesses und durch weiterreichende Globalisierungsprozesse.

Jedoch begründen nicht nur Interessenunterschiede wie -gemeinsamkeiten einen fortgesetzten Austausch zwischen beiden Ländern. Ebenso erforderlich ist dieser für das deutsch-polnische Verhältnis in ihrer gesellschaftlichen Breitenwirkung. Nur zu oft findet der Dialog hinter verschlossenen Türen statt, hat es jedoch bislang nur bedingt vermocht, Signale auszusenden und Symbole zu stiften, die die Menschen in beiden Ländern erreichen, in diesen Dialog einbeziehen und für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis mit dem

jeweils anderen Land einnehmen. In diesem Sinne zu wirken ist entsprechend eine fortdauernde Herausforderung auch für das Deutsch-Polnische Forum.

An Aufgaben mangelt es also dem Deutsch-Polnischen Forum keinesfalls. Vielmehr sah und sieht sich diese Institution vor die Aufgabe gestellt, sich neu zu orientieren, ihren Auftrag zu überdenken und ihr Format entsprechend zu wandeln. Nur auf diese Weise wird es dieser Institution möglich sein, ihrer Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen in ihrer bilateralen wie internationalen Relevanz weiterhin gerecht zu werden.

Mit seiner zehnten Auflage stellte sich das Deutsch-Polnische Forum diesen Herausforderungen. Dabei waren es vor allem drei Aspekte, die dieses jüngste Deutsch-Polnische Forum von seinen Vorgängern unterschieden. Thematisch war es geboten, die deutsch-polnischen Beziehungen verstärkt in Bezug zu Wandlungsprozessen im europäischen wie globalen Maßstab zu setzen. Das X. Deutsch-Polnische Forum setzte diesen Akzent, indem es sich Fragen von „Deutschland und Polen in einer veränderten Welt“ widmete. Das Hauptaugenmerk galt dabei der anstehenden Osterweiterung der Europäischen Union und, aus aktuellem Anlaß, den Veränderungen seit dem 11. September, sowie den Konsequenzen beider Entwicklungen für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen.

Auch in seinem Format standen Veränderungen des Deutsch-Polnischen Forums an. Ausgehend von dem Auftrag, eine offene und kritische, informierte und konstruktive Diskussion zwischen deutschen und polnischen Teilnehmern zu befördern, schien ein im Vergleich zu früheren Foren verkleinertes Format angemessen. Außerdem galt es, Teilnehmerkreis und thematische Ausrichtung dahingehend zu modifizieren, daß wirtschaftliche Fragestellungen verstärkt ins Blickfeld des Deutsch-Polnischen Forums rückten. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß es vor allem auf wirtschaftlicher Ebene noch großer Anstrengungen bedarf, um eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, fruchtbarer Zusammenarbeit und gesunden Wettbewerbs zu entwickeln. Im Unterschied zu früheren Foren wurden daher neben Exponenten aus Politik und Gesellschaft, Kultur und Medien auch verstärkt wirtschaftliche Leistungsträger aus beiden Ländern angesprochen.

Solcherart gewandelt, hofft das Deutsch-Polnische Forum, auch fürderhin als Motor der deutsch-polnischen Beziehungen wirken zu können. Ob-

wohl das Klima zwischen beiden Ländern so gut ist wie wohl selten in ihrer langen gemeinsamen Geschichte, sind weitere und fortgesetzte Anstrengungen erforderlich, für die von dieser Institution wichtige Impulse ausgehen können und sollten. Das X. Deutsch-Polnische Forum markierte in dieser Hinsicht einen vielversprechenden Neubeginn.

Janusz Reiter und Gesine Schwan
Ko-Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Forums

X. Deutsch – Polnisches Forum **„Deutschland und Polen in einer veränderten Welt“**

PROGRAMM

Freitag, 25. Januar 2002

■ Begrüßung und Eröffnung durch die Ko-Vorsitzenden des Forums

Janusz Reiter, Botschafter a. D. in Deutschland, Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

■ Warum wir Europa brauchen

Joschka Fischer, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Włodzimierz Cimoszewicz, Außenminister der Republik Polen

■ Nach dem 11. September: wie schaffen wir Sicherheit für die Welt?

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a. D., Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Janusz Reiter, Botschafter a. D., Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau

Prof. Dr. Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, Berlin

Dr. Klaus Mangold, Mitglied des Vorstands der DaimlerChrysler AG, Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft

Dr. Janusz Onyszkiewicz, Verteidigungsminister a.D., Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau

Dr. Aleksander Smolar, Präsident der Stefan-Batory-Stiftung, Warschau

Moderation: *Christoph von Marschall*, Redakteur, „Der Tagesspiegel“, Berlin

■ **Law and Order in der Zivilgesellschaft? Deutsche und polnische Antworten**

Zenon Kosiniak-Kamysz, Stellvertretender Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung der Republik Polen

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Fraktion, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Prof. Dr. Andrzej Zoll, Ombudsmann für Bürgerrechte, ehem. Präsident des polnischen Verfassungsgerichts

Moderation: *Jacek Żakowski*, Publizist, Warschau

Samstag, 26. Januar 2002

■ **Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen**

Leszek Miller, Ministerpräsident der Republik Polen

■ **Deutsche und Polen: Partner oder Konkurrenten in Europa?**

Prof. Dr. Marek Belka, Stellv. Ministerpräsident und Finanzminister der Republik Polen

Dr. Tessen von Heydebreck, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG

Reinhold Kopp, Generalbevollmächtigter und Leiter Regierungsbeziehungen, Volkswagen AG

Dr. Henryka Bochniarz, Präsidentin der Polnischen Vereinigung Privater Arbeitgeber

Roland Berger, Vorsitzender der Geschäftsführung von Roland Berger Strategy Consultants

Dr. Ursula Engelen-Kefer, Stellv. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Dr. Janusz Lewandowski, Stellv. Vorsitzender der Europa-Kommission des Sejm, Bürgerplattform (PO), ehem. Privatisierungsminister

Moderation: *Dr. Hermann Rudolph*, Herausgeber, „Der Tagesspiegel“, Berlin

■ **EU-Osterweiterung – Was sage ich meinen Wählern?**

Jaroslaw Kalinowski, Stellv. Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (PSL)

Helmut Holter, Stellv. Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern (PDS)

Markus Meckel, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe

Dr. Friedbert Pflüger, Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU

Dr. Józef Oleksy, Mitglied des Sejm, Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Sejm, Ministerpräsident a. D.

Jan Maria Rokita, Mitglied des Sejm, Bürgerplattform (PO)

Moderation: *Adam Krzemiński*, Publizist, Wochenzeitschrift „Polityka“

WARUM WIR EUROPA BRAUCHEN

Joschka Fischer

Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Frau Professor Schwan, Herr Botschafter a. D. Reiter, Herr Kollege Cimoszewicz, meine Damen und Herren Abgeordneten, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

ich freue mich heute sehr, hier zur Eröffnung des Deutsch-Polnischen Forums in Warschau sein zu können – gemeinsam mit meinen Kollegen, mit dem früheren Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher, der früheren Präsidentin des deutschen Bundestages Rita Süßmuth, Abgeordneten, Repräsentanten der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern – weil ich denke, dies ist eine sehr gute Gelegenheit und der Neubeginn einer älteren Institution. Der Neubeginn in einer völlig veränderten politischen Realität. Es wird gelegentlich gefragt, ob es tatsächlich Fortschritt gibt in den deutsch-polnischen Beziehungen, aber auch was die Entwicklung Europas insgesamt betrifft. Dies Frage muß mit einem eindeutigen „Ja“ beantwortet werden.

Bevor ich zum Thema Ihres Treffens heute und morgen spreche, der Frage „Warum wir Europa brauchen“, gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen aus aktueller Sicht. Wie immer, wenn wir über unser Verhältnis zueinander sprechen, zumindest gilt dies aus deutscher Sicht, so dürfen

„Wenn wir über unser Verhältnis zueinander sprechen, zumindest gilt dies aus deutscher Sicht, so dürfen wir die Vergangenheit nicht vergessen.“

wir die Vergangenheit nicht vergessen und auch – ich sage das für eine jüngere Generation – unsere Verantwortung für unsere eigene Vergangenheit und die tragischen Teile in unserem gemeinsamen Verhältnis. Wie wichtig die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind, hat die Tatsache verdeutlicht, daß es ohne eine Anerkennung der polnischen Westgrenze keine Deutsche Einheit gegeben hätte. Dieses war die Voraussetzung. Aber jenseits dieser hochpolitischen und völkerrechtlichen Frage finde ich es faszinierend festzustellen, daß es zum ersten Mal in unserer so komplizierten und auch tragischen Geschichte der Nationalstaatsbildung einen wichtigen Zusammenhang gibt, der sich an dieser Grenzfrage festmacht: die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit war auch deshalb möglich, weil sich das demokratische Deutschland nach vielen Umwegen, nach furchtbaren Verirrungen und dem Absturz in die Hitlerbarbarei, auf den Weg nach Westen gemacht, sich eingefügt hat mit seinen Interessen in die westliche Staatengemeinschaft, in die transatlantische Gemeinschaft und in die sich bildende Europäische Integration. Das wurde abgeschlossen durch die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Dies hat zur Deutschen Einheit geführt in Frieden und Freiheit, es wird ein wichtiger Baustein für das größere, für das zusammenwachsende Europa sein. Die Deutschen sind zum ersten Mal in der Moderne bei sich selbst angekommen, in ihrem Nationalstaat. Wir haben zum ersten Mal, und dies ist ein Novum, das eine jüngere Generation kaum noch realisiert, so selbstverständlich ist es geworden, keine Probleme mehr mit unseren Nachbarn, auch und gerade nicht mit unseren polnischen Nachbarn. In dem Moment, wo klar war, wo Deutschland liegt, war auch völlig klar, wo Polen liegt. Das ist die Grundlage einer völlig neuen Lage, die sich vor

„Die Deutschen sind zum ersten Mal in der Moderne bei sich selbst angekommen, in ihrem Nationalstaat.“

allen Dingen durch das Jahr 1990 ergeben hat. Das ist auch die Grundlage für den Bau an einem gemeinsamen, größeren Europa. Und schon heute stellen wir fest – und es ist Ausdruck europäischer Normalität – daß wir neben internationalen hauptsächlich über europäische Fragen sprechen. Insofern und bei aller Bedeutung wichtiger regionaler Themen, der Kooperation im Wissenschaftsbereich, im Kulturbereich denke ich, daß die deutsch-polnischen Beziehungen eingebettet sein werden in die gemeinsame europäische Perspektive. Deswegen gestatten Sie mir, daß ich mein Hauptaugenmerk auf diese gemeinsame europäische Perspektive richte, weil diese in unserem gemeinsamen Interesse ist. Die sich erweiternde Union ist eine der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Eine Herausforderung, die unsere gemeinsame Zukunft betrifft, nicht nur bilateral, sondern im Konzert aller anderen europäischen Partner.

„Warum wir Europa brauchen? Die Antwort ergibt sich aus der Teilung, aus der Selbstzerstörung Europas.“

Warum wir Europa brauchen? Die Antwort ergibt sich aus der Teilung, aus der Selbstzerstörung Europas. Sie ergibt sich aber nicht nur aus den Erfahrungen mit der Vergangenheit, sondern sie ergibt sich auch aus Gegenwart und Zukunft. Die entscheidende Frage, die sich stellt, ist, ob wir Europäer, ob die europäischen Nationalstaaten, wenn wir nicht zueinander finden – das „Wie“ wird dabei zu diskutieren, darüber wird zu streiten und auch hoffentlich bald zu entscheiden sein – ob wir als Europäer, als einzelne Nationalstaaten in der Welt des 21. Jahrhunderts nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch die Rolle werden spielen können, die wir spielen müssen im Interesse unserer Menschen und unserer Gesellschaften. Meine Antwort darauf ist, auch gerade bedingt durch die Erfahrung, die ich als Außenminister gemacht habe, ein eindeutiges „Nein.“ Wenn wir nicht zueinander fin-

den, dann werden wir schlicht und einfach diese Rolle nicht ausüben können, die wir in unserem ureigensten Interesse spielen müssen. Und insofern ist für mich die europäische Integration nicht nur eine Beantwortung der Widersprüche der europäischen Staatenordnung der Vergangenheit, die im 20. Jahrhundert zu furchtbaren Katastrophen geführt haben, sondern vor allen Dingen auch eine Gestaltungsmöglichkeit, ohne daß wir unsere unterschiedlichen Identitäten aufgeben, ohne daß die Nationen sich darin verlieren werden.

Warum wir also Europa brauchen, scheint mir relativ einfach zu beantworten zu sein. Viel schwieriger ist die Frage „Welches Europa?“, „Was verstehen wir unter Europa?“, „Wie soll sich dieses Europa organisieren?“ Und dabei wird ja oft über den „alten“ Kontinent, über die mangelnde Dynamik dieses „alten“ Kontinents geschimpft. Gestatten Sie mir, daß ich gerade hier, beim Deutsch-Polnischen Forum, nochmals den Blick auf den 1. Januar lenke, weil dieser sehr zukunftssträchtig ist, zumindest für zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, und darüber hinaus auch für all jene, die der Europäischen Union beitreten wollen. Und das ist schlicht und einfach die Einführung des Euro als Zahlungsmittel, die Ablösung nationaler durch eine gemeinsame europäische Währung. Für uns ist dies eine enorm wichtige Erfahrung: Zum ersten Mal im Alltag feststellbar, das Leben von Hunderten von Millionen Europäerinnen und Europäern bestimmend, wird Europa konkret, anfaßbar und wird die Erfahrung von Menschen prägen. Obwohl es ganz offensichtlich funktioniert, daß man zumindest zeitweise eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Regierung haben kann, wird der Euro dennoch einen erheblichen Druck auf die zukünftige Integration der Europäischen Union ausüben.

„Viel schwieriger ist die Frage: Welches Europa? Was verstehen wir unter Europa? Wie soll sich dieses Europa organisieren?“

„Die Erweiterung ist eine enorme historische Herausforderung. Es wird darum gehen, daß Wirtschaft und Gesellschaft sich Schritt für Schritt der Europäischen Union annähern.“

Die zweite große Herausforderung ist die Überwindung der europäischen Teilung, die Öffnung der Europäischen Union über den ehemaligen „Eisernen Vorhang“, über die Grenze zum „Warschauer Pakt“ hinweg. Polen ist dabei das größte Land, volkswirtschaftlich auch das wichtigste Land, und es ist unser direkter Nachbar, so daß wir aus vielerlei Gründen ein besonderes Interesse daran haben, daß Polen in der ersten Gruppe der Erweiterungskandidaten ist. Die Erweiterung ist eine enorme historische Herausforderung, denn es geht ja nicht nur darum, daß man einer internationalen Organisation oder einem Militärbündnis beitrifft – dieser Schritt wurde bereits mit dem Beitritt zur NATO vollzogen – sondern es wird darum gehen, daß Wirtschaft und Gesellschaft sich Schritt für Schritt der Europäischen Union annähern, ein weitaus komplizierterer Prozeß. Die Europäische Union hat in Helsinki die Bedingungen klar formuliert und es wird meines Erachtens sehr wichtig sein, daß diese Bedingungen ernst genommen und erfüllt werden. Wir wollen, daß es so schnell wie möglich zu einem Abschluß der Verhandlungen kommt. Ich erinnere mich noch an meinen ersten Warschau-Besuch als Außenminister. Damals betraf die Debatte noch die Frage, ob denn Schröder und Fischer, ob die neue Regierung tatsächlich den Beitritt will. Das Datum „2000“ war als abstraktes Versprechen schon vorher in die Welt gesetzt worden, und ich habe schon damals gesagt: „Wir brauchen keine Debatten über Zahlen, sondern wir müssen die Dinge praktisch angehen. Es geht nicht darum, dass wir rhetorisch Zahlen in die Welt setzen. Wir wollen – und wir hatten dann nach wenigen Wochen die Präsidentschaft zu übernehmen – die Dinge praktisch voran bringen. Laßt uns Dossier für Dossier verhandeln! Laßt uns den Verhandlungsprozeß voran bringen!“ Und ich

hatte schon damals in internen Gesprächen den Horizont 2004/2005 für einen Beitritt anvisiert, einfach unter dem Gesichtspunkt der praktischen Abläufe, des Durchverhandelns und dann des Ratifizierungszeitraums, dessen es bedarf. Nach Helsinki haben sich die Staatspräsidenten in Nizza und auch in Göteborg dafür ausgesprochen, daß die erste Beitrittsrunde stattfindet, bevor es im Frühsommer 2004 zu den nächsten Europawahlen kommt. Ich möchte hier die polnischen Freunde nochmals dazu aufrufen, alles dazu Notwendige zu unternehmen. Gleichzeitig möchte ich Polen unsere Bereitschaft versichern, alles zu tun, damit Polen zu den ersten gehört, die der Europäischen Union beitreten werden.

Ich denke, es ist für das Deutsch-Polnische Forum von sehr großer Bedeutung, daß diese europäische Dimension in wirtschaftlichen, in administrativen und in Infrastrukturfragen, aber selbstverständlich auch in den kulturellen Fragen – in dem „Was verstehen wir unter Europa?“, „Wie ordnen wir die jeweils nationale Tradition dem europäischen Projekt zu?“ – berücksichtigt wird. Vorhin wurde der Dissens angesprochen, den es zwischen Günter Grass und Adam Michnik gab. Das kann ich mir gut vorstellen. Obwohl ich nicht bei der Diskussion dabei war, sehe und höre ich diese Debatte über das Verhältnis zu den USA. Ich kann mir ähnliche Debatten vorstellen, wenn es um die Rolle des Nationalstaats in Bezug auf eine gemeinsame Zukunft geht. Das sind sehr wichtige Debatten, die ich nur dringend befürworten kann. Ich rate dazu, sie beständig zu führen und ihnen Dialogformen zu geben, die das Verständnis befördern. Wie wir aus dem deutsch-französischen und aus dem deutsch-britischen Verhältnis wissen, gründen solche Debatten tief im jeweiligen nationalen Selbstverständnis, in der Unter-

„Es ist für das Deutsch-Polnische Forum von sehr großer Bedeutung, daß diese europäische Dimension in wirtschaftlichen, in administrativen und in Infrastrukturfragen, aber auch in kulturellen Fragen berücksichtigt wird.“

schiedlichkeit, in der nationalen Erfahrungsdifferenz. Diese Unterschiede sind nicht mit einem Mal auszuräumen. Im Gegenteil, sie bedürfen der Beständigkeit der Debatte. Ich denke, daß das Deutsch-Polnische Forum eine hervorragende Gelegenheit ist, diese Debatte auch und gerade jenseits der offiziellen Gespräche zu führen.

Wir werden also 2004/2005 eine Europäische Union haben, die, wenn ich die Kommissionsankündigungen zugrunde lege, durchaus eine Größenordnung von 25 Mitgliedern haben kann. Und jetzt werde ich etwas sagen, was vielleicht schockierend für die Ohren unserer polnischen Freundinnen und Freunde klingt, aber eine Union der 25, so wie sie heute verfaßt ist, wird bei Ihnen nach dem Beitritt durchaus zu Enttäuschungen führen können. Und zwar schlicht und einfach deswegen, weil die Größenordnung dieser sich erweiternden Union die Institutionen der Europäischen Union an die Funktionalitätsgrenze, oder sogar darüber hinaus, führen wird. So sehr wir also die Erweiterung wollen – ich halte sie für eher zu spät als zu früh kommend, wenn wir den Bezugszeitraum 1989/90 nehmen – hätte ich mir gewünscht, daß man viel früher konkret geworden wäre, das heißt, die praktische Arbeit des Zusammenführens begonnen hätte. Dies jedoch ist „tempi passati“, diese Zeit ist vorbei, diese Optionen existieren nicht mehr. Ich halte den Beitritt historisch für unabweisbar und im europäischen Interesse. Eine Europäische Union, die die künstlich gesetzte europäische Teilungsgrenze akzeptieren würde, würde ihr Innerstes verraten, nämlich die europäische Einigungsidee. Eine Europäische Union, die dies täte, würde in ihrem Innersten schwer erkranken, sie würde ihre Seele verlieren. Doch dies ist keine Option, denn die Erweiterung kommt. Sie ist unabweisbar und sie sollte

„Die Größenordnung dieser sich erweiternden Union wird die Institutionen der Europäischen Union an die Funktionalitätsgrenze, oder sogar darüber hinaus, führen.“

auf der Grundlage der Beschlüsse von Helsinki und der praktischen Verhandlungsfortschritte so schnell wie möglich umgesetzt und abgeschlossen werden.

Wenn dem aber so ist, so stehen wir heute schon vor dem Imperativ der Erneuerung der Institutionen der Europäischen Union. Und dies ist heute auch eine Frage für die Beitrittskandidaten. Denn die Antwort auf sie wird das Schicksal der erweiterten Union bestimmen. Das heißt, Polen, Tschechien und all die anderen werden Fragen der zukünftigen Institutionen der Europäischen Union, auch wenn sie heute noch nicht Mitglied sind, bereits so diskutieren und ernstnehmen müssen wie die Mitglieder der Europäischen Union. Denn sie werden, wenn diese Erneuerung umgesetzt wird, selbst EU-Mitglieder sein und feststellen, daß diese Fragen ganz unmittelbar ihre Interessen berühren. Diese Zukunftsdiskussion hängt aufs Engste mit der Erweiterung zusammen. Insofern freuen wir uns, daß der Konvent am 1. März zusammentritt. Faktisch läuft es darauf hinaus, die Verfaßtheit der erweiterten Europäischen Union so zu diskutieren und in Vorschläge umzusetzen, daß eine Regierungskonferenz die Entscheidung treffen kann und eine Union der 25 und mehr handlungsfähig, demokratisch akzeptiert wird und entsprechend als internationaler Akteur wird auftreten können.

Diese Frage nach der Zukunft Europas – „Wie soll dieses erweiterte Europa verfaßt sein?“ – ist die große Herausforderung, mit der wir es zu tun haben und ich fände es hervorragend, wenn auch diese Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis hier bei diesem Forum eine große Rolle spielen würden. Denn da geht es um Entscheidungen, die auf den ersten Blick die abstrakten Höhen verfassungsrechtlicher oder staatsrechtlicher Fragen betreffen, in Wirklichkeit aber Akzeptanzfra-

„Wir stehen heute vor dem Imperativ der Erneuerung der Institutionen der Europäischen Union.“

„Es geht um Entscheidungen, die auf den ersten Blick die abstrakten Höhen verfassungsrechtlicher oder staatsrechtlicher Fragen betreffen, in Wirklichkeit aber Akzeptanzfragen für Europa stellen.“

gen für Europa stellen. Beispielsweise werden wir 2006 einen Budgetkompromiß mit 25 Mitgliedern finden müssen. Wie soll dies möglich sein, wenn die entscheidenden Fragen – „Was entscheidet der Nationalstaat?“, „Was entscheidet die erweiterte Union?“, „Wie werden die Institutionen funktionieren?“, „Wie sieht die demokratische Legitimität in den Mitgliedsstaaten aus?“ – wenn diese Fragen nicht angegangen werden?

Andere sehr wichtige Konsequenzen sind heute schon absehbar, und damit gestatten Sie mir, noch einen dritten Punkt anzusprechen. So wichtig die NATO ist und bleiben wird – auch in ihrer Evolution – Europa wird auch in der Sicherheits- und Außenpolitik für uns alle eine größere Bedeutung bekommen. Wir erleben es jetzt: die Bundesrepublik Deutschland, Polen, all die anderen Partner, wir waren solidarisch mit den USA, die einen furchtbaren verbrecherischen Angriff durch eine internationale Terrororganisation am 11. September 2001 erleben mußten. Aber wir müssen uns die Frage stellen: War Europa darauf vorbereitet? Sind wir in der Tat in der Lage, die Rolle auch zu spielen, die wir im Interesse der Fortentwicklung und des Fortbestandes der transatlantischen Beziehungen spielen müssen? Ich war nie der Meinung, daß die europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sich gegen die NATO richtet. Im Gegenteil, wie ich bei vielen Besuchen in Washington immer wieder gesagt habe. Wer eine Zukunft des transatlantischen Bündnisses will, der wird eine Stärkung des europäischen Pfeilers erreichen müssen, weil ansonsten das Interesse des transatlantischen Partners an Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts nicht zu-, sondern abnehmen wird. Das heißt, eine stärkere europäische Integration auch in diesem Sektor richtet sich nicht gegen die transatlantischen Beziehungen, sondern sie gibt den transatlantischen Beziehungen im

„Die stärkere europäische Integration auch bei der Sicherheits- und Außenpolitik richtet sich nicht gegen die transatlantischen Beziehungen, sondern sie gibt den transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert eine positive Zukunftsperspektive.“

21. Jahrhundert eine positive Zukunftsperspektive. Wir sehen ja, welche wichtige Funktion Europa auf dem Balkan gespielt hat. Lassen Sie mich das hier nochmals unterstreichen: Hätte der Westen, hätten wir alle gemeinsam bereits 1991–1992 die Politik betrieben, die wir jetzt in Mazedonien geführt haben, viele Menschen wären heute noch am Leben und manche Tragödie wäre den Menschen dort und auch hier erspart geblieben. Daß hier der NATO-Generalsekretär Robertson und Javier Solana als Hoher Beauftragter der Europäischen Union aufs Beste zusammengearbeitet haben, daß wir gemeinsam – die Europäische Union und die NATO – hervorragend kooperiert haben, zeigt übrigens und ist der praktische Beweis dafür, daß sich eine stärkere europäische Rolle nicht gegen das transatlantische Bündnis richtet, sondern daß das positive Gegenteil der Fall ist. Wir werden also von außen gewaltig unter Druck kommen, ein handlungsfähiges Europa als größeres Europa zu schaffen. Das ist die unmittelbare Zukunft, die vor uns liegt in den kommenden Jahren.

Ich würde mich freuen, wenn neben all den Fragen der Wissenschaftsentwicklung, der gemeinsamen Herausforderungen, auch der normativen Herausforderungen, die die Bio- und Gentechnologie an uns stellt, den Fragen der Nachhaltigkeit des Umweltschutzes, der Wirtschaftsbeziehungen, wenn daneben diese europäischen Fragen einen festen, prominenten Platz in der Arbeit des Deutsch-Polnischen Forums einnehmen könnten. Mit dieser nicht nur polnisch-deutschen, sondern auch europäischen Perspektive wünsche ich Ihnen, Frau Vorsitzende, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, nicht nur spannende Diskussionen und mehr gegenseitiges Verständnis. Die Diskussionen sollten sich nicht nur darauf gründen, daß man sich nur Freundlichkeiten sagt. Vor allen Dingen gilt es das

„Vor allen Dingen gilt es zu versuchen, die Dinge auf den Punkt zu bringen, ihnen nicht auszuweichen, auch wenn sie unbequem sind.“

zu tun, was nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Politik sehr wichtig ist, wenn man sich den Realitäten annähern will und gleichzeitig die Zukunft auch im Auge hat, nämlich zu versuchen, die Dinge auf den Punkt zu bringen, daß man ihnen nicht ausweicht, auch wenn sie unbequem sind. Nur so werden gute Ergebnisse entstehen. Vielen Dank.

WARUM WIR EUROPA BRAUCHEN

Włodzimierz Cimoszewicz
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einladung zum 10. Deutsch-Polnischen Forum habe ich mit Freude und Genugtuung angenommen. Ich freue mich, daß ich zusammen mit dem deutschen Bundesaußenminister, Herrn Joschka Fischer, mich an hervorragende Akteure und Animateure deutsch-polnischer Beziehungen wenden darf. Einige von Ihnen haben vor Jahren wahre Pionierarbeit geleistet, sich in den siebziger Jahren an der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Polen und der Bundesrepublik Deutschland aktiv beteiligt oder auch an der Arbeit des ersten Forums 1977 teilgenommen. Es sind hier auch jene, die zu dem Forum etwas später aus dem östlichen Teil Deutschlands, der ehemaligen DDR, gestoßen sind. Viele von ihnen hatten früher einen authentischen Dialog mit den Polen geführt, der damals nicht selten unter den schwierigen Bedingungen der Opposition stattfand.

Seitdem ist eine ganze Epoche vergangen. Heute denken das demokratische Polen und das wiedervereinigte Deutschland gemeinsam als gute Nachbarn und Verbündete – und bald auch als Partner in der Europäischen Union – über die Zukunft Europas nach. Auch das Forum selbst hat sich gewandelt, was aber

„Heute denken das demokratische Polen und das wiedervereinigte Deutschland gemeinsam als gute Nachbarn und Verbündete über die Zukunft Europas nach.“

keinesfalls bedeutet, daß es an Bedeutung verloren hätte. Ich bin überzeugt, daß es durch die neue Formel, die den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen Rechnung trägt, einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die wichtigsten Probleme beider Länder und Europas leisten wird. Mit dieser Überzeugung heiße ich alle Teilnehmer des Warschauer Forums herzlich willkommen und wünsche Ihnen erfolgreiche Gespräche, viele kreative Ideen und einen interessanten Meinungsaustausch.

Meine Damen und Herren,

es ist gut, daß sich die Organisatoren des 10. Jubiläumsforums eines europäischen Themas angenommen haben. Die Frage „Warum brauchen wir Europa?“ ist heute von besonderer Aktualität. Denn einerseits rückt der historische Augenblick der Vollendung der Einheit des Kontinents näher. Dies ist unsere Antwort auf die gleiche Frage, die man aber etwas anders formulieren könnte: „Warum brauchen wir einander?“. Ein Durchschnittsbürger, dem die Phraseologie der Politiker fremd ist, könnte sie wohl schneller beantworten. Andererseits wurde Europa, wie übrigens die ganze Welt, nach dem 11. September 2001 mit neuen existentiellen Herausforderungen konfrontiert. Der terroristische Angriff auf die heutige Zivilisation, auf freiheitliche und demokratische Ideen, hat uns alle getroffen, Deutsche wie Polen, unsere nahen als auch ferneren Nachbarn in Europa und der ganzen Welt. Er veranschaulichte uns auf besonders einprägsame Weise, daß die Kraft, diese Herausforderung zu meistern, der Einheit entspringt. Er bekräftigte uns handfest in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer europäischen und euroatlantischen Solidarität. In diesem

„Die Frage ‚Warum brauchen wir Europa?‘ ist heute von besonderer Aktualität.“

Falle bekam die Antwort der Regierungen auf Ereignisse in den Vereinigten Staaten feste Unterstützung im menschlichen Mitgefühl unserer Bevölkerungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Integrationsvorhaben, durch die Gründerväter der heutigen Europäischen Union als eine Methode zur Überwindung der Spannungen im Nachkriegseuropa konzipiert, muss permanent aktualisiert werden. Dies gilt somit auch für die heute aufgeworfene Frage: „Warum brauchen wir Europa?“. An der Schwelle zur Verfassungsdebatte über die künftige Gestalt der Europäischen Union ist sie von grundlegender Bedeutung. Bürger jetziger und künftiger EU-Mitglieder erwarten, die Integration werde ein Instrument zum Aufbau einer besseren Zukunft für alle Mitgliedsländer sein. Das ist eine durchaus begründete Erwartung. Sie wirkt mobilisierend und trägt zum kreativen Nachdenken über die Zukunft Europas bei. Andererseits weist die Frage „Warum brauchen wir Europa?“ darauf hin, daß in uns trotz fünfzig Jahren Integration eine gewisse Beunruhigung wegen ihrer weiteren Ausgestaltung steckt. Diese Befürchtungen könnten durch Abschluß eines Verfassungsvertrages zwischen den Mitgliedsstaaten der künftig erweiterten Europäischen Union abgebaut werden. Dadurch ließe sich die These bekräftigen, die europäische Integration sei die unzweifelhaft effektivste Methode zur Verwaltung eines Raums von 25 und später 27 oder gar mehr Mitgliedern.

Die europäische Integration umfaßt derzeit die meisten Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Davon zeugt auch der Umfang der Beitrittsverhandlungen selbst. Bei jedem der 29 Verhandlungsbereiche stellen wir uns die Frage nach der Be-

„Sowohl im wirtschaftlichen und sozialen als auch im politischen Sinne ist die Europäische Union für ihre Mitglieder ein Weg, aus der sie verbindenden Gemeinschaft von Tradition, Geschichte und Nachbarschaft schöpfen.“

deutung des Integrationsnutzens für die Steigerung der Effektivität unserer Wirtschaften und für die komplexere Gestaltung unseres sozialen Lebens. Sowohl im wirtschaftlichen und sozialen als auch im politischen Sinne ist die Europäische Union für ihre Mitglieder ein Weg, aus der sie verbindenden Gemeinschaft von Tradition, Geschichte und Nachbarschaft schöpfen. Die Bindungen im Rahmen der EU fordern die Festigung der Demokratie und die Steigerung des Wohlstands der Bevölkerungen in den einzelnen Mitgliedsländern. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Versuch, die Herausforderungen in diesen Bereichen zu bewältigen. Durch Mechanismen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Inneren und der Justiz gibt die Union ihren Bürgern mehr Sicherheit. Diese Beispiele ließen sich weiter aufzählen. Sie zeigen, daß, wie ein Nationalstaat das soziale und wirtschaftliche Leben auf einem bestimmten Gebiet organisiert, die Europäische Union ein Mechanismus ist, den Nationalstaaten und Bevölkerungen supranationale Probleme lösen und enormen Nutzen aus ihrer Nachbarschaft ziehen hilft. Dies ist von besonderer Bedeutung in einer instabilen Welt, die nach einer neuen Ordnung sucht. Wenn dem so sein sollte, wie dies Ryszard Kapuściński beschreibt, wonach es in der Zivilisation von heute „nicht einen, sondern gleich hunderte Leuchttürme gibt, die täuschen, irreführen, desorientieren“, während wir wie „die Mannschaft eines Schiffes sind, dessen Navigationsgeräte im Sturm kaputt gingen und das nun ziellos durch die Meere fährt, ohne zu wissen, welche Richtung es ansteuern sollte.“ Sollte es in der Tat so sein, dann ist die Europäische Union ein bewährter und effektiver Wegweiser.

Meine Damen und Herren,

die gegenwärtige Debatte über die Zukunft Europas begann, als die Tinte der Unterschriften unter dem Vertrag von Nizza noch nicht getrocknet war. Teils war dies ein Ergebnis des Gefühls des Unbefriedigtseins, welches in Nizza ja verbreitet war. Zum Teil wurde diese Dynamik durch den tiefen visionären Atemzug freigesetzt, mit dem Bundesaußenminister Joschka Fischer seine Rede an der Humboldt-Universität im Mai 2000 gehalten hat. Nicht zuletzt wurde diese Diskussion durch Fortschritte im europäischen Integrationsprozeß animiert, die insofern tief waren, daß die Antworten auf verfassungsrechtliche Fragen unerlässlich wurden. Die Frage „Quo vadis Europa?“ wurde zur natürlichen Konsequenz solcher europäischen Großprojekte wie Öffnung der Grenzen oder Einführung der gemeinsamen Währung. Bei der Beantwortung dieser Fragen hat Minister Fischer den Anker weit nach vorn geworfen, so daß dieser tiefen Meeresboden erreicht hat. Manche warfen den Anker nicht so weit aus, der folglich nicht so tief reichte. Andere legten nahe, eine Schiffsflotte zu bauen, in der einige Schiffe nach vorn fahren, während die übrigen aus vielerlei Gründen hinten bleiben sollten. Nizza, wie es sich für eine Hafenstadt gehört, hat Visionäre um das Bedürfnis des damaligen Augenblicks geeinigt. Nichtsdestoweniger muß die europäische Selbstreflexion weiter andauern. Denn nun, wie niemals zuvor, hängt der Erfolg des Integrationsprojekts vom politischen Wesen der Europäischen Union ab.

Der Beitrag Polens zu dieser Debatte betrifft u.a. die demokratische Dimension der Europäischen Union. Denn in absehbarer Zeit werden wir mit der Perspektive konfrontiert sein, den Menschen in Polen Mecha-

„Die europäische Selbstreflexion muß weiter andauern. Denn nun, wie niemals zuvor, hängt der Erfolg des Integrationsprojekts vom politischen Wesen der Europäischen Union ab.“

nismen der Verantwortung der Regierungen und der EU-Institutionen für ihre Entscheidungen zu präsentieren. Es wird sich die Frage nach dem Umfang der Einwirkung des einzelnen Bürgers auf europäische Prozesse aufwerfen. Es ist ja nichts Neues, wenn ich sage, daß viele Bürger in der Europäischen Union ein Defizit an Demokratie verspüren. Manche sagen sogar, daß die EU nicht in die EU aufgenommen werden würde, sollte sie nun einen Beitrittsantrag stellen, da sie keine funktionierende Demokratie sei.

Es gibt zumindest vier Bereiche, die es beim Reflektieren dieser Lage zu berücksichtigen gilt. An erster Stelle sollten wir auf Nationalstaaten schauen, denn der Wille einzelner Bevölkerungen ist nach wie vor die Hauptquelle der demokratischen Legitimation europäischer Prozesse. Die Mechanismen, den politischen Konsens zu finden, sowie die der demokratischen Kontrolle von Verpflichtungen auf der EU-Ebene variieren je nach Mitgliedsland. Wir selbst haben auf diesem Gebiet viel zu tun, damit Transparenz, Verfügbarkeit und Leserlichkeit der Informationen zur unerschütterlichen Regel werden. Zweitens müssen Entscheidungsmechanismen in der EU mit politischer Rivalität, die ihre Legitimität steigern hilft, durchtränkt sein. Zu diesen Methoden gehört hier die Wahl des Vorsitzenden der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament. Drittens gibt es noch das Problem der richtigen Kommunikation der auf der EU-Ebene getroffenen Entscheidungen. Schließlich viertens gibt es die Frage nach der Einbindung der Sozialpartner in richtungsweisende EU-Maßnahmen.

Eine Jubiläumsausstellung in einer großen Warschauer Kunstgalerie, der Galerie Zachęta, fand unter dem Titel statt: „Sei vorsichtig, wenn du deine eigenen Träume verläßt, denn du kannst schnell in fremde

Träume hineingeraten.“ Auf diese Weise, mit dem Zitat aus dem Werk des Meisters des Aphorismus, Stanisław Jerzy Lec, entschied sich der heutige Kunstkurator Harald Szeemann, über die polnische Kunst des letzten Jahrhunderts zu sprechen. Man sollte sich diese Worte merken, wenn man über die Zukunft der Europäischen Union nachdenkt. Denn jedes Mitgliedsland bringt in die EU sein eigenes Erbe, darunter auch seine eigenen politischen Traditionen, ein. Dies ist auch der Grund für die ganze Komplexität der heutigen Europäischen Union. Es ist ihr Reichtum, aber auch eine Sorge, die sich zum Beispiel im ganzen komplizierten System der Entscheidungsfindung manifestiert, welches sich während des Integrationsprozesses entwickelt hatte und in Nizza noch komplizierter gestaltet wurde. Man kann es aber nicht bewältigen, indem man sich über einzelne Abschnitte einfach hinwegsetzt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Föderalismus. Dieser erfreut sich derzeit bei Bevölkerungen und Politikern keiner allgemeinen Unterstützung, obwohl die Wirtschafts- und Währungsunion ja eine föderalistische Lösung ist. Schon ganz zu schweigen von der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung, die schon immer ein Bollwerk der Souveränität bildete. Es gibt im heutigen Europa keine Voraussetzungen, um von einer europäischen Gesellschaft, einem europäischen *Demos* zu sprechen, obwohl es sicherlich eine gemeinsame europäische historische und kulturelle Identität gibt. Andererseits sollte der Föderalismus als eine Sammlung von Regierungsprinzipien nicht abschrecken. Denn er bedeutet ja keine Zentralisierung, wie es von vielen befürchtet wird. Es ist eine Methode, komplexe Probleme zu meistern. Wir sagen: Soviel Vielfalt wie möglich und soviel Homogenität wie nötig. Eine Föderation in diesem Sinn ist etwas mehr als nur

„Der Europäischen Union sind föderalistische Lösungsansätze immanent. Dies bedeutet aber nicht, daß sogleich ein europäischer Bundesstaat gegründet wird. Dies ist derzeit weder notwendig noch durch die Bevölkerungen erwünscht.“

eine Summe einzelner Bestandteile. Dadurch unterscheidet sie sich von einer Konföderation, die ein Bündnis der Interessen ist, die sich ja jederzeit ändern können. Der Europäischen Union sind föderalistische Lösungsansätze immanent. Dies gibt der Union die Chance, die Komplexität der Probleme, mit denen sie in das neue Jahrhundert geht, zu bewältigen. Es bedeutet aber nicht, daß nun automatisch ein europäischer Bundesstaat gegründet wird. Dies ist derzeit weder notwendig noch durch die Bevölkerungen erwünscht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Die wirtschaftliche Rechnung des Erweiterungsprozesses läßt keine Zweifel aufkommen, daß die Erweiterung zum Wirtschaftswachstum der künftigen Union beitragen wird.“

alle Gespräche und Debatten über die politische Finalität der europäischen Integration werden an Bedeutung gewinnen, wenn die EU den Erweiterungsprozeß vollendet hat. Alle Reformen, die in den letzten zwölf Jahren in Polen angepackt wurden, waren Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft. Zusammen mit anderen Kandidaten unternehmen wir Anpassungsanstrengungen, deren Dimension in der bisherigen Integrationsgeschichte Europas nicht ihresgleichen hat. Niemals zuvor war das europäische Recht so umfangreich wie heute. Selten war das wirtschaftliche Gefälle, das zwar rasch verringert wird, so stark gewesen. Wir haben diese Anstrengungen in der vollen Überzeugung auf uns genommen, daß die Zukunft Polens zum vereinigten Europa gehöre. Unsere Erwartungen sind wohl bekannt. Wir sind auf dem besten Wege, diese auch zu erfüllen. Die wirtschaftliche Rechnung des Erweiterungsprozesses läßt keine Zweifel aufkommen, daß die Erweiterung zum Wirtschaftswachstum der künftigen Union beitragen wird. Anderenfalls würde die Investitionsattraktivität Polens ja nicht immer wieder höher beurteilt werden und Polen würde nicht zu den

wichtigsten Handelspartnern der heutigen EU gehören. Die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes 1986 war zweifelsohne ein Erfolg der europäischen Integration. Die Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion bedeutete einen großen Schritt nach vorn. Um die Entwicklungsdynamik aufrechtzuerhalten, ist heute eine weitere Etappe in Form der Erweiterung der Europäischen Union notwendig, die für uns und die heutigen 15 Mitglieder eine zusätzliche Chance auf Steigerung des Wirtschaftswachstums bedeuten wird.

Ich möchte aber die europäischen Prozesse nicht allein durch das Prisma der Wirtschaft betrachten. Unseren Alltag machen nicht nur die materiellen Bedingungen aus, sondern auch Sicherheitsgefühl, Achtung der Gerechtigkeit und stabile, demokratische Regierungsprinzipien, Möglichkeit, eigene Aspirationen zu befriedigen sowie kulturelles und soziales Leben. Diese Werte lassen sich allein durch Ausgrenzung von Staaten und Gesellschaften, die die Wohlstandskriterien nicht erfüllen, nicht sicherstellen. Die Welt von heute wird durch Grundsätze der Offenheit regiert. Hier gewinnt, wer diese Grundsätze konstruktiv und engagiert umsetzt. Die Offenheit heißt Zustimmung zur Erweiterung, heißt Perspektive, auch in diesem Teil Europas gute Nachbarschaft aufzubauen, so wie sie sich zwischen Polen und Deutschland praktisch entwickelt. Dies ist ein gutes Anzeichen für die Europäische Union, eine dann um Erfahrungen, Errungenschaften und Traditionen neuer Mitglieder bereicherte Union. Die Erweiterung ist eine gute Karte, die der Investitionen wert ist.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der derzeitige Integrationsprozeß faktisch das institutionelle System der Europäischen Union umfaßt. Selbst nach der bevorstehenden breiten – wie wir unterstellen – Ost- (und Süd-) Erweiterung bleibt Europa gespalten. Nach

„Die Welt von heute wird durch Grundsätze der Offenheit regiert. Hier gewinnt, wer diese Grundsätze konstruktiv und engagiert umsetzt.“

wie vor wird es kein einheitlicher Kontinent sein. In ihren Bestrebungen, aufeinander zuzugehen, dürfen West- und Mitteleuropa nicht jene vergessen, die außerhalb der Strukturen der erweiterten Europäischen Union bleiben. Die beste Methode zur Unterstützung unserer Nachbarn im Osten (und im Süden) sollten unsere gemeinsamen Maßnahmen sein, die sich aber nicht allein auf die bilaterale Dimension beschränken sollten. Eine gute und sichere Nachbarschaft ist ein Gebot der jetzigen Europäischen Union und sie bleibt es auch nach ihrer Erweiterung. Mittel- und osteuropäische Staaten, somit auch Polen und Deutschland, sind angehalten, die Aktualität dieser Botschaft ständig zu unterstreichen.

„Wegen unserer Lage, aber auch wegen unserer Geschichte, unterstützen wir mit Genugtuung die Einbindung Rußlands in die europäische politische und wirtschaftliche Infrastruktur.“

Ein ähnliches Bewußtsein zeigen viele Länder. Es freut uns, daß auch Rußland zu diesem Kreis gehört. Diese Tatsache hat der russische Staatspräsident Wladimir Putin bei seinem letzten Besuch in Polen vor kurzem eindeutig bekräftigt. Dieser Besuch hat den Weg zur neuen Phase unserer Beziehungen geebnet. Polen strebt die Entwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland in jedem Bereich an. Wegen unserer Lage, aber auch wegen unserer Geschichte, unterstützen wir mit Genugtuung die Einbindung Rußlands in die europäische politische und wirtschaftliche Infrastruktur. Von diesem Standpunkt aus gesehen, haben unsere Beziehungen zu Rußland, wie auch zu unseren übrigen Nachbarn im Osten, eine breite internationale Dimension und sind ein wichtiges Element der Sicherheit und der Integrationsprozesse in Europa.

Meine Damen und Herren,

nach dem 11. September gehörten unsere beiden Länder zu den ersten, die die Antiterrorkoalition bildeten. Unter den Opfern des Attentats gab es Polen und Deutsche. Polen, ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland, unterstützt die Vereinigten Staaten bedingungslos im Krieg gegen den Terrorismus. Während seines letzten Besuchs in den USA bekräftigte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller unsere Entschlossenheit im Kampf gegen den Terror. Er sprach dem US-Staatspräsidenten George W. Bush die Solidarität Polens zu. Sie manifestierte sich unter anderem auch darin, daß die polnische Regierung sofort auf die amerikanische Bitte um Militärunterstützung reagierte, indem sie binnen zwei Tagen die Entscheidung traf, der Antiterrorkoalition 300 Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Wir sind uns bewußt, daß der Kampf gegen den Terrorismus lang und schwierig sein und eine globale Koordination erfordern wird. Auf der internationalen Bühne unterstützt Polen aktiv politische, wirtschaftliche und rechtliche Schritte gegen den Terrorismus. Wir sind uns gleichzeitig bewußt, daß der Krieg gegen den Terror keinesfalls mit Konflikten zwischen Kulturen oder Religionen gleichgesetzt werden darf.

Sehr geehrte Damen und Herren,

man kann nicht umhin, auf diesem Forum die Rolle, die Deutsche und Polen im europäischen Integrationsprozeß zu übernehmen haben, und die Verantwortung, die sie für die Zukunft Europas tragen, zu unterstreichen. Die Ausgestaltung dieser Zukunft ist eine wichtige und schwierige Aufgabe, die man mit der Versöhnung nach der tragischen Zeit des Zweiten Weltkrieges ver-

„Das Bewußtsein um die gemeinsame Verantwortung für europäische Belange ändert die Qualität deutsch-polnischer Beziehungen.“

gleichen kann. In der neuen politischen Wirklichkeit nach der Wende 1989/1990 beanspruchen unsere beiden Völker die Aufmerksamkeit Europas nicht mehr, sondern sie begannen, sich gemeinsam für die Einheit des Kontinents einzusetzen. Das Bewußtsein um die gemeinsame Verantwortung für europäische Belange ändert die Qualität deutsch-polnischer Beziehungen. Diese Änderung stimmt mit den Interessen der Nachbarn, der Region und Europas überein.

„Beim Aufbau der europäischen Einheit können Polen und Deutsche auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Polen und Deutsche sollten zu ‚Ausfuhrländern‘ von Verständigung und Versöhnung werden.“

Beim Aufbau der europäischen Einheit können Polen und Deutsche auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Beide Völker haben einen tiefgreifenden psychologischen und moralischen Umbruch vollzogen und sich trotz der tragischen Vergangenheit miteinander verständigt und versöhnt. Diese Erfahrung dürfen sie nicht nur für sich selbst behalten. Polen und Deutsche sollten zu „Ausfuhrländern“ von Verständigung und Versöhnung werden. Polen und Deutschland sollten eine breitere Zusammenarbeit in der regionalen Politik entwickeln. Diese Kooperation, ähnlich wie das polnisch-deutsch-französische Weimarer Dreieck, gilt es als eine wichtige Ergänzung und Festigung der gesamteuropäischen politischen Konstruktion zu betrachten.

Meine Damen und Herren,

Polen mißt der Unterstützung, die die Bundesrepublik Deutschland unseren EU-Beitrittsbestrebungen zuteil werden läßt, große Bedeutung bei. Die Rolle als Fürsprecher Polens bei seinem Weg in die Europäische Union (und früher in die NATO), die das wiedervereinigte Deutschland übernommen hat, ist ein Ausdruck der Interessengemeinschaft beider Länder in einem zusammenwachsenden Europa. Es freut uns, daß sich die deutsche Bundesregierung beharrlich für die Aufnahme

Polens im Rahmen der ersten Phase der EU-Erweiterung einsetzt. Wir sind uns dabei dessen bewußt, daß diese Unterstützung durch eine Reihe von Ängsten und Zweifeln bei einem Teil der deutschen Bevölkerung begleitet wird. Diese hängen vor allem mit der Freizügigkeit zusammen. Wir sind überzeugt, diese Befürchtungen werden sich in Zukunft nicht bewahrheiten; wir wollen davon unsere Nachbarn überzeugen. Wir versuchen es, sowohl über Massenmedien als auch über direkte Kontakte mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu tun. Unsere organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten sind allerdings beschränkt, zumal diese Informations- und Fördermaßnahmen an einen breiten Kreis von Empfängern gerichtet sein müssen. Diese wissen aber oftmals wenig oder sehr wenig über Polen und stützen eigene Urteile über die Polen in großem Maße auf negative Klischees aus der Vergangenheit.

Daher sind wir dankbar für die aktive Mitwirkung, mit der sich deutsche Bundes- und Landesbehörden in den Informationsprozeß der deutschen Bevölkerung über die bevorstehende EU-Erweiterung einschalten. Unseren Dank sprechen wir dem Auswärtigen Amt aus, das in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Union in Deutschland eine Informationskampagne über die EU-Osterweiterung mit besonderer Berücksichtigung Polens als künftigem EU-Mitglied gestartet hat. Mit Anerkennung verfolgen wir das Engagement einzelner Bundesländer, wie z. B. Berlins oder Brandenburgs, die ähnliche Schritte unternehmen.

Wir sind der Meinung, solche Maßnahmen sind vonnöten und wertvoll. Das Engagement deutscher Behörden läßt die Glaubwürdigkeit der vermittelten Informationen über den beiderseitigen Nutzen aus der EU-Erweiterung erheblich steigen. Ich bekräftige an

„Polen mißt der Unterstützung, die Deutschland unseren EU-Beitrittsbestrebungen zuteil werden läßt, große Bedeutung bei.“

dieser Stelle unseren Willen zur engen Zusammenarbeit bei der Förderung der EU-Erweiterung. Ich biete Hilfe bei der Organisation von Studienreisen in Polen für deutsche Journalisten und Vertreter anderer Berufsgruppen und Kreise an, die sie über polnische diplomatische und konsularische Vertretungen in Deutschland werden in Anspruch nehmen können. Wie bisherige Erfahrungen gezeigt haben, bieten solche Reisen den Teilnehmern die hervorragende Gelegenheit, Polen besser kennenzulernen, ihr eigenes Wissen zu erweitern, bisherige Einstellungen zu überdenken. Wir regen an, Fördermaßnahmen in Form von Präsentationen der polnischen Kultur und Wissenschaft zu entwickeln. Von den Vorteilen dieser Maßnahmen konnten wir uns anlässlich der Teilnahme Polens als Ehrengast an der Internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main, an der Weltausstellung EXPO in Hannover und durch die wohlwollende Annahme solcher Veranstaltungen wie Polnischer Tage bzw. Wochen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern überzeugen.

Ängste und Zweifel im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung gibt es aber nicht nur in Deutschland. Sie werden auch hier in Polen laut. Ein Teil meiner Landsleute betrachtet argwöhnisch Absichten, durch die sich jetzige EU-Mitglieder bei der Aufnahme neuer Kandidaten leiten lassen sollten. Es wird befürchtet, unser Land würde in einen Absatzmarkt verwandelt werden, der mit Importware nur so überschüttet werde. Es ist die Angst vor einer allzu starken Konkurrenz. Es ist auch eine ziemlich verbreitete Angst vor einem übermäßigen Grundstückskauf durch Ausländer, was vor dem Hintergrund der polnischen Geschichte auch symbolische Bedeutung hat.

Hinter diesen Befürchtungen und Ängsten auf beiden Seiten verbergen sich nicht nur Wissensdefizite; es ist auch ein Defizit an Vertrauen in eigene Fertigkeiten und Möglichkeiten. Die Befürworter der EU-Osterweiterung dürfen diese Phänomene nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern im Gegenteil: Sie sollten viel Mühe an den Tag legen, um die Wahrnehmung dieses historischen Prozesses zu rationalisieren. Solche Diskussionen wie diese, die wir heute beginnen, sind – von diesem Standpunkt aus gesehen – von enormer Bedeutung.

Meine Damen und Herren,

die deutsch-polnische Zusammenarbeit, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützt, ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der EU-Erweiterung. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist es wichtig, daß sich die Idee, die der Integration zugrunde liegt, selbst bei den so schwierigen Verhandlungen nicht verliert. Die Chance auf rasche Vereinigung Europas unter den Bedingungen von Frieden und Freiheit, Demokratie und Wohlstand darf in Wahlkampagnen und kurzfristigen politischen Kämpfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir müssen langfristig denken, unermüdlich vom Nutzen der Integration überzeugen, Vorurteile bekämpfen und Ängste abbauen. Ich bin überzeugt, hier werden wir gemeinsam Erfolg haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

„Die Chance auf rasche Vereinigung Europas unter den Bedingungen von Frieden und Freiheit, Demokratie und Wohlstand darf in Wahlkampagnen und kurzfristigen politischen Kämpfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

Teilnehmer

Hans-Dietrich
Genscher
Karl Kaiser
Klaus Mangold
Janusz Onyszkiewicz
Janusz Reiter
Aleksander Smolar

Moderation

Christoph von
Marschall

NACH DEM 11. SEPTEMBER: WIE SCHAFFEN WIR SICHERHEIT FÜR DIE WELT?

Obwohl man geteilter Meinung darüber sein kann, ob der Angriff auf das World Trade Center die Situation weltweit auf grundlegende Weise verändert hat, so hat er doch die Veränderungen, die sich in der Welt vollzogen und vollziehen, sowie die neue Bedrohung, die der weltweite Terrorismus darstellt, in besonders deutlicher Weise bewußt gemacht. Die bisherige bipolare Weltordnung hatte sich bereits mit dem Zerfall der Sowjetunion aufgelöst. Der 11. September hat gezeigt, daß eine neue Weltordnung sich noch *in statu nascendi* befindet und daß sich die Rolle einzelner Akteure auf der globalen Bühne verändert hat: des nordatlantischen Bündnisses, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Rußlands. Im Angesicht der Bedrohung durch den Terrorismus hat Sicherheit aufgehört, ein rein militärisches Problem zu sein. Ebenso wichtig sind nunmehr politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte von Sicherheit geworden. Vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse stellt sich die Frage, wie ein neues Sicherheitssystem geschaffen werden kann, das den neuen Herausforderungen gerecht wird.

Die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der absehbare Beitritt zur Europäischen Union schaffen die Grundlage für eine deutsch-polnische Diskussion zum Thema Sicherheit nach dem 11. September, die über einen bilateralen Rahmen hinausgeht. Das X. Deutsch-Polnische Forum bot eine Gelegenheit zum Dialog, der

sich insbesondere an den folgenden Fragestellungen orientierte:

1. Eine neue internationale Sicherheitsordnung und neue Rollen für die Akteure der globalen Bühne:
 - NATO: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der erstmaligen Anwendung von Artikel 5 des Washingtoner Vertrages ohne gemeinsame Intervention der Bündnispartner? Wie hat sich das Bündnis nach dem 11. September verändert? Kann man von einer Krise der Institution NATO sprechen? Wie sieht die künftige Rolle der NATO aus?
 - Vereinigte Staaten: Wie haben sich die Vereinigten Staaten nach dem 11. September verändert? Wie sehen sie ihre Rolle in der Welt? Welches ist ihr Verhältnis zu anderen Akteuren der Weltpolitik, insbesondere zu den europäischen Bündnispartnern und zu Rußland? Welches sind die Vorstellungen der USA von einer neuen globalen Sicherheitsordnung?
 - Europäische Union: Welche Rolle spielt die Europäische Union auf internationalem Parkett? Wie sollten sich die Beziehungen zwischen der NATO und der EU darstellen? Welches Modell einer Weltordnung liegt im europäischen Interesse?
 - Rußland: Welches ist die Rolle Rußlands nach dem 11. September? Welche Konsequenzen für die Weltordnung ergeben sich aus der Beteiligung Rußlands an der Anti-Terror-Koalition?
2. Nichtmilitärische Aspekte der Sicherheitsproblematik:
 - Welcher Einfluß auf die Sicherheitspolitik ergibt sich bzw. kann sich unter anderem aus Wirtschaft und Kultur ergeben?

Der erste dieser Themenblöcke, das nordatlantische Bündnis, seinen gegenwärtigen Zustand und seine künftige Rolle in der Weltordnung betreffend, nahm in den Gesprächen dieser Diskussionsrunde den breitesten Raum ein. Insbesondere die polnischen Teilnehmer widmeten viele ihrer Beiträge der derzeitigen und künftigen Entwicklung der NATO und brachten ihre Besorgnis über das weitere Schicksal dieser Institution zum Ausdruck.

Zum ersten Male in der Geschichte des Bündnisses kam es zur Anwendung von Artikel 5 des Washingtoner Vertrages. Die Entscheidung über die Ausrufung des Bündnisfalles unmittelbar nach dem 11. September wurde diktiert durch die Notwendigkeit, Solidarität mit den Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Der Umstand, daß es nach dieser Entscheidung nicht zu Aktivitäten des Bündnisses als solchem kam, sondern zu einem alleinigen Handeln der USA unter Mithilfe einiger durch sie ausgewählter Partner, führte zu einer Diskussion über die Bedeutung von Artikel 5, wie vor allem durch die polnischen Teilnehmer des Forums unterstrichen wurde.

Es hatte geschienen, daß die Ausrufung des Bündnisfalles eine automatische Inangsetzung der Mittel und Fähigkeiten (*assets and capabilities*) der NATO nach sich ziehe, was jedoch nicht der Fall war. Statt dessen zeigte sich, daß dieser Artikel durchaus *à la carte* ausgelegt werden kann. Die Anwendung von Artikel 5 ohne militärische Intervention des Bündnisses wurde sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite als gefährlich angesehen. Auf beiden Seiten waren Stimmen zu hören, daß die NATO nach dem 11. September an Bedeutung eingebüßt hätte, daß man im Bereich der Sicherheitspolitik von einer bilateralen Zusammenarbeit, möglicherweise sogar einer Renationalisierung dieser Politik sprechen könne.

„Es hat sich herausgestellt, daß Artikel 5 völlig anders funktioniert als vereinbart – nämlich *à la carte*.“

Einige Diskussionsteilnehmer unterstrichen den Umstand, daß die NATO zumindest aus zwei Gründen zu einem Eingreifen im Stile der Afghanistan-Intervention nicht in der Lage sei. Zum einen fand der Eingriff in einem Gebiet statt, das sich unter der zentralen Befehlsgewalt Amerikas befand, die bislang keine Verbindung mit der NATO hatte, im Unterschied zum Oberbefehl in Europa oder im nordatlantischen Bereich. Zum anderen standen keine Strukturen zur Verfügung, die für ein solches Unternehmen bereit gewesen wären. Auch an gegenteiligen Stimmen mangelte es nicht, die darauf verwiesen, daß die NATO bereits in hohem Maße ihre Strukturen, vor allem ihre Befehlsstrukturen, reformiert hatte und entsprechend zu einer solchen Intervention bereit war.

Hingewiesen wurde auch auf die Notwendigkeit, Doktrin und Mission der NATO sowie ihre Instrumente und Mittel dem Kampf gegen terroristische Angriffe von außen anzupassen. Erforderlich ist eine Änderung der bisherigen Bündnisdoktrin. Die alte Methode der Abschreckung, die darauf beruht, daß die NATO-Drohung eines Gewalteinsatzes den Gegner zum Gewaltverzicht zwingt, verliert ihre Anwendbarkeit im Angesicht eines Feindes, dem das eigene Leben nichts gilt. In dem Krieg, den Bin Laden losgetreten hat und der den Charakter eines Glaubenskrieges, eines Kulturkampfes hat, geht es um eine höchstmögliche Anzahl von Opfern, nicht jedoch um das Erringen der Macht oder neuer Territorien bei möglichst geringen Opfern auf der eigenen Seite. Die Abschreckungsdoktrin der NATO ist in dieser Situation nicht mehr angemessen.

Eine zusätzliche Komplikation für die Gewährleistung von Sicherheit ergibt sich aus der Offenheit demokratischer Gesellschaften, einer maßgeblichen Erlungenschaft der vergangenen fünfzig Jahre. Terroris-

„Gegenwärtig ist eine Bilateralisierung der Sicherheitspolitik erkennbar. Das ist eine gefährliche Entwicklung.“

„Der 11. September ist das Ende der Abschreckungsdoktrin, der Idee, daß man durch die Androhung von Gewalt einen anderen davon abhalten kann, Gewalt zu benutzen.“

mus und Massenvernichtungsmittel können überall verbreitet werden. Ein Konflikt macht nicht an Grenzen halt, sondern dringt in das Innere von Gesellschaften ein. Sicherheit beruht daher nicht mehr auf dem Schutz von Grenzen, auf Friedenserhaltung an der Peripherie, sondern steht in enger Verbindung mit innerer Sicherheit.

Unter den Diskussionsteilnehmern zeigten sich, unabhängig von deutscher oder polnischer Seite, unterschiedliche Ansichten zu Zustand und Zukunft der NATO. Überlegungen wurden angestellt, ob der Nordatlantische Pakt ein Verteidigungsbündnis bleiben sollte. Ein Teil der Diskussionsteilnehmer äußerte die Auffassung, daß die NATO als Militärbündnis eine Krise durchlebt. In ihrer derzeitigen Gestalt verfügt sie nicht über Instrumente, die den neuen Bedrohungen angemessen sind. Dem Bündnis drohe der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit, wenn es sich nicht grundlegend umgestaltet und seine Aufgaben neu bestimmt. Die Priorität sollte dabei im Kampf gegen einen Terrorismus liegen, der über Massenvernichtungsmittel verfügt. Zu bezweifeln sei, daß die NATO in ihrer derzeitigen Gestalt über die politischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Mittel verfügt, die für die Beseitigung der Grundlagen notwendig sind, auf denen der Terrorismus gedeiht.

Andere Diskussionsteilnehmer waren der Auffassung, daß der nordatlantische Pakt nie eine rein militärische Organisation war, sondern auch politische Aufgaben erfüllt habe, zu denen beispielsweise die Überwindung der Teilung Europas zu zählen sei. Die durch das Bündnis verwirklichte Sicherheitskonzeption beruhte auf einer offensiven Politik der Zusammenarbeit und schrittweisen Wandels im Osten. Die Anpassung an verschiedene Herausforderungen und die entspre-

„Der Angriff des 11. September hat gezeigt, daß die NATO von ihrer Organisationsstruktur her nicht vorbereitet ist, entsprechende Maßnahmen durchzuführen.“

chende Angleichung ihrer politischen Mittel seien also für die NATO keineswegs etwas Neues. Prozeduren und Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, erwiesen sich auch bei der Bekämpfung des terroristischen Brandherdes Afghanistan als effektiv.

Die bisherigen Funktionen des Bündnisses, die sich auf die Erhaltung von Stabilität in Europa konzentrierten, verlieren langsam an Bedeutung. Zunehmend stellt sich die Frage nach dem Auftrag der NATO, wenn wir es mit lokalen ethnischen Konflikten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (wie im Falle des Kosovo) oder auch mit Terrorismus (wie im Falle Afghanistans) zu tun haben. Rußland, andererseits, das ursprünglich der Grund für die Schaffung des nordatlantischen Bündnisses war, ist im Kampf gegen den Terrorismus zu einem Verbündeten geworden. In diesem Zusammenhang wird die Formel vom Beginn der neunziger Jahre zitiert, die seinerzeit Senator Lugar formulierte: „out of area or out of business.“ Dies bedeutet, daß das Bündnis seine Notwendigkeit einbüßt, wenn seine Mission auf Europa beschränkt bleibt.

Im Angesicht der neuen Bedrohungen gilt es, eine Zweigleisigkeit zwischen Bündnis und Europäischer Union zu vermeiden. Die europäischen Partner sollten im Kampf gegen den Terrorismus als Teil der NATO oder, im schlechtesten Fall, als europäisches Kontingent agieren. Das Bündnis ist langfristig ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer haben sich im deutsch-polnischen Dialog die bisherige Rollenverteilung verändert und die Standpunkte beider Länder in dieser Frage einander angenähert. Noch vor zwei oder drei Jahren repräsentierte die polnische Seite die proamerikanische Option. Dies schloß jegliche Kritik an den Vereinigten Staa-

„Polen und Deutsche sprechen als Europäer über die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa und der NATO. Möglicherweise unterscheidet uns die Intensität der Diskussion. Was uns verbindet, ist in jedem Falle die gleiche Sorge.“

ten im Bündnis und in Europa aus. Mit unterschiedlicher Intensität vertreten heute beide Länder die europäische Option: die NATO sollte als grundlegendes Element des Sicherheitssystems in Europa und der Welt erhalten bleiben, europäische Strukturen sollten das Bündnis nicht ersetzen, aber einen größeren Einfluß auf die weltpolitische Lage haben. Die Beteiligung der Europäischen Union an der Intervention in Afghanistan sollte sich entsprechend nicht nur auf die Finanzierung von Entwicklungshilfe beschränken, sondern auch politische Mittel umfassen. Ein Teil der deutschen Diskussionsteilnehmer äußerte die Hoffnung, daß sich das Engagement der Vereinigten Staaten weder in der NATO, noch in Europa oder der Welt verringert.

Der zweite thematische Schwerpunkt der Diskussion betraf die Situation in den Vereinigten Staaten nach dem 11. September. Hingewiesen wurde vor allem auf zwei Fragestellungen: das in der amerikanischen Gesellschaft verbreitete Gefühl eines Verlustes an Sicherheit und die veränderte Beziehung der USA zur Welt.

Der Angriff auf das World Trade Center war für die Vereinigten Staaten eine historisch neue Erfahrung, wurden sie doch zum ersten Mal selbst zum Konfliktbereich. Bisher war eine solche Erfahrung Europa vorbehalten. Die Übertragung eines Konfliktes ins Herz der Vereinigten Staaten hat nicht nur grundlegend das Sicherheitsempfinden in der amerikanischen Gesellschaft verändert, sondern trug auch dazu bei, daß die Vereinigten Staaten nicht länger von seiten der Europäer als Asyl und Schutz vor den Bedrohungen der alten Welt angesehen werden. Die Überzeugung, daß auf der anderen Seite des Atlantik sich nichts Schlimmes ereignen könne, existiert nicht mehr, eine Überzeugung, die Generationen von Polen geprägt hat.

„Für viele Polen, die Amerika als einen Ersatzhafen ansahen, wenn man das Leben in Europa unerträglich fand, hat sich ein Weltbild verändert.“

Einige Diskussionsteilnehmer verwiesen auf den Umstand, daß der 11. September in den Vereinigten Staaten einen Ausbruch patriotischer Gefühle und die Rückkehr zu einem Denken in nationalstaatlichen Kategorien hervorgerufen hat.

Auf polnischer Seite fanden sich kritische Aussagen zu der durch die Vereinigten Staaten lancierten Vision einer internationalen Ordnung, in der unilateralistische Tendenzen erkannt werden. Entsprechend dieser Position benötigen die USA auf politischer Ebene Legitimation und Vollmacht für ihre Aktionen durch NATO und UNO, hingegen bedürfen sie keiner multilateralen Aktion, was die militärische Seite angeht. Dieser Standpunkt wird von der amerikanischen Regierung vertreten, die während des Angriffs auf Afghanistan das Modell einer „Koalition der Willigen“ anwandte, die sich spontan um die Vereinigten Staaten bildete. Dieser Ansatz berührt die demokratischen Rechte der Bündnispartner und schlägt anstelle einer Wertegemeinschaft, die die Grundlage des Paktes bildet, eine um die Supermacht organisierte Gemeinschaft vor.

Einige deutsche Teilnehmer bemühten sich, die Politik der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Die Nicht-einbeziehung der NATO in die Afghanistan-Intervention könnte aus der Befürchtung hergerührt haben, daß das Ingangsetzen der NATO-Prozeduren zu lange gedauert hätte, aber auch aus der Angst heraus, daß die Befehlsgewalt sich nicht in den Händen der Vereinigten Staaten befunden hätte. Dabei wollten die Amerikaner einerseits die Gewißheit haben, daß sie diesen Krieg im Einverständnis mit der internationalen Gemeinschaft führen, andererseits war ihnen daran gelegen, im Alleingang den Sieg über den Gegner davonzutragen. Gleichzeitig unternimmt Amerika große Anstrengungen für den Wiederaufbau Afghanistans,

„Wir erleben die Rückkehr des Nationalstaats als Reaktion auf supranationale Tendenzen. Das Problem des Terrorismus besteht darin, daß er keine nationale Struktur ist.“

was selbst für die öffentliche Meinung Amerikas überraschend war, ebenso wie die Investitionen in Mittelasien, beispielsweise in Usbekistan, was wiederum das Unbehagen Rußlands und Chinas hervorruft.

In der Diskussion wurden von polnischer Seite Stimmen laut, die sich kritisch zum Vorschlag der Vereinigten Staaten und Großbritanniens äußerten, Rußland in die Aktionen des Bündnisses einzubeziehen. Dieser Vorschlag wurde durch NATO-Generalsekretär Robertson und Premierminister Blair im Einverständnis mit der Bush-Administration gemacht. Nach Auffassung der polnischen Teilnehmer verändert dies die gesamte Essenz des Bündnisses. Zitiert wurden die Äußerungen von Włodzimierz Cimoszewicz in der „Washington Post“ (später auch in der „International Herald Tribune“), denen zufolge es im Kosovo und in Bosnien nie zu erfolgreichen Interventionen gekommen wäre, hätte man Rußland in ihrem Vorfeld bereits den von Robertson vorgeschlagenen Status zuerkannt. Die polnischen Teilnehmer sprachen sich entschieden gegen jegliche Versuche aus, Rußland auch nur teilweise am nordatlantischen Bündnis zu beteiligen.

In Bezug auf den dritten Fragenkomplex in Verbindung mit der Europäischen Union äußerten sich einige deutsche Diskussionsteilnehmer kritisch zur Stärkung der Regierungszusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und zu den Führungstendenzen insbesondere des Vereinigten Königreiches. Unterstrichen wurde auch, daß das grundlegende Ziel der EU im 21. Jahrhundert die Vollendung der europäischen Einigung sei, die auch zur Erhöhung der Sicherheit auf dem gesamten Kontinent beitrage. Gleichzeitig sollte die Union ihre Beziehungen zu jenen Ländern bestimmen, die ihr nicht beitreten, also zu Rußland und anderen Staaten der früheren Sowjetunion. Eine Schlüssel-

„Gerade kleinere Nationen haben Allianzen unter Beteiligung Rußlands nicht in guter Erinnerung.“

„Für die künftigen Beziehungen der Europäischen Union zu Rußland wird das polnisch-russische Verhältnis eine Schlüsselfunktion haben.“

stellung für die Beziehungen zwischen der EU und Rußland kommt den polnisch-russischen Beziehungen zu, wie die deutschen Teilnehmer betonten. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie auch die Tragweite des Putin-Besuches in Polen. Es gälte, eine neue Teilung Europas entlang der polnischen Ostgrenze zu verhindern, insbesondere durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland oder auch die Schaffung einer Freihandelszone, die ganz Europa umfaßt. Dies trage maßgeblich zur Erhöhung der Sicherheit in Europa bei.

Eine grundlegende Aufgabe der EU sei auch die Mitwirkung an der Schaffung einer neuen Weltordnung und eines globalen Sicherheitssystems. Ein wichtiger Beitrag, den die Europäische Union zu diesem System leisten kann, ist ihre eigene Erfahrung, nämlich die Überwindung nationaler Egoismus' zum Nutzen gemeinsamer Ziele. Unter polnischen wie deutschen Diskussionsteilnehmern überwog die Ansicht, daß es im Interesse der Union läge, daß die sich entfaltende Ordnung multipolar und nicht uni- oder bipolar sei. Die Rückkehr des Bilateralismus als Prinzip der internationalen Beziehungen nach dem 11. September wurde als großer Unsicherheitsfaktor für Europa anerkannt. Schließlich verändere dieser Bilateralismus grundlegend die europäische Politik und führe zu Rückschritten im Integrationsprozeß.

Nach dem 11. September bleibt das Bündnis langfristig ein wichtiges Element des Sicherheitssystems. Es darf bezweifelt werden, daß die EU sich als Kraft erwiesen hat, die zur Reaktion auf Situationen dieser Art fähig ist. Viele Gäste, und sowohl auf polnischer wie deutscher Seite, waren der Ansicht, daß die künftigen Sicherheitsstrukturen der Europäischen Union die NATO nicht ersetzen werden. Ihrer Meinung nach ist

„Die EU ist vielleicht die Kraft, die in größtem Umfange die gefährliche Tendenz vom Multilateralen zum Bilateralen bremsen könnte.“

„Die NATO ist bisher durch nichts zu ersetzen. Wir brauchen sie in Europa für unsere Zwecke mehr als die Amerikaner sie für die ihren.“

und bleibt das Bündnis ein wichtiges Instrument der transatlantischen Zusammenarbeit. Einige Stimmen sprachen dabei sogar von einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik. Ihrer Ansicht nach bezeugen dies die direkt bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie anderen Ländern in den vergangenen Monaten. Die europäischen Staaten unternahmen keinerlei Anstrengungen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Auch die Verteidigungsausgaben würden nicht erhöht, um die bestehende technologische Lücke zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten zu schließen. Entsprechend dieser Auffassung beschränkt sich der Trend zur Renationalisierung nicht auf Europa, sondern wirkt zusammen mit entsprechenden Tendenzen in den Vereinigten Staaten. Dies ist eine gefährliche Entwicklung im Angesicht der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus.

Ein vierter Fragenkomplex konzentrierte sich auf Rußland. Sein Beitritt zur Anti-Terror-Koalition bedeute eine Annäherung an den Westen, was durch alle Teilnehmer positiv bewertet wurde. Jedoch zeigten sich polnische wie deutsche Diskussionsteilnehmer durch den Umstand beunruhigt, daß diese Annäherung nicht auf der Grundlage gemeinsamer Werte erfolgte. Unter den polnischen Gästen zeigten sich zwei Standpunkte bezüglich der Bewertung dieser Annäherung. Einerseits wurde davon gesprochen, daß sie sich auf Großmachtspolitik gründe. Andererseits wurde unterstrichen, daß Putin den russischen Eliten eine bestimmte Definition der Wirklichkeit aufoktroiyert habe, derzufolge Rußland keine Großmacht mehr sei.

Polnische wie deutsche Teilnehmer des Forums äußerten die Ansicht, daß die Anti-Terror-Koalition eine veränderte Wertehierarchie mit sich bringt. Das

„Heute ist nicht mehr die Demokratie oberstes Ziel, sondern Stabilität und Sicherheit. Dabei schaut man weniger darauf, wer saubere und wer schmutzige oder sogar blutige Hände hat.“

übergeordnete Ziel sei entsprechend nicht mehr Demokratie, sondern Stabilität und Sicherheit. Damit komme dem Umstand, ob ein Bündnispartner demokratische Spielregeln respektiert oder nicht, geringere Bedeutung zu. Daraus ergäbe sich eine Neubestimmung auch der Beziehungen mit bisherigen Gegnern der NATO, so beispielsweise mit China. Diese Beziehungen sind von Bedeutung nicht nur für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, sondern unter anderem auch für die Kontrolle des postsowjetischen Arsenal an Massenvernichtungswaffen. Einige Stimmen warnten auch davor, der Illusion zu erliegen, daß die Solidarität Rußlands und Chinas im Kampf gegen den Terrorismus von Dauer sein könne. Diese bleibe lediglich solange erhalten, wie beide Länder ein Engagement auf Seiten der Anti-Terror-Koalition als im eigenen Interesse liegend wahrnahmen.

Zu den bereits genannten Problemen sei, so die Teilnehmer dieser Diskussion, hinzuzufügen, daß der 11. September auch große Lücken in den rechtlichen Grundlagen der internationalen Ordnung offenbar werden ließ. Dies sei keineswegs ein neues Problem. Das internationale Recht gibt keine Antwort auf die Frage, worin staatliche Souveränität besteht und wann Eingriffe in Souveränität im Namen anderer Werte und Ziele gerechtfertigt sind. Ähnliche Fragen ergaben sich bereits im Falle der Verbrechen in Kambodscha, des Völkermords und der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Irak nach dem Golfkrieg oder des Kosovo-Konfliktes.

Es fehle an neuen, umfassenderen Definitionen für Aggression, Terrorismus und Terroristen. Für die einen sind Terroristen Freiheitskämpfer, für andere Verbrecher. Gefährlich sei die Einbeziehung jeglicher regionaler Konflikte in das Problem des Terrorismus,

„Es geht um eine völlige Neudefinition von Aggression, Terroristen, Terrorismus.“

so beispielsweise der Situation in Tschetschenien. Dies könne zu einer Eskalation regionaler Konflikte führen und Rachegefühle erwecken. Wichtig sei die genaue Bestimmung, was unter internationalem Terrorismus zu verstehen ist. Ein Bombenangriff einer Verbrechergruppe auf eine andere ist mit Sicherheit ein terroristischer Akt, jedoch keine Frage, der sich das internationale Recht widmen solle. Es gilt, präzise die neue Art des Terrorismus, die sich aus fundamentalistischen Motiven ergibt und dessen Ausdruck der Angriff auf das World Trade Center war, von jenen Spielarten zu unterscheiden, die aus unterschiedlichen Entwicklungsniveaus resultieren. Auf eine solche präzise Definition des Terrorismus sollte sich die Anti-Terror-Koalition stützen. Vereinfachende Lösungen hingegen rufen möglicherweise unkalkulierbare Konsequenzen hervor.

„Eine Welt ohne eine starke NATO ist nicht vorstellbar, weil die Wirtschaft einen Sicherheitsgürtel braucht, der Garantie für wirtschaftliches Tun ist.“

Ein letzter Themenkomplex widmete sich nichtmilitärischen Aspekten von Sicherheitspolitik. Besprochen wurden die Abhängigkeiten zwischen Sicherheit und Wirtschaft. Von Seiten einiger Akteure wurde unterstrichen, daß eine Welt ohne starke NATO schwer vorstellbar sei, ist diese doch eine unabdingbare Garantie für wirtschaftliche Aktivitäten. Allerdings muß sie ihre Instrumente an die neuen Möglichkeiten eines Angriffs mit Hilfe moderner Techniken anpassen. In Bezug auf den Einfluß des 11. September auf den Prozeß der Globalisierung wurde prognostiziert, daß er diese verstärken und zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene führen werde. Die Gäste des Forums stellten auch Überlegungen an, auf welche Weise die Wirtschaft zu globaler Sicherheit beitragen könne. Nach dem 11. September sollten Europäer sich um so stärker für die Einbindung der Länder Mittel- und Osteuropas in den Bereich wirt-

schaftlichen Wohlstands verantwortlich fühlen, was vielen Bedrohungen den Boden entziehen würde. Im Interesse Europas läge auch die Einbeziehung Mittelasiens in diesen Bereich, was einerseits die Versorgung Europas mit notwendigen Rohstoffen und Energie sicherstellen würde, andererseits auch ein wichtiges Instrument für den Kampf mit dem islamischen Fundamentalismus wäre. Eine zentrale Frage sei auch die Schaffung wirkungsvoller Entscheidungsstrukturen innerhalb der Europäischen Union, um erfolgreich mit den Vereinigten Staaten konkurrieren zu können.

Betont wurde auch der Kampf gegen Armut, um weltweit Sicherheit zu erhöhen und Bedrohungen für Sicherheit abzubauen. Schließlich ist eine Situation, in der 17% der Weltbevölkerung 78% des globalen Sozialproduktes erwirtschaften, während sich 83% der Bevölkerung die restlichen 22% teilen, eine Gefährdung für Sicherheit und Stabilität. Der einzige friedliche Weg zur Beseitigung von Bedrohungen dieser Art ist die Globalisierung, die armen Ländern den Zugang zu Technologie, Wissen und Kapital ermöglicht. Auf diese Weise könnten sich diese Länder selbständig der entsprechenden Menge an Lebensmitteln und einer würdigen Existenz versichern. Nicht haltbar sei hingegen die Behauptung, daß Globalisierung eine Vertiefung der Unterschiede verursacht, die zwischen armen und reichen Ländern existieren. Notwendig seien Entwicklungspolitik und Hilfsfonds für arme Regionen. Wie einer der Teilnehmer anmerkte, wurde in den letzten zehn Jahren der Entwicklungspolitik recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Ein Teil der deutschen Teilnehmer des Forums wies darauf hin, daß die Erhöhung kollektiver Sicherheit die Begrenzung individueller Freiheiten erfordere. Es sei notwendig, eine europäische Konzeption kollekti-

„Wir sollten nicht vergessen, daß Sicherheit neben der militärischen auch eine politische, wirtschaftliche, soziale Dimension hat.“

„Die Schlußfolgerung ist, zugunsten von mehr kollektiver Sicherheit weniger individuelle Freiheit zuzulassen.“

ver Sicherheit zu erarbeiten. Gleichzeitig gab es jedoch auch Stimmen, die davor warnten, die Rechte des Einzelnen auf dem Altar kollektiver Sicherheit zu opfern. Dem Schutz individueller Rechte in einer veränderten politischen Situation sollte sich der Konvent widmen. Beunruhigung wurde auch darüber laut, wie es um das weitere Funktionieren von Schengen bestellt ist. Daraus ergäben sich Probleme insbesondere für die Beitrittskandidaten zur Europäischen Union, die nicht sofort die erforderlichen Sicherheitsstandards werden erfüllen können. Unklar sei, ob nicht daraufhin die älteren Mitglieder der Union versuchen würden, an ihren Grenzen Kontrollen einzuführen. Einige Teilnehmer sprachen jedoch davon, daß der Grundgedanke des Schengen-Vertrages die Beseitigung von Hindernissen sei, nicht aber die Errichtung neuer Barrieren und Teilungen Europas. Gefordert wurde die Schaffung einer „Partnerschaft für Sicherheit“ nach dem Modell der „Partnerschaft für den Frieden“, die die Übertragung von Erfahrungen grenzüberschreitender Zusammenarbeit vom Westen auf den Osten des Kontinents ermöglichen würde. Dies könnte eine gemeinsame Aufgabe für Polen und Deutschland sein.

Die deutschen Teilnehmer lenkten die Aufmerksamkeit darauf, daß in der gegenwärtigen Situation auch ein neuer Streit über Werte angelegt sei, der fanatische Züge enthält. Die Antwort auf diesen Streit sei ein verstärkter Dialog zum Thema unterschiedlicher Wertesysteme und kultureller Fragen. Mit Unbehagen wurde zur Kenntnis genommen, daß in Deutschland die Budgets jener Institutionen schrumpfen, die sich wie die Goethe-Institute dem interkulturellen Dialog widmen.

Die deutsche Seite forderte die Schaffung nicht nur einer „Anti-Terror-Allianz“, sondern gleichermaßen einer „Pro-Kultur-Allianz.“ Die Existenz einer solchen

„Wir laufen Gefahr, zum Schutz unserer Sicherheit gegen den Terrorismus zu weit zu gehen.“

Koalition sei auch in Europa unabdingbar, das nicht frei sei von Extremismen, Nationalismen und Terrorismus. Es gälte, eine Formel des Dialogs und der Koexistenz verschiedener europäischer Kulturen zu finden. Dieses Modell könne von Bedeutung für die Schaffung einer internationalen Ordnung auf Basis der Zusammenarbeit aller Seiten sein und das militärische Bündnis dort ergänzen, wo dieses nicht wirksam sein kann, nämlich wenn es um die Beseitigung der kulturellen Grundlagen des Terrorismus geht. In dieser Koalition sollte Europa ein gewisses Gegengewicht zur amerikanischen Massenkultur darstellen.

Zusammenfassend ist zu unterstreichen, daß militärische und politische Probleme sich dennoch als roter Faden durch die Diskussion zum Thema Sicherheit nach dem 11. September zogen, trotz der Tatsache, daß vielfach über die Bedeutung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Aspekte gesprochen wurde. In den wesentlichen Punkten bezüglich der internationalen Ordnung gab es keine grundlegenden Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Teilnehmern. Vielmehr kann man von einer maßgeblichen Annäherung der Positionen sprechen, und Meinungsverschiedenheiten waren eher unabhängig von nationaler Herkunft. Am Vorabend des Beitritts Polens zur Europäischen Union verliert der Dialog zwischen Polen und Deutschen seinen bilateralen Charakter und wird zum Austausch europäischer Partner.

Zusammengestellt von Magdalena Kurkowska

„Wir bleiben auf halbem Wege stehen, wenn wir nicht aus der Anti-Terror-Allianz eine Pro-Kultur-Allianz machen.“

Teilnehmer

Zenon
Kosiniak-Kamysz
Gesine Schwan
Rita Süßmuth
Andrzej Zoll

Moderation

Jacek Żakowski

LAW AND ORDER
IN DER ZIVILGESELLSCHAFT?
DEUTSCHE UND POLNISCHE
ANTWORTEN

Bereits seit geraumer Zeit läßt sich international eine Entwicklung dahingehend beobachten, die rhetorisch wie programmatisch, in politischer Debatte wie praktischer Politik, das Schlagwort von „Law and Order“ verstärkt in den Vordergrund rückt. Befürworter dieser Tendenz verweisen generell auf eine mangelnde Gewährleistung innerer wie äußerer Sicherheit, deren Auswirkungen sowohl objektiv beobachtbar seien als auch in einem Anstieg gesellschaftlichen Unsicherheitsempfindens ihren Ausdruck fänden. Vor diesem Hintergrund spricht man sich für eine konsequente Verschärfung staatlicher Sanktionsmechanismen aus, die auch vor Einschränkungen individueller Freiheitsrechte nicht haltmachen sollte. Genau in diesem Eingriff sehen Kritiker und Gegner dieses Trends das maßgebliche Problem. Nicht nur werde einer bedenklichen Autoritarisierung des Einzelnen wie der Gesellschaft Vorschub geleistet. Gleichzeitig blende die reaktive Bekämpfung von Symptomen größerer Unsicherheit die proaktive Behandlung jener Ursachen aus, die diesen zugrundeliegen.

Dieser globale Trend hat sich in den letzten Jahren auch verstärkt in Deutschland und Polen bemerkbar gemacht, wie die „Rechtsstaatliche Offensive“ des Ronald Schill in Deutschland oder Lech Kaczyńskis Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen unter Beweis stellen.

Dabei waren es vor allem Fragen innerer Sicherheit – Stichwort Kriminalität – die die Diskussion in beiden Ländern lange beherrschten. Mit den Ereignissen des 11. September 2001, so scheint es, hat sich diese Entwicklung nicht nur verstärkt, sondern auch eine maßgebliche Komponente äußerer Sicherheit – Stichwort Terrorismus – hinzugewonnen. Mithin werden unter dem „Law-and-Order“-Postulat der Schaffung sicherer Verhältnisse innere wie äußere, nationale wie internationale Fragestellungen miteinander verknüpft.

Obwohl sich diese Paradigmenverschiebung keineswegs auf Deutschland und Polen beschränken läßt, so wirft sie doch in beiden Ländern, im Hinblick auf ihre bilateralen Beziehungen sowie im europäischen Rahmen, besondere Fragen auf. In Anbetracht dieser Bedeutung bildeten Fragen zu „Law and Order“ einen thematischen Schwerpunkt des X. Deutsch-Polnische Forums. Die Debatte ließ sich dabei insbesondere von den folgenden Problemstellungen leiten:

- Aus welchen Quellen speist sich die verstärkte Hinwendung zu „Law-and-Order“-Ansätzen?
- Inwiefern sind diese Veränderungen mit liberalen und demokratischen Prinzipien vereinbar?
- Können „Law-and-Order“-Politiken langfristig Sicherheit garantieren?
- Welche anderen Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Probleme sind denkbar?

Entlang dieser Fragen ergab sich eine lebhaftere Diskussion, die nach kurzen Eingangsbemerkungen der Podiumsteilnehmer für Fragen und Anmerkungen des weiteren Publikums geöffnet wurde. Dabei wurde eine Vielzahl von Aspekten der „Law-and-Order“-Problematik angesprochen. Gleichzeitig wurden wichtige Ge-

„Es ist zu beobachten, daß die Bevölkerung subjektiv in einem starken Unsicherheitsgefühl lebt.“

meinsamkeiten und Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Sichtweisen deutlich.

Die Gesellschaften Deutschlands und Polens wie auch darüber hinaus, so die einhellige Feststellung, sind gegenwärtig konkreten Gefährdungen ausgesetzt, die sich in einem gesteigerten Unsicherheitsempfinden seitens der Bevölkerung widerspiegeln. Zur Natur dieser Risikofaktoren und damit den Ursachen für weitverbreitete gesellschaftliche Ängste wurde jedoch ein breites Spektrum von Ansichten geäußert. Eine Diskussion dieser Gründe bildete den ersten thematischen Schwerpunkt dieser Podiumsdiskussion.

Im Sinne eines engeren Verständnisses von Sicherheit wurde in erster Linie häufig darauf hingewiesen, daß ein Anstieg von kriminellen Aktivitäten und Gewaltbereitschaft zu verzeichnen ist. Dies betrifft keineswegs nur die sogenannte und besonders von polnischer Seite betonte Armutskriminalität, die sich aus materiellen Ungleichgewichten innerhalb der Gesellschaften speist, aus der Konfrontation von verbreiteter Arbeits- und Perspektivlosigkeit einerseits mit einem ostentativ dargestellten Reichtum andererseits. Die sich aus diesem Wohlstandsgefälle ergebende Kleinkriminalität ist für die Menschen direkt erfahrbar und läßt somit Gefährdungen deutlich spürbar werden. Demgegenüber wurde jedoch aus deutscher Sicht auch darauf hingewiesen, daß in gleichem Maße eine Wohlstandskriminalität existiert, die sich im Bereich von Steuern, Wirtschaftsbeziehungen und Bankgeschäften bewegt. Diese wird zwar gesellschaftlich weniger unmittelbar erlebt, ist aber ebenso symptomatisch für die Ordnungsprobleme moderner Staaten.

Gegenüber dieser Betonung des Kriminalitätsproblems war es interessant zu beobachten, daß der Frage terroristischer Bedrohung, die der 11. September 2001

„Es gibt eine Armutskriminalität. Aber das wirkliche Problem ist die Wohlstandskriminalität.“

verstärkt auf die Tagesordnung gebracht hat, vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Obwohl in gleichem Maße mit Sicherheit im engeren Sinne verbunden, scheint das Problem des Terrorismus eine geringere Priorität für Deutsche wie Polen zu besitzen als jenes der Kriminalität. Dies mag darauf hinweisen, daß sich beide Gesellschaften zumindest direkt von ersterem weniger betroffen und bedroht fühlen als von letzterem.

Generell wurde das Problem der Kriminalität in den Kontext weiterreichender Umbruchsprozesse gestellt, denen sich Deutschland und Polen gleichermaßen unterworfen sehen. Damit einher ging eine Erweiterung von Ursachen und Wirkungen über Fragen von Kriminalität und der von ihr ausgehenden Bedrohung hinaus. Angeführt wurden zusätzliche Aspekte gesellschaftlicher und kultureller Natur, staatlicher und politischer Akteure, nationaler und internationaler Dimension.

In Polen, in nicht geringem Maße aber auch in Ostdeutschland, betreffen diese Veränderungen natürlich vor allem die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation während des vergangenen Jahrzehnts. In ihrem Gefolge ist es zu qualitativen wie quantitativen Veränderungen im Bereich der inneren Sicherheit gekommen. Schwere Gewalttaten treten häufiger auf und die organisierte internationale Kriminalität benutzt Polen als Transitstation zwischen Ost und West. Der registrierte zahlenmäßige Anstieg von Straftaten andererseits ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da Statistiken vor 1989 politischer Manipulation unterlagen. Insgesamt habe man seitens des polnischen Staates aber große Anstrengungen unternommen, deren Erfolg auch daran gemessen wird, daß die Kriminalitätsraten in Polen deutlich unter denen Deutschlands liegen.

„Transformationsprozesse, aber auch die Weiterentwicklung von Wohlstandsgesellschaften bringen soziale Verwerfungen mit sich.“

„Das Problem in Polen sind die Autorität und die Schwäche des Staates.“

Wenn vor diesem Hintergrund das Unsicherheitsgefühl in der polnischen Bevölkerung dennoch sehr hoch ist, so müssen demnach weitere Faktoren von Bedeutung sein. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang ist das mangelnde Vertrauen in den Staat und seine Behörden, denen Kompetenz und Effizienz weitgehend abgesprochen werden. Dies führt seitens der Bevölkerung zu einer mangelnden Bereitschaft, staatliche Maßnahmen mitzutragen und zu unterstützen, vor allem durch Mechanismen gesellschaftlicher Selbstkontrolle im öffentlichen Raum, auf lokaler und nachbarschaftlicher Ebene. Die Existenz und Wirksamkeit solcher Mechanismen wird durch gesellschaftliche Desintegration weiter untergraben. Beobachtbar resultieren diese Aspekte in einer Umgehung der staatlichen Sicherheitsverantwortung und dem Rückzug auf privatwirtschaftliche Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen, die in Polen besonders verbreitet und gesellschaftlich akzeptabel sind.

Die Rolle des Staates stellte sich aus deutscher Sicht völlig anders dar. Kapazität, Kompetenz und Effizienz für die Herstellung sicherer Verhältnisse werden dem Staat durchaus zugesprochen und es existiert seitens der Gesellschaft eine ausgeprägte Erwartungshaltung an den Staat, sich der verspürten Unsicherheit anzunehmen. Diese erstrangige Orientierung auf staatliche Akteure zeigt sich auch besonders in einer verbreiteten Ablehnung privater Sicherheitsdienste. Diese Anspruchshaltung beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Durchsetzung eines sicheren öffentlichen Raumes. Vielmehr wurde auf eine Reihe von Faktoren verwiesen, die ursächlich für Verstöße gegen Ordnung und Sicherheit seien und deren sich politische und staatliche Akteure in umfassender Form annehmen müßten.

„Die Deutschen haben eine lange Tradition staatsorientierten Sicherheitsdenkens.“

Viele dieser Faktoren haben ebenfalls mit Umbrüchen und Veränderungen zu tun, denen sich Deutschland ausgesetzt sieht. Zunehmende Migration und die problematische Integration von Ausländern und, wie besonders betont wurde, von Aussiedlern sind dabei von großer Bedeutung, auch wenn klargestellt wurde, daß Kriminalität natürlich kein Problem von Ausländern ist. Der Anstieg privaten Reichtums ist von immer offenkundigeren Ungleichheiten begleitet, zu deren Linderung sich der Wohlfahrtsstaat immer weniger imstande sieht. Traditionelle Strukturen wie die Familie sind in Auflösung begriffen, althergebrachte Sozialisierungsinstanzen wie die Schule werden ihrer Aufgabe immer weniger gerecht. Aus der Anerkennung dieser Veränderungen als Ursachen für steigende gesellschaftliche Risiken und Unsicherheit folgt, daß es großer Anstrengungen und Verbesserungen in all diesen Bereichen bedarf.

Ein weiterer Aspekt, der von Deutschen wie Polen gleichermaßen genannt wurde, besteht in einer offensichtlichen Veränderung von Wertesystemen und damit der kulturellen Basis gesellschaftlichen Miteinanders. Während mancher dabei von Werteverfall oder -verlust sprach, der konventionelle Standards und Verhaltensformeln untergräbt, waren andere Stimmen eher skeptisch. Demnach sollte eine Veränderung von Werten keineswegs mit ihrem Verfall gleichgesetzt werden. In jedem Falle war man sich einig, daß Ordnung und Sicherheit einer kulturellen Verankerung, einer Ordnungskultur bedürfen. Diese umfasse Regeln für den gesellschaftlichen Umgang miteinander, lege Respekt für Recht und Gesetz fest und beschreibe Rolle und Autorität des Staates, fordere aber auch die Verantwortung des einzelnen Bürgers ein, sich für diese Werte und Regeln zu engagieren. In Deutschland wie Polen wurde

„Die soziale Desintegration untergräbt die Ordnung.“

„Die anerkannte Ordnungskultur hat immer weniger Geltung im Alltag.“

ein ausgesprochener Mangel an einer solchen Ordnungskultur festgestellt.

Das sich aus diesen vielfältigen Quellen speisende Gefühl von Unsicherheit und Risiko, das in Deutschland wie in Polen in ähnlichem Maße anzutreffen ist, wird noch durch den Umstand verstärkt, daß in beiden Ländern der Gesellschaft lange suggeriert wurde, im wesentlichen sei der Staat für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zuständig und kompetent. In diesem Sinne haben sowohl das deutsche wohlfahrtsstaatliche Modell als auch die totalitäre jüngere Vergangenheit Polens den Effekt eines Überversorgungsstaates hervorgerufen, der sich gegenwärtig in der Krise befindet. Diese sei jedoch, wie betont wurde, nicht mit einer Krise des liberalen Staates gleichzusetzen.

Genau die Erwartungshaltung an den Staat, die diese Überversorgung hervorgerufen hat, ist es jedoch, die sich „Law-and-Order“-Vertreter zunutze machen. Sie behaupten, daß der Staat durch eine Verschärfung von Gesetzen, konsequenteres polizeiliches Durchgreifen, umfassende Kontroll- und Überwachungsmechanismen, veränderte und beschleunigte gerichtliche Verfahrensweisen sowie härtere Strafmaße weitgehende Sicherheit herstellen könne. Obwohl unter den Diskussionsteilnehmern generell Einigkeit darüber herrschte, daß der Staat in der Verantwortung sei, sich des Problems gesellschaftlichen Unsicherheitsempfindens anzunehmen, so wurde doch bezweifelt, daß dies in solch extremer Form angemessen und effektiv oder auch nur machbar sei. Einwände bestanden sowohl in Bezug auf die Vereinbarkeit von „Law-and-Order“-Politiken mit liberalen und demokratischen Prinzipien als auch hinsichtlich ihrer praktischen Wirksamkeit.

Ersterer Einwand bildete, in Form einer eher theoretisch geführten Debatte, den zweiten thematischen

„Ist dies eine Krise des liberalen Staates? Nein, dies ist eine Krise des Überversorgungsstaates.“

Schwerpunkt dieser Podiumsdiskussion. Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Überlegungen in der Feststellung, daß „Law and Order“ nicht ohne den Begriff der Freiheit gedacht werden dürften. Als demokratisch und rechtsstaatlich verfaßte Gemeinwesen gründen sich Deutschland wie Polen in gleichem Maße auf Recht und Gesetz wie auf festgeschriebene individuelle Freiheiten. Sicherheit ist in demselben Maße ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen wie Freiheit. Entsprechend befinden sich beide Seiten in einem Spannungsverhältnis, das nur durch einen sensiblen Umgang in einer Balance gehalten werden kann, die weder das eine, noch das andere in Frage stellt.

„Law-and-Order“-Politiken greifen nachhaltig in dieses Verhältnis ein und betonen Recht und Gesetz, auch Ordnung und Sicherheit, auf Kosten individueller Freiheiten. Diese Akzentverschiebung wurde generell als außerordentlich problematisch aufgefaßt. Dabei wurde durchaus anerkannt, daß die von „Law-and-Order“-Befürwortern angestrebte Verlagerung lediglich das jüngste Beispiel einer historisch langen Entwicklung ist, in der regelmäßig die eine oder die andere Seite in den Vordergrund gerückt wurde. Sicherheit und Ordnung ist dementsprechend ein Problem, das Konjunkturen unterworfen ist.

Dennoch wurde die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtigen Unsicherheitsgefühle es rechtfertigen, Beschränkungen individueller Freiheiten vorzunehmen. Von gesellschaftlicher Seite ist, wie anerkannt wurde, durchaus die Forderung nach stärkerer Betonung von Sicherheit und Ordnung zu vernehmen, die auch Freiheitsbeschränkungen bereitwillig in Kauf nimmt. Vermittelt über Parteien, findet diese Forderung Eingang in den politischen Entscheidungsprozeß. Innerhalb dieses jedoch stellt sich das Problem, ob solche Freiheits-

„Bei den Begriffen ‚Law‘ und ‚Order‘ fehlt der Begriff ‚Freiheit‘.“

„Darf man die Freiheit beschränken, nur um die öffentliche Meinung zu beruhigen?“

„Es gibt keinen objektiven Widerspruch zwischen dem Staat, seiner Effizienz und dem Liberalismus.“

beschränkungen durch öffentliche Meinung und demokratischen Wählerwillen gerechtfertigt werden könnten oder ob nicht doch, als höheres Prinzip, die Freiheit des Menschen unantastbar sein sollte. Dabei schien innerhalb der Podiumsdiskussion letztere Position stärker prononciert.

An diesen Punkt schließt sich eine interessante Beobachtung zu unterschiedlichen Positionen in Deutschland und Polen an. Danach ist es unter politischen Entscheidungsträgern und Meinungsführern in Deutschland verbreitet, sich unter Hinweis auf die Vergangenheit und den Albtraum eines autoritären Staates auf Freiheit als Grundprinzip zu berufen und jegliche gesetzliche Einschränkung im Sinne von „Law and Order“ abzulehnen. Dies setzt sich im Zweifelsfalle auch über einen anderslautenden Wählerwillen hinweg. In Polen andererseits scheint eher die Sorge um einen zu schwachen Staat im Vordergrund zu stehen. Entsprechend laut ist der Ruf nach einer Stärkung staatlicher Sanktionsbefugnis und Einschränkungen individueller Freiheitsrechte zu diesem Zwecke finden höhere Akzeptanz in politischer Klasse und polnischer Gesellschaft gleichermaßen.

Das Folgeproblem, das sich aus der Zulässigkeit eines solchen Eingriffs ergibt, besteht in der Frage, welche Freiheiten im Detail eingeschränkt werden dürfen, um Sicherheit konkret zu erhöhen. Dabei wurde festgestellt, daß in der gegenwärtigen Debatte nur unzureichend präzisiert wird, welche Beschränkungen individueller Freiheiten wirklich dem Ziel besserer Ordnung und höherer Sicherheit dienen. Auf der Basis einer solchen Begründung, so schien es, wäre mancher Kritiker von „Law-and-Order“-Ansätzen durchaus bereit, im Einzelfall Einschränkungen individueller Rechte zuzustimmen.

„Es gilt zu präzisieren, welche konkrete Beschränkung von Freiheit wirklich der Sicherheit dient.“

Große Sorge bereiteten die Konsequenzen, die solche Verschiebungen der Balance zwischen Freiheit und Ordnung mit sich bringen können. Es wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Konzessionen durchaus notwendig und nützlich, ihre unausgesetzte Erweiterung jedoch ausgesprochen problematisch sein kann. Man befürchtete, daß sich eine Eigendynamik einstelle, derzufolge Freiheitsbeschränkungen, einmal akzeptiert und gesetzlich verankert, zunehmend ausgreifen und immer neue Bereiche erfassen. Dies verband sich mit der Forderung, klare Grenzen für solche Eingriffe in individuelle Freiheiten festzulegen. Als problematisch wurden auch die Folgen solcher Eingriffe für gesellschaftliche Verhaltensweisen und Kulturmuster angesehen. Nicht ausgeschlossen sei, daß eine solche Unterordnung von Freiheit unter Ordnung und Sicherheit zu Mißtrauen und Verdächtigung innerhalb der Gesellschaft führe und den sozialen Frieden nachhaltig beeinträchtige. Solche Belastungen gälte es unter allen Umständen zu vermeiden.

Insgesamt stand man also jeglichen Eingriffen in die Freiheit des Individuum eher kritisch gegenüber, lehnte diese im begründeten Einzelfall jedoch keineswegs ab. Ausdrücklich wurde bekräftigt, daß der liberale Staat in der Pflicht stehe, sich gegen Bedrohungen der rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung zur Wehr zu setzen. Die Art und Weise, in der dies geschieht, müsse sich jedoch vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit leiten lassen. Damit wandte sich die Diskussion gegen die gegenwärtig weit verbreitete Fetischisierung des Sicherheitsaspektes, derzufolge Sicherheit um jeden Preis herzustellen sei, vor allem eben auch durch Freiheitsbeschränkungen. Dieser Sicht wurde entgegengehalten, daß ein dauerhafter Tausch von Freiheit für Sicherheit zum Scheitern verurteilt sei und ihm nicht

„Was ist ein liberaler Staat denn wert, wenn er nicht bereit ist, sich zu wehren?“

„Nach Franklin wird, wer immer mehr Sicherheit will, am Ende weder Sicherheit noch Freiheit haben.“

nur die Freiheit, sondern letztendlich auch die Sicherheit selbst zum Opfer fielen. Die populistische Reaktion, Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung und entsprechende Erwartungshaltungen an den Staat mit dem Versprechen zu beantworten, daß verschärfte staatliche Maßnahmen wieder völlige Ordnung und Sicherheit herbeizuführen imstande seien, wurde damit als außerordentlich problematisch betrachtet. Nicht nur berge sie ein Versprechen, das seitens des Staates in aller Wahrscheinlichkeit nicht zu halten ist, sondern auch eine reale Gefahr, in letzter Instanz kontraproduktiv für die Bewahrung von Sicherheit zu sein.

Mit dieser Fragestellung wandte sich die Diskussion einem dritten wesentlichen Thema zu. Dieses fragte nach dem Potential von „Law-and-Order“-Politiken, wirklich und dauerhaft Sicherheit zu schaffen. Der generelle Tenor der Diskussion war an diesem Punkt sehr kritisch und sprach alleinigen Verschärfungen staatlicher Maßnahmen eine Wirksamkeit für Ordnung und Sicherheit weitgehend ab. Übereinstimmung herrschte dahingehend, daß solche Maßnahmen notwendig sind und der Bevölkerung das wichtige Signal vermitteln, daß man sich staatlicherseits des Unsicherheitsproblems bewußt ist und sich dieser Frage annimmt. Dieser psychologische Effekt zeigt sich auch in einer, nicht zuletzt nach dem 11. September 2001 gestiegenen, Akzeptanz staatlicher Bemühungen um Ordnung und Sicherheit. Es wurde jedoch betont, daß solche Schritte nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie von weiteren Veränderungen sowohl im staatlichen als auch im gesellschaftlichen Rahmen begleitet würden.

„Anzutreffen ist jetzt eine höhere Akzeptanz von Maßnahmen der ordnenden Hand.“

Vor allem von polnischer Seite wurde an dieser Stelle betont, daß der verspürte Mangel an Ordnung und Sicherheit keinesfalls auf unzureichende gesetzliche Grundlagen zurückzuführen sei. Vielmehr wurde beklagt,

daß die existierenden und durchaus zureichenden Regulierungen in völlig unbefriedigender Weise umgesetzt würden. Verwiesen wurde dabei vor allem auf die mangelhafte institutionelle Infrastruktur und die Tatsache, daß staatliche Behörden offensichtlich nicht über die gesellschaftliche Autorität verfügen, die für die Wahrnehmung ihrer Ordnungsfunktionen notwendig ist. In Anbetracht dieser Tatsache wären weitere gesetzliche Schritte nicht nur nicht notwendig, sondern sie würden keinerlei Verbesserung der Situation herbeiführen, solange sie nicht von einer Reform und Stärkung des Rechtsvollzuges begleitet würden. „Law and Order“ seien also im polnischen Kontext maßgeblich zusammenzudenken mit „Enforcement“.

Dieses Problem eines defizitären Vollzuges existierenden Rechts scheint sich auf deutscher Seite weniger zu stellen. Betont wurde hingegen, daß die Durchführung gesetzlicher Vorschriften in verantwortlicher und transparenter Weise zu erfolgen habe und permanenter gesellschaftlicher Kontrolle bedürfe. An politische Entscheidungsträger und die öffentliche Verwaltung richtete sich damit die Forderung, sensibler und bewußter mit Einschränkungen von Freiheitsrechten umzugehen und diese nur im plausiblen und gesellschaftlich legitimierten Einzelfall zuzulassen. Entsprechend stand man weiteren Änderungen und Verschärfungen der gesetzlichen Grundlagen recht skeptisch gegenüber.

Statt dessen, so wurde unterstrichen, müßten Bemühungen um Ordnung und Sicherheit über die öffentlichen Institutionen hinausgehen und in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext gestellt werden. Zum einen gäbe es die Gefahr, daß ausgewählte Gruppen, Ausländer, religiöse Minderheiten, sozial Benachteiligte, zu einer Bedrohung für die öffentliche Sicherheit stigmatisiert, sie aus der breiteren Gesellschaft aus-

„Law and Order‘ sind nicht denkbar ohne ‚Enforcement‘.“

gegrenzt und ihre Freiheitsrechte in besonderer Weise beeinträchtigt würden. Dieser Tendenz, die eine vereinfachende „Law-and-Order“-Rhetorik und entsprechende Maßnahmen mit sich bringen, müsse nachdrücklich begegnet werden, durch verstärkte Integrationsbemühungen, Aufklärung und einen Abbau extremer sozialer Ungleichheiten. Damit wurde natürlich auch angeschnitten, daß man sich der gesellschaftlichen Ursachen fehlender Sicherheit und Ordnung annehmen müsse, wenn man diese wirkungsvoll bekämpfen wolle. Eine solche ursächliche Betrachtungsweise jedoch lassen Befürworter von „Law-and-Order“-Ansätzen generell vermissen.

„Law and Order' kann nicht alleine Sache des Staates sein.“

Bestandteil solcher gesellschaftlichen Anstrengungen müsse es auch sein, der Ansicht zu begegnen, daß es ausschließlich Aufgabe des Staates und seiner Institutionen sei, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Dieser Erwartungshaltung, die durch „Law-and-Order“-Politiken verstärkt wird, wurde entgegengehalten, daß Sicherheit in jedem Falle nur mit dem Bürger, keineswegs jedoch ohne oder gegen ihn durchgesetzt werden kann. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang Familie und Schule, Medien, lokalen und nachbarschaftlichen Gemeinschaften zu. Diese sind gefordert, das Gefühl der Mitverantwortung jedes Einzelnen zu entwickeln, die öffentliche Ordnung mitzugestalten und durch Mechanismen sozialer Selbstkontrolle die Bemühungen staatlicher Institutionen zu unterstützen. Ohne eine solche gesellschaftliche Unterfütterung, ohne eine verbreitete Ordnungskultur, seien staatliche Initiativen wenn nicht zum Scheitern, so doch zu recht eingeschränkter Effektivität verurteilt.

Es zeigte sich also, daß einer reinen „Law-and-Order“-Strategie zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit und damit einem Abbau des gesellschaftli-

chen Unsicherheitsempfindens langfristig kein Erfolg zugetraut wird. Aus diesem Grunde wandte sich die Diskussion der Überlegung zu, welche alternativen Handlungsoptionen mit möglicherweise größerer Aussicht auf Erfolg angedacht werden können. Diese praktischen Schritte bildeten den letzten thematischen Schwerpunkt dieser Diskussion.

Die Überlegungen zu konkreten Schritten, um der gesellschaftlichen Unsicherheit zu begegnen, erhielten ihren Antrieb und ihre Prägung aus verschiedenen Quellen. Generelle Übereinstimmung herrschte darüber, daß dringender Handlungsbedarf bestehe, Ordnung und Sicherheit zu stärken. Das Feld dürfe dabei nicht den vereinfachenden Losungen von „Law and Order“ überlassen werden. Lösungsansätze müßten sich statt dessen stärker an den vielfältigen gesellschaftlichen Ursachen für die empfundene Unsicherheit orientieren, sich aber auch an den durch liberale, rechtsstaatliche und demokratische Verfaßtheit gesetzten Parametern messen lassen. Dabei sei es nicht notwendig, sich allgemein auf die Suche nach neuen Lösungen zu begeben. Vielmehr ließen sich eine Vielzahl von Problemen identifizieren, für die Ansätze und Lösungen durchaus zur Verfügung stehen, bisher aber in unzureichendem Maße ausgeschöpft worden seien. Gleichzeitig komme, und hierin bestehe ein großes Potential für Innovation, bilateralen und europäischen Ansätzen für die deutsche wie die polnische Seite gleichermaßen große Bedeutung zu. Insgesamt wurde betont, daß die derzeitige Konjunktur der Sicherheitsdiskussion damit auch eine große Chance darstellt, bisherige Versäumnisse im Bereich von Ordnung und Sicherheit zu beseitigen.

Auf deutscher Seite richtet sich dieser Handlungsbedarf vor allem auf die kulturelle Basis öffentlicher

„Ich setze darauf, daß eine gute Aufklärung, ein Engagement der politischen Kräfte, eine differenzierte Betreuung durch die Medien weiter helfen als die Verschärfung von Gesetzen.“

Ordnung. Es gehe darum, das Bewußtsein von Recht, Ordnung und Freiheit wieder in stärkerem Maße einzuüben. Während hier oft die jüngere Generation genannt wurde, der durch Schule und Familie entsprechende Denk- und Verhaltensweisen stärker nahegebracht werden müßten, wurde auch darauf verwiesen, daß die kritische Balance zwischen Ordnung und Freiheit unter jeglichen Akteuren, also älteren Generationen, politischen Entscheidungsträgern, öffentlicher Verwaltung, entwickelt werden müsse. Dabei gehe es auch vor allem darum zu vermitteln, daß absolute Sicherheit nicht möglich und ein gewisses Restrisiko der Preis der Freiheit ist. Um dieses verbleibende Risiko zu minimieren, bedürfe es der Verantwortung jedes Einzelnen für öffentliche Ordnung und Sicherheit. Die Herausbildung und Stärkung solcher Bewußtseinshaltungen, einer generalisierten Ordnungskultur, habe damit besondere Priorität.

Damit eng verbunden ist die wiederholt betonte Bedeutung präventiver Maßnahmen. Vor allem an den Beispielen von Jugendarbeit und politischer Erziehung zeige sich, daß die Möglichkeiten von Prävention keinesfalls ausgeschöpft werden. Hier sind stärkere Akzente gefordert, auch wenn anerkannt wurde, daß präventive Ansätze nur langfristig wirken, in der Bekämpfung gesellschaftlicher Unsicherheit also nur begleitenden Charakter haben können.

Kurzfristig hingegen wurde, und hier stimmten Deutsche und Polen völlig überein, betont, daß deutliche Schritte seitens des Staates unverzichtbar sind, um das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen zu stärken. Dabei dürften solche Maßnahmen in einzelnen Fällen auch Konzessionen an „Law-and-Order“-Politiken machen, wenn sie effektiv zur Ordnungssicherung beitragen. Solche Schritte wären auch dazu

„Ist es geboten, einer Radikalisierung durch Zugeständnisse an ‚Law and Order‘ zu begegnen?“

angetan, die Radikalisierung der Debatte zu entschärfen, die politische Kräfte mit sich bringen, welche sich ausschließlich über „Law and Order“ definieren.

Große Bedeutung wurde der bilateralen und europäischen Ebene zugemessen. Freiheit, Recht und Ordnung sind demgemäß genuin europäische Themen, deren Absicherung nur grenzüberschreitend möglich ist. Im europäischen Verbund ist zu definieren, welche Rechte und Freiheiten unverzichtbar und strikt zu verteidigen und welche Konzessionen denkbar sind. Damit rückte die Idee einer europäischen Wertordnung in den Mittelpunkt der Diskussion, die es näher zu bestimmen und zu vermitteln gilt. Als Kernstück dieser Wertordnung wurde wiederum das Bewußtsein von Freiheit, Recht und Ordnung genannt, das, wie schon im deutschen Kontext, eine generelle Ordnungskultur beschreibt. Nicht zuletzt wurde angeregt, daß diese kulturellen Eckpfeiler einer europäischen Wertordnung sich auch in dem Vertrag wiederfinden müßten, der am Ende des Verfassungskonvents stehen soll.

Daneben wurden jedoch auch konkretere Schritte auf europäischer Ebene genannt. Einer Aushöhlung des Schengen-Vertrages durch Wiedereinführung von Grenzkontrollen wurde eine klare Absage erteilt. Damit richtete sich besondere Aufmerksamkeit auf die Außengrenzen der Europäischen Union, darunter auch auf die polnische Ostgrenze. Hier wurde von polnischer Seite betont, daß man sich nach Kräften bemühen werde, diese zu einer sicheren Grenze auszubauen ohne damit einen neuen Eisernen Vorhang zu errichten. Statt dessen gehe es darum, die europäische Dimension von Grenzschutz und Ordnungsbewahrung zu stärken, sei es durch gemeinsame Informationssysteme oder eine Harmonisierung des Migrations- und Flüchtlingsrechts. Für den Beitrittskandidaten Polen bedeute dies vor allem

„Wir sind einfach nicht mehr imstande, in einem einzelnen Land etwas gegen das Verbrechen auszurichten.“

eine Berücksichtigung, Anpassung und Mitarbeit an europäischen Regelungen bereits vor der eigentlichen Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Im Hinblick auf solche Kooperationen wurde auf die Traditionen bilateraler Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen verwiesen, die vor allem im Rechtsbereich bis in die siebziger Jahre zurückreichen und wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Standard des polnischen Rechtssystems heute als sehr hoch angesehen wird. Vergleichbare Kooperationen gelte es entsprechend auszubauen. Einen möglichen konkreten Schritt in diese Richtung verkörpere genau das gegenwärtige Problem gesellschaftlicher Unsicherheit. Auf bilateraler Ebene könnten Ursachen untersucht, Lösungen erarbeitet und Probleme bekämpft werden. Auf dieser Basis sollte dann geprüft werden, welche der gemachten Erfahrungen für den europäischen Raum taugen.

Zusammengestellt von Jörg Forbrig

DIE ZUKUNFT DER DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

Leszek Miller

Premierminister der Republik Polen

Es ist mir ein großes Vergnügen, am X. Deutsch-Polnischen Forum teilnehmen zu können. Ich freue mich, daß diese Initiative, die ihre Anfänge in der Mitte der siebziger Jahre hat, von Neuem aufgenommen wurde. Ich bin davon überzeugt, daß sie in der Zukunft ihre Fortsetzung finden sollte. Ich erachte das Forum als einen wichtigen Ort des Dialoges zu Problemen, die Polen wie Deutschland heute beschäftigen.

Der Blick auf die Zukunft erfordert Mut und Vision. Im Nachdenken über die Zukunft sollten wir die Vergangenheit nicht vergessen. Vor nicht ganz zwei Jahren haben wir das tausendjährige Bestehen unserer Beziehungen begangen. Es ist es wert, daran zu erinnern, daß, obwohl die tragischen Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts im Bewußtsein unserer Völker verankert sind, die Perioden der Konfrontation zwischen Polen und Deutschen bedeutend kürzer waren als die Zeiten friedlicher Zusammenarbeit und gemeinsamer kultureller Befruchtung.

Der Blick auf unsere Nachkriegsbeziehungen zeigt, daß die Heilung der Wunden nach dem Krieg eine schwierige, gleichwohl notwendige Erfahrung war. Eine historische Gestalt in der Geschichte der Annäherung beider Völker war zweifelsohne Willy Brandt. Indem

„Im Nachdenken über die Zukunft sollten wir die Vergangenheit nicht vergessen.“

er sich im Dezember 1970 für den Abschluß des Vertrages mit Polen im Ergebnis der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen entschloß, unternahm er einen ungewöhnlich wichtigen und mutigen Schritt. Er verstand, daß trotz vieler offener Wunden die polnische Gesellschaft zur Versöhnung mit den Deutschen bereit war. Würdige Nachfolger von Kanzler Brandt wurden Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder. Zum Symbol des Neubeginns in den deutsch-polnischen Beziehungen wurde die Friedensgeste, die der erste Premier des freien Polens, Tadeusz Mazowiecki, und der Kanzler der Wiedervereinigung, Helmut Kohl, in Kreisau austauschten. Ein wichtiges Ereignis auf dem Weg zur Versöhnung war der Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog aus Anlaß des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes und die Anwesenheit von Bundespräsident Johannes Rau und Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Westerplatte und in Palmiry zum Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges.

„Die Beziehungen mit Deutschland sind zu einer Priorität für jede polnische Regierung geworden.“

Die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland sind zu einer Priorität für jede polnische Regierung geworden. Das deutsch-polnische Verhältnis und der Prozeß der Verständigung zwischen unseren Gesellschaften sind eine Frage, zu der in Polen Konsens herrscht. Dies betrifft auch die Regierung, der ich vorstehe. Die Beziehungen mit unserem westlichen Nachbarn haben für uns Priorität. Aus diesem Grunde begab ich mich auch auf meinen ersten Staatsbesuch, fast unmittelbar nach dem Wahlsieg der neuen Regierung, nach Berlin.

Heute ist Polen der wichtigste Handelspartner Deutschlands in Ostmitteleuropa. Regelmäßig finden politische Konsultationen auf allen Ebenen statt. Es entwickeln sich die Grenzzusammenarbeit, der Jugend-

austausch. Die Selbstverwaltungen knüpfen immer engere Verbindungen. Natürlich gibt es schwierige Probleme, die Anstrengungen und Aufklärung erfordern, wie die Restitution von Kulturgütern, die im Ergebnis des Krieges verlagert wurden, oder die zu geringe Unterstützung für den deutsch-polnischen Jugendaustausch. Diese Fragen sollten zur effektiven Suche nach Verständigung anhalten. Ich freue mich sehr, daß es dank der deutschen Regierung wie auch des Bundeskanzlers Gerhard Schröder selbst nach so vielen Jahren zu einer Lösung der Entschädigungsfrage für polnische Zwangsarbeiter im Dritten Reich gekommen ist. Mit Genugtuung nehmen wir die Übereinkunft zur Kenntnis, die in der Frage des Ausgleiches der Verluste, die bei der Auszahlung der Entschädigungen an Zwangsarbeiter entstanden waren, getroffen wurde.

Die Frage nationaler Minderheiten wurde entsprechend internationaler Standards im Vertrag über gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit geregelt. Polen nimmt die übernommenen Verpflichtungen wahr. Ich bin überzeugt, daß auch die Polen in Deutschland in zunehmendem Maße von den im Vertrag festgeschriebenen Rechten und Privilegien profitieren werden. Ich denke, daß die Situation im deutsch-polnischen Grenzgebiet ein Beispiel für gutnachbarliche und europäische Reife ist. Ein wichtiges Element der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen sind die Euroregionen. Indem sie historische Vorurteile abbauen, fördern sie die Annäherung lokaler Gesellschaften, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung. Ich bin davon überzeugt, daß die Vorteile, die sich aus der Aktivität solcher Regionen wie Neiß, Spree, Bober und Pommerania ergeben, beispielhaft für die übrigen Grenzen Polens wirken. Unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird die Grenz-

zusammenarbeit, die regionale Kooperation mit deutschen Partnern, aber auch mit den Gebieten, die außerhalb der EU-Strukturen verbleiben, weiter stärken.

Meine Damen und Herren,

„Im Kontext der sich vertiefenden europäischen Integration bestimmen Deutsche und Polen aufs neue ihre Beziehungen.“

im Kontext der sich vertiefenden europäischen Integration bestimmen Deutsche und Polen aufs neue ihre Beziehungen. Dies erfordern unsere gemeinsame Geschichte wie auch das Gefühl der Verantwortung für die Zukunft unserer Völker. Einer der Nestoren der deutsch-polnischen Versöhnung, Władysław Bartoszewski, formulierte dies so: „Die Zeit ist gekommen, da Polen und Deutsche aufhören sollten, eine Bürde für Europa zu sein, und beginnen, zum Wohle Europas zu wirken.“ Genau dieses Denken in gesamteuropäischen Kategorien hat Deutschland und Polen aus dem Fatalismus der geopolitischen Lage herausgeführt. Erinnern wir uns daran, daß die Europäische Union ein System ist, in dem jeder von der Zusammenarbeit profitiert, keiner jedoch dabei einbüßt. Daher können Deutsche und Polen viel durch die europäische Integration gewinnen oder aber vieles verlieren, wenn diese nicht erfolgreich ist.

Unser Handeln sollte die Unterstützung der Bürger finden, weil kein großes Projekt entgegen gesellschaftlichen Befindlichkeiten gelingen kann. Ich weiß, daß der Beitritt Polens zur Europäischen Union in einigen gesellschaftlichen Kreisen viele Befürchtungen weckt, und ich bemühe mich, ihre Ursprünge zu verstehen. Die Überzeugung der Gegner der EU-Erweiterung, die sich auf keine Diskussion einlassen, die von vornherein wissen, daß die Integration ein Fehler ist, diese Überzeugung ist eine große Herausforderung für uns. Es gilt, sich daran zu erinnern, daß ein Mißerfolg in diesem Bereich

ein großer Verlust für alle Beteiligten ist. Unruhe rufen die Ergebnisse von Meinungsumfragen hervor. Das Bild des Durchschnittspolen in den Augen des durchschnittlichen Deutschen ist nicht so, wie wir uns das wünschen würden. Daher sind Veränderungen der Einstellungen von Polen wie Deutschen bedeutsam.

Mir scheint im übrigen, daß sich die Stereotypen über Deutsche in Polen bedeutend schneller positiv verändern als die Vorstellungen über Polen in Deutschland. Dies ist ein langer Prozeß und ich erlaube mir, Ihnen anhand meines eigenen Beispiels eine Anekdote zu erzählen. Wie Sie wissen, ist der Name Miller kein typisch polnischer Name. Ich weiß nicht genau, woher meine Vorfahren stammten, aber als ich zur Schule ging, hatte ich aus diesem Grund von Zeit zu Zeit verschiedene Probleme. Als mein Sohn, der auch Miller heißt, die Schule besuchte, hatte er aus diesem Grunde schon keinerlei Schwierigkeiten mehr. Jetzt, da meine Enkelin, die ebenfalls Miller heißt, in die Schule kommt, wird sie schon nur noch Vorteile haben. So ändert sich das in Polen. Es erfordert Zeit, aber dies ist die Tendenz.

Und wir möchten, daß das Stereotyp über Polen in Deutschland, das oft sehr unfreundlich ist, sich schneller ändern möge. Notwendig sind dafür genaues Wissen, Ablehnung von Vorurteilen und Stereotypen, der Wille zum gegenseitigen Verständnis. Es erfordert die Ausweitung unmittelbarer Kontakte, einen breiteren Jugendaustausch, die Entwicklung polnischen Sprachunterrichts in deutschen Schulen, des Deutschunterrichts in Polen und die Bestimmung von Perspektiven für die Zusammenarbeit. Eine wichtige Rolle können gerade solche Institutionen, Gruppen und Dialoge wie das Deutsch-Polnische Forum spielen. Die Herausforderung, vor der Polen und Deutsche stehen, ist das Streben nach der Einheit unseres Kontinents. Gerade Po-

„Wir möchten, daß das Stereotyp über Polen in Deutschland, das oft sehr unfreundlich ist, sich schneller ändern möge.“

„Heute beschreiben die Grenzen Europas die Achtung vor solchen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Rechte des Einzelnen, Gewährleistung seiner allseitigen Entwicklung.“

len und Deutsche können heute davon Zeugnis ablegen, wie stark die Bindungen einer gemeinsamen Geschichte, gemeinsamer Traditionen und Werte sind. Sie können bezeugen, daß Versöhnung möglich ist und daß ihr Ergebnis Frieden, Stabilität und Wohlstand sind.

Heute beschreiben die Grenzen Europas die Achtung vor solchen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Rechte des Einzelnen, Gewährleistung seiner allseitigen Entwicklung. Wir sollten uns jedoch daran erinnern, daß diese nicht ein für allemal gegeben sind. Ich bin sicher, daß die Solidarität der europäischen Völkerfamilie das beste Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit ist. Sie wirkt unterstützend im Kampf gegen die menschenverachtenden Kräfte, die nach Totalitarismus und Fundamentalismus trachten. Unsere Kraft entspringt unserer Gemeinschaft. Polen und Deutsche sollten aktiv für die Suche und Bestimmung gemeinsamer Werte und Interessen und für die Schaffung von Strukturen eintreten, die diese Werte und Interessen garantieren.

In unserem Interesse liegt nicht nur die zügige Erweiterung der EU, sondern auch ihre Vertiefung. Nur eine starke und gut funktionierende Union kann den Herausforderungen begegnen, vor denen Europa steht. Besonders nach den tragischen Ereignissen des 11. September gibt es die Notwendigkeit, Sicherheit und Verteidigung zu stärken. Ich denke, daß die europäische Idee mutiger Visionen bedarf. Sie sollten miteinander in Kühnheit und Reichweite so konkurrieren, wie dies die Flüge Adam Małysz's und Sven Hannawalds tun, um mich auf attraktive Sportereignisse zu berufen, die gerade stattfinden.

Diese Visionen müssen auch die Beziehungen mit Staaten einbeziehen, die nach der Erweiterung Nachbarn der EU sein werden. Daher ist ein wichtiger Bereich,

in dem wir werden zusammenarbeiten können, die Ostpolitik der EU. Deren Adressaten sind vor allem Rußland, die Ukraine und Weißrußland. Die größte Aufgabe in diesem Bereich ist die Unterstützung beim Aufbau der Marktwirtschaft, von Rechtsstaaten und Zivilgesellschaften in diesen Ländern und ihre Annäherung an die europäischen und euroatlantischen Strukturen. Die polnische Regierung glaubt, daß die EU Rußland und der Ukraine die Möglichkeit der Entwicklung von Beziehungen geben sollte, ohne von vornherein neue geopolitische Grenzen in Europa zu ziehen. Nach der Erfüllung entsprechender Bedingungen sollte der künftige Abschluß von Absprachen über eine Zollunion, von Assoziierungsabkommen einer neuen Art oder auch die Schaffung einer Freihandelszone nicht ausgeschlossen werden.

Ganz Europa braucht ein demokratisches und stabiles Rußland. Während seines kürzlichen Besuches in Polen versicherte uns Präsident Putin, daß seine Anstrengungen genau in diese Richtung zielen. Wir wissen, daß sie durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden. Auch der Regierung Polens liegt sehr am Erfolg dieser Anstrengungen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dem Kalinigrader Gebiet. Dies ist ein vielversprechendes Gebiet für die Begegnung Rußlands mit dem Westen. Als künftiges EU-Mitglied möchten wir, daß die Öffnung des Kalinigrader Gebietes unter unserer Beteiligung erfolgt. Wir nehmen die Bedeutung der Teilnahme Rußlands an der Anti-Terror-Koalition zur Kenntnis. Sie eröffnet neue Möglichkeiten des Dialoges im Bereich der Sicherheitspolitik.

Ein wichtiger Partner für die Union ist die Ukraine. Seit Jahren übermittelt Polen der Ukraine seine Erfahrungen mit den Vorbereitungen auf die EU-Mit-

gliedschaft. Ich bin überzeugt, daß die europäischen Ambitionen der Ukraine keinen Aufschub verdienen. Sehr hoch schätze ich die Position von Bundeskanzler Schröder, der der Ukraine seine Unterstützung in den Verhandlungen mit der EU zugesagt hat, die in der Zukunft möglicherweise zu einem Assoziierungsabkommen führen.

„Das große europäische Projekt sollte niemanden von vornherein ausschließen. Es ist die beste Antwort auf die Bedrohungen und Herausforderungen, vor denen Europa im 21. Jahrhundert steht.“

Trotz der Isolation, in der sich Weißrußland befindet, sollte die Union dieses Land nicht aus dem Blickfeld verlieren. Es wird unser unmittelbarer Nachbar einer erweiterten EU sein. Insbesondere gilt es, Weißrußland in Informationsprogrammen der EU zu berücksichtigen. Überlegungen erfordert auch die Frage wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Tore zur europäischen Integration sollten allen europäischen Ländern offenstehen, die alle Anforderungen erfüllen. Das große europäische Projekt sollte niemanden von vornherein ausschließen. Es ist die beste Antwort auf die Bedrohungen und Herausforderungen, vor denen Europa im 21. Jahrhundert steht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das wichtigste Element eines gemeinsamen europäischen Bewußtseins sollte das Gefühl der Verantwortung für die künftige Gestalt unseres Kontinents sein. Polen und Deutsche haben Europa und der Welt gezeigt, daß Versöhnung und Verständigung möglich sind. Jetzt kommt die Zeit, sich der nächsten Herausforderung anzunehmen, die in der Arbeit an der künftigen Gestalt Europas besteht. Ich habe die Hoffnung, genauer gesagt bin ich sicher, daß Polen und Deutsche auch in dieser Angelegenheit erfolgreich sein werden. Ich wünsche Ihnen fruchtbare Beratungen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

POLEN UND DEUTSCHE: PARTNER ODER KONKURRENTEN IN EUROPA?

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa seit dem Ende der sowjetischen Hegemonie und der Auflösung des Ost-West-Konflikts können nicht ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher Faktoren betrachtet werden. Neben der Umwandlung der politischen Institutionen in demokratische Strukturen war die Ablösung der Planwirtschaft durch eine funktionierende Marktwirtschaft ein wesentliches Element der einschneidenden Reformbemühungen. Auf diese Weise rückten viele Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ näher an die bereits etablierten Demokratien und Marktwirtschaften Westeuropas heran. Sie schufen dadurch erst die Voraussetzung für einen intensiven Austausch von Kapital, Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Know-How. Im Zuge dieser Entwicklungen stehen einige der jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa, zu denen auch die Republik Polen zählt, mit dem Beitritt zur Europäischen Union vor einer neuen Stufe der politischen und wirtschaftlichen Integration in westeuropäische Strukturen. Sie werden in absehbarer Zukunft nicht nur unmittelbar an den Entscheidungsverfahren der gemeinsamen EU-Institutionen beteiligt sein, sondern auch ihren jeweiligen Wirtschaftsstandort den einheitlichen Spielregeln des gemeinsamen Binnenmarkts unterwerfen.

Weil dies direkte Auswirkungen haben wird auf die wirtschaftlichen Beziehungen von Deutschland und

Teilnehmer

Marek Belka
Roland Berger
Henryka Bochniarz
Ursula Engelen-Kefer
Tessen von Heydebreck
Janusz Kaczurba
Reinhold Kopp
Janusz Lewandowski

Moderation

Hermann Rudolph

„Die Asymmetrie zwischen Deutschland und Polen spielt eine wesentliche Rolle.“

Polen, fand während des X. Deutsch-Polnischen Forums auch eine Diskussion von Wirtschaftsexperten statt, die sich gemeinsam über die Möglichkeiten des zukünftigen wirtschaftlichen Austausches Gedanken machten. Dabei ging man davon aus, daß die beiden Nachbarstaaten heute bereits eine rege wirtschaftliche Zusammenarbeit verbindet. Wenngleich nicht vergessen werden darf, daß die verstärkte wirtschaftliche Annäherung von einer unverkennbaren Asymmetrie gekennzeichnet ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit der Eingliederung des Gebiets der ehemaligen DDR im Vergleich zu Polen nicht nur doppelt so viele Einwohner, sondern zählt – trotz einiger Probleme bei der Gestaltung des Strukturwandels in Ostdeutschland – nach wie vor zu den wichtigsten Wirtschaftskräften der Welt. Die Wirtschaftsleistung Polens liegt hingegen noch weit unter dem EU-Durchschnitt.

Für das zukünftige Nachbarschaftsverhältnis von Deutschland und Polen wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob sich ungeachtet jenes Ungleichgewichtes eine Situation einstellen kann, die für beide Seiten gewinnbringend bzw. zufriedenstellend sein wird. Die bevorstehende Erweiterung des EU-Binnenmarkts und die damit verbundenen Hoffnungen und Ängste regten die Teilnehmer dieser Diskussion zum Nachdenken an über ein neues Mischungsverhältnis von Partnerschaft und Konkurrenz. Die Experten aus Deutschland und Polen waren sich jedoch darin einig, daß dies im ökonomischen Bereich immer nur unzureichend bestimmt werden kann. Denn das freie Spiel der Marktkräfte als Grundprinzip der gemeinsamen Wirtschaftsordnung und der damit verbundene Wettbewerb um Wirtschaftsfaktoren und Standortvorteile sind wesentliche Faktoren einer eigenständigen ökonomischen Logik. Durch eine gemeinsame Standortbestimmung kann

allerdings ein ausgewogenes Bild der gegenwärtigen Gestalt der Wirtschaftsbeziehungen entstehen – aus dem Dialog über die jeweils eigenen Vorstellungen ein gemeinsames Modell für den weiteren Weg. Vor allem dieser Herausforderung stellten sich die deutschen und polnischen Experten für unternehmerische und wirtschaftspolitische Fragestellungen während des X. Deutsch-Polnischen Forums. Wesentliche Schwerpunkte der Diskussion bildeten folgende Themen:

- Wie groß ist das Ausmaß der deutsch-polnischen Wirtschaftszusammenarbeit und welche Gestalt hat sich dabei herauskristallisiert?
- Wie sieht die bisherige Bilanz der wirtschaftlichen Transformation Polens aus?
- Inwieweit waren dabei die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen hilfreich und welche Weichen werden für die zukünftige Zusammenarbeit gestellt?
- Wie bewerten deutsche Unternehmens- und Arbeitnehmervertreter den Wirtschaftsstandort Polen und wo gibt es künftige gemeinsame Arbeitsfelder?

Nach einem eingängigen Meinungsaustausch wandten sich die Diskussionsteilnehmer darüber hinaus den ergänzenden Fragen und Anregungen der übrigen Teilnehmer des X. Deutsch-Polnischen Forums zu.

Um sich zunächst einen Eindruck vom derzeitigen Ausmaß der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu verschaffen, ist es hilfreich, auf einige quantitative Größen und sozioökonomische Zusammenhänge zu blicken, die im Verlauf der Diskussion zusammengetragen wurden. Das gemeinsame deutsch-polnische Handelsvolumen hat sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt, indem es von 8,4 Mrd. Euro im Jahr 1992 auf gut 26 Mrd. Euro im Jahr 2000 ange-

„Die Frage nach Partnerschaft oder Konkurrenz ist reine Koketterie, es wird beides sein. Entscheidend ist die richtige Mischung.“

„Ein polnischer Arbeitnehmer produziert im Verhältnis zum EU-Durchschnitt für weniger Geld relativ mehr. Ein attraktives Land also für Auslandsinvestitionen.“

stiegen ist. Der wirtschaftliche Ertrag ist mittlerweile auf beiden Seiten annähernd gleichmäßig verteilt, weil das polnische Handelsdefizit in Bezug zu Deutschland neben der enormen Ausweitung des Volumens ständig sinkt. Es betrug im Jahr 2000 etwa 2,5 Mrd. Euro. Ein Drittel des polnischen Exports ist für Deutschland bestimmt. Die Importe aus Deutschland machen ein Viertel der gesamten polnischen Einfuhren aus. Aber nicht nur als Handelspartner, sondern auch als Investoren spielen deutsche Unternehmen für Polen eine sehr wichtige Rolle. Ungefähr 200 deutsche Großunternehmen investierten bis zum Ende des Jahres 2000 knapp 6 Mrd. USD, weitere 6000 deutsche Unternehmen beteiligten sich an kleineren und mittelständischen Betrieben. Zusammengenommen stehen die deutschen Investitionen damit vor den Engagements aus Frankreich und den USA an oberster Stelle.

Die vielfältigen Überschneidungen bei der Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten zwischen Deutschen und Polen ergeben sich nicht zuletzt aus der räumlichen Nähe beider Länder. Die gemeinsame geopolitische Lage führte nach der außenwirtschaftlichen Umorientierung Polens in den 90er Jahren zwangsläufig zu einem Anstieg der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Polen verfügt mit knapp 40 Millionen Einwohnern zudem über einen relativ großen Absatzmarkt, was dieses Land deutlich von den anderen Beitrittskandidaten abhebt. Nach der Durchführung einschneidender wirtschaftspolitischer Reformen, bei denen auch Negativentwicklungen, wie z. B. die hohe Inflation und Rezession zu Beginn der 90er Jahre, erfolgreich bekämpft wurden, entwickelte sich Polen zu einer attraktiven Wirtschaftsregion für Auslandsinvestitionen. Darin stimmten die Experten aus beiden Ländern vollkommen überein. Es läßt sich hinzufügen, daß Polen

aus deutscher Sicht innerhalb eines Jahrzehnts noch vor Rußland oder Tschechien, dem anderen Nachbarn Deutschlands, zum wichtigsten Handelspartner in Mittel- und Osteuropa geworden ist.

In Anbetracht des quantitativen Ausmaßes der wirtschaftlichen Verflechtung von Polen und Deutschland wies ein polnischer Diskussionssteilnehmer darauf hin, daß auf beiden Seiten mittlerweile mehrere hunderttausend Arbeitsplätze mit den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen in irgendeiner Form verknüpft sind. Unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung könnte auch in dieser Hinsicht noch eine Steigerung möglich sein. Dies dürfte allein aufgrund der relativ hohen Arbeitslosigkeit in Polen, aber auch in Deutschland nicht unbedeutend sein bei der Wahrnehmung der eigenen Interessen an einer Vertiefung der Zusammenarbeit. Es gab deshalb zu keinem Zeitpunkt der Diskussion zwischen den deutschen und polnischen Wirtschaftsexperten Zweifel am beiderseitigen Nutzen einer intensiven Zusammenarbeit. Die Kooperationen, das wurde in diesem Zusammenhang auch deutlich, wurden in den vergangenen Jahren durch die Institutionalisierung gemeinsamer Projekte bereits gefestigt. Dabei kann die von beiden Ländern gleichermaßen finanzierte Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) als Motor der Zusammenarbeit angesehen werden. Sie fördert vor allem Investitionen und Kooperationen kleinerer und mittlerer Unternehmen in den strukturschwachen Grenzgebieten. Darüber hinaus gibt es eine rege Zusammenarbeit zwischen vier Regionen aus Deutschland und Polen. Vor allem in grenznahen Gebieten hat die Zahl der gemeinsamen Aktivitäten zugenommen, weil mit dem EU-Beitritt Polens die Regionen an Oder und Neiße noch enger als bisher zusammenwachsen werden.

„Ich zögere nicht, von einer Wirtschaftspartnerschaft zu sprechen. Nicht nur des Ausmaßes, sondern auch der Vielfalt von Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit wegen.“

„Die Erinnerung an den tragischen Teil der gemeinsamen Geschichte behindert die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht. Diese wird vielmehr durch die Politik der Annäherung noch begünstigt.“

Trotz dieser vielfältigen und äußerst fruchtbaren Aktivitäten und des hohen symbolischen Charakters der wirtschaftlichen Kooperationen zwischen beiden Ländern machten die Diskussionssteilnehmer auch deutlich, daß diese nur im Sinne einer Zweckpartnerschaft zu verstehen sind. Die Übergänge zwischen Partnerschaft und Konkurrenz seien im wirtschaftlichen Bereich besonders fließend: ein guter Partner könne gleichzeitig auch ein starker Konkurrent sein. Zudem gibt es innerhalb der beiden Länder auch unterschiedliche Auffassungen über die Kosten und den Nutzen einer intensiven Zusammenarbeit. In Polen hört man immer wieder kritische Stimmen zum verstärkten Engagement deutscher Investoren, obwohl deren Beitrag zur Wirtschaftsbelebung unbestritten ist. Auch in Deutschland äußern verschiedene Interessengruppen die Sorge, daß die heimischen Unternehmen zu viel jenseits der deutsch-polnischen Grenze investieren und zu wenig in den eigenen strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands. Aus der Expertendiskussion ging hingegen eindeutig hervor, daß derart verengte Perspektiven den beiderseitigen Nutzen einer ergebnisorientierten Zusammenarbeit unterschätzen. Selbst die deutschen Arbeitnehmervertreter, das wurde beim X. Deutsch-Polnischen Forum deutlich formuliert, begrüßen – trotz einer äußerst angespannten Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland – in vollem Umfang die Integration Polens in den EU-Binnenmarkt und offene Handelsbeziehungen. Das fördere nicht nur die Stabilität in Europa, sondern wirke sich ganz konkret auch positiv auf die neuen Bundesländer aus, weil dort bedingt durch die wirtschaftliche Annäherung neue Entwicklungs- und Wachstumskräfte mobilisiert werden könnten. Das eigentliche Problem liege allerdings darin, daß die Bürger in beiden Ländern zu wenig über diese großen

gemeinsamen Potentiale informiert seien und zu sehr mit ihren Ängsten allein gelassen würden. Auch in Polen, darauf machte ein deutscher Zuhörer im Anschluß an die Podiumsdiskussion aufmerksam, dürfe in der öffentlichen Kommunikation nicht immer beim Bild „deutsches Großunternehmen gegen schwachen heimischen Wettbewerber“ stehen geblieben werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen dürften nicht immer nur als Kooperation ungleicher Partner wahrgenommen werden, sondern vielmehr als Vereinigung unterschiedlicher Kompetenzen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels. Die polnischen Podiumsteilnehmer sprachen sich auch eindeutig für weitere und engere Kooperationen mit der deutschen Wirtschaft aus – nicht zuletzt, weil die westlichen Partner durch ihre Erfahrung, durch ihr Know-How und ihre internationalen Verbindungen auch Wegbereiter für polnische Unternehmen in den globalen Wettbewerb seien. Zahlreiche Beispiele in den Bereichen Versorgung und Zulieferung belegten diese Annahme bereits heute. In erster Linie durch Anreize zur Investition in neue Technologien und durch Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung meinen die polnischen Wirtschaftsvertreter die deutschen Investitionen weiter erhöhen zu können.

Die polnischen Diskussionssteilnehmern sprachen auch offen davon, daß Polen in absehbarer Zukunft noch kein gleichberechtigter Wirtschaftspartner Deutschlands werden kann. Eine deutsche Firma mit großen finanziellen Möglichkeiten im internationalen Rahmen, die in Polen und anderen Ländern investiert, sei im allgemeinen kaum vergleichbar mit einem polnischen Unternehmen in der gleichen Branche. Außerdem stecke Polen noch mitten im Transformationsprozeß und hat im Inneren mit vielen Problemen der gesellschaftlichen Modernisierung zu kämpfen. Des weiteren erhöhe

„Interessant wird es doch erst dann, wenn man die jeweiligen komparativen Vorteile beider Länder zusammenlegt und etwas Drittes daraus hervorgeht.“

„Polen kann für Deutschland kein Konkurrent auf den wichtigen Parketts in Europa sein.“

sich von außen der Druck des globalen Wettbewerbs, der sich durch die weltweiten Konjunkturprobleme in den vergangenen Monaten noch verschärft habe. In einer derartigen Situation ist es für eine strukturschwächere Region wie Polen um so wichtiger, auf verlässliche Partner zurückgreifen zu können, die fehlende Stützen im eigenen Land ausgleichen. Bei Berücksichtigung dieser Tendenzen gab es für alle Diskussionsteilnehmer keinen Zweifel daran, daß die polnische Wirtschaft derzeit sehr stark auf deutsche oder andere ausländische Beteiligungen angewiesen sei. In diesem Sinne könne Polen in absehbarer Zeit weder als gleichberechtigter Partner Deutschlands noch als gleichberechtigter Wettbewerber auf dem EU-Binnenmarkt oder Weltmarkt wahrgenommen werden.

An diesem Punkt läßt sich das ambivalente Verhältnis von Partnerschaft und Konkurrenz sehr deutlich zeigen, die jeder wirtschaftlichen Zusammenarbeit innewohnt. Beide Seiten haben großes Interesse an einer engen Kooperation, weil sich beide einen Nutzen davon versprechen. Dabei ist es gleichzeitig aber für jeden einzelnen Partner unerlässlich, eine eigenständige Position zu bewahren, um angesichts der globalen Veränderungen handlungsfähig im ökonomischen Wettbewerb zu bleiben. Für die schwächere Seite ist die Gefahr größer, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu geraten, weil die Alternativen neben der Kooperation mit dem stärkeren Partner begrenzt sind. In der Auseinandersetzung um die eigene Handlungsfreiheit werden beide Seiten immer wieder an die Grenzen ihrer Kooperationsfähigkeit stoßen. Aus dieser Perspektive ließen sich auch die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen betrachten, auch wenn die politische Realität und Interessensverflechtungen der beiden Nachbarstaaten ungleich komplexer sind.

Ein deutscher Experte erinnerte an die Beitrittsverhandlungen Polens mit der Europäischen Union, um jene Differenzen, die es im Wirtschaftsleben immer zwischen Partnern geben kann, auch am deutsch-polnischen Fall zu verdeutlichen. Er führte als bekanntes Beispiel die Forderungen von Übergangsfristen für die Gleichbehandlung polnischer Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt bzw. für die Freiheit des Landerwerbs ausländischer Investoren auf polnischem Gebiet an. Beide Seiten sehen sich gezwungen, den freien Wettbewerb der Wirtschaftsregionen zu Beginn der gemeinsamen Teilnahme am EU-Binnenmarkt für einen festgelegten Zeitraum zu unterbinden. Auch aus diesem Grund könne demnach angezweifelt werden, ob man im Falle von Polen und Deutschland heute und in naher Zukunft überhaupt von Wettbewerbern im ökonomischen Sinn sprechen dürfe. Gerade jedoch die Garantie eines fairen Wettbewerbs zu gemeinsam definierten Marktbedingungen stellte das Grundprinzip des europäischen Binnenmarktprojekts und auch dessen Erfolgsrezept in den vergangenen Jahren dar. Die gegenwärtigen deutschen und polnischen Wettbewerbsbeschränkungen könnten jedoch sehr schnell von dieser Realität eingeholt werden, so der Wirtschaftsexperte, weil die größeren Freiheiten im Handel mit den anderen Mitgliedern zu einer Relativierung der bilateralen Vorbehalte führen würden. Das würde letztlich bedeuten, daß sich der freie Wettbewerb zwischen den Akteuren der Beitrittsländer und den etablierten Volkswirtschaften der heutigen Europäischen Union früher als von einigen geplant von selbst einstellen könnte.

Für die polnische Wirtschaft wird es demnach in den kommenden Jahren darauf ankommen, weiterhin für Partnerschaften aus Deutschland und anderen Ländern attraktiv zu bleiben, um dadurch gleichzei-

„Sind wir wirklich schon Wettbewerber? Es gibt doch noch unendlich viele Schranken für den Wettbewerb auf beiden Seiten.“

„Ich kann den Optimismus in Polen teilen. Trotzdem muß noch etwas getan werden, damit die guten Rahmenbedingungen bestehen bleiben.“

tig die eigene Position im gemeinsamen Wettbewerb in der Europäischen Union und auf dem Weltmarkt zu stärken. Während der Diskussion zeigten sich alle polnischen Teilnehmer mit Blick auf die bisherigen Resultate der wirtschaftlichen Transformation Polens optimistisch, daß Polen seine Rolle auch in der EU finden und der Beitritt gleichzeitig zu einem weiteren Anstieg der deutsch-polnischen Aktivitäten führen werde. Bis dahin sei aber noch einiges im eigenen Lande zu tun und eine Anzahl von Problemen zu lösen. Entscheidend werde sein, daß Polen sein Potential auch nach dem EU-Beitritt ausnutzt und die Wirtschaftspolitik bereits heute mit einer weitsichtigen Perspektive diesen Weg konsequent vorbereitet.

Die Experten konzentrierten sich deshalb auf die Bewertung der polnischen Wirtschaftstransformation und die Suche nach Ansätzen für weitere Reformen sowie auf einige wirtschaftspolitischen Fragestellungen mit Perspektive auf den erweiterten Binnenmarkt. Die Möglichkeit der Vertiefung jener Fragestellungen ergab sich vor allem aus einem interessanten Unterschied in der Zusammensetzung der deutschen und polnischen Diskussionsteilnehmer: Hochrangige Vertreter der derzeitigen polnischen Wirtschaftspolitik und Unternehmer kamen mit deutschen leitenden Unternehmens- und Arbeitnehmervertretern zusammen, die aufgrund praktischer Erfahrungen über die Vor- und Nachteile der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Polen sprechen konnten.

Alle Beteiligten, sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite, waren sich einig in der Bewertung der wirtschaftlichen Transformation Polens. Sie sprachen uneingeschränkt von einer Erfolgsgeschichte, die um so höher bewertet werden müsse, wenn man berücksichtige, von welchem Niveau man Anfang der

„Es ist schon eine Erfolgsgeschichte, die Polen im letzten Jahrzehnt vollbracht hat.“

90er Jahre ausgegangen sei. Innerhalb eines Jahrzehnts hätten die Polen nicht nur zivilisatorische und wirtschaftliche Versäumnisse der letzten 40 oder 50 Jahre nachgeholt; ein polnischer Teilnehmer sprach sogar von Vernachlässigungen von über 100 Jahren in manchen Bereichen – verglichen mit den am weitesten entwickelten Teilen der Welt. Zu Beginn der Transformation stand man vor der Herausforderung, den staatlichen Wirtschaftssektor zu sanieren und zu privatisieren, was aufgrund einer völlig überholten Wirtschaftsstruktur (v. a. Bergbau, Stahlindustrie, Landwirtschaft) bis heute noch Schwierigkeiten bereitet. Dennoch macht der private Sektor gegenwärtig 55% der Beschäftigten und 70% des Bruttoinlandsprodukts aus. Der Erfolg dieser Umwandlungen wird zurückgeführt auf die entschlossene Umgestaltung zentraler wirtschaftlicher Institutionen und vor allem auf den Mut und die Kraft einer Vielzahl von Menschen, die nach 50 Jahren gelenkter Planwirtschaft mit unternehmerischem Spürsinn den Weg in die Selbständigkeit suchten. Aber auch in Polen ließen die negativen sozialen Folgen der einschneidenden Eingriffe nicht lange auf sich warten: Die Arbeitslosigkeit steigt seit einiger Zeit drastisch an und erreicht in manchen strukturschwachen Regionen Spitzenwerte von über 25%. Der Unterschied zwischen Stadt und Land, Reichen und Armen, Hochqualifizierten und niedriger Qualifizierten, Liberalen und Traditionalisten hat sich zudem stark vergrößert, weshalb neue Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft aufbrechen.

Ein gegenwärtiger Akteur der polnischen Wirtschaftspolitik wies während der Podiumsdiskussion darauf hin, daß die Steuerbarkeit von Reformprozessen spätestens bei den Einstellungen und Verhaltensmustern eines Teils der Bevölkerung aufhöre, weil sich über einen längeren Zeitraum entwickelte Mentalitäten nicht derart rasant

„Transformationsprozesse sind in der Tat schwierige Prozesse, und es sind Krisen inbegriffen.“

ändern ließen. An diesen Punkten zeigen sich Parallelen zu anderen Reformstaaten und nicht zuletzt auch zu den neuen Bundesländern in Deutschland, wo die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Umwandlungsprozesse nur durch einen hohen finanziellen Aufwand der staatlichen Institutionen mit fragwürdigem Erfolg abgefangen werden.

Diese Möglichkeiten der Umverteilung stehen der polnischen Regierung jedoch nicht zur Verfügung, weil die öffentlichen Kassen bereits leergefegt sind und der Staatshaushalt durch drastische Neuverschuldungen belastet ist. Die Wachstumsraten der polnischen Wirtschaftsleistung von über 5 % in den 90er Jahren sind aufgrund des weltweiten Konjunkturerinbruchs in weite Ferne gerückt. Eine Verlangsamung des Integrationsprozesses Polens in die Europäische Union droht, wenn es den polnischen Haushaltsplanern nicht gelingt, Mittel für die Kofinanzierung der notwendigen Maßnahmen vor dem EU-Betritt aufzubringen.

Die neue Regierung versucht durch ein breit angelegtes Wirtschaftsprogramm für die kommenden Jahre die wesentlichen Probleme in Angriff zu nehmen. Dieser Aktionsplan wurde während der Expertendiskussion des X. Deutsch-Polnischen Forums vorgestellt, was von den polnischen Wirtschaftspolitikern zu einer unmittelbaren Diskussion mit den deutschen Wirtschaftsvertretern genutzt werden konnte. Das Hauptziel des Programms ist die Wiederbelebung der polnischen Wirtschaft, was sich nach Meinung aller Experten unter den gegenwärtigen Bedingungen als äußerst schwierig erweisen werde. Für die kommende Etappe der wirtschaftlichen Stabilisierung und Integration ist es für die Entwicklung Polens unausweichlich, neue Wachstumsquellen zu erschließen. Das Wirtschaftswachstum soll deshalb innerhalb der nächsten drei Jahre auf ein

„Ohne Wirtschaftswachstum werden wir in Polen vor allem auch die sozialen Probleme nicht in den Griff bekommen.“

Niveau von 5 – 6 % ansteigen, so die Vorstellung der Regierungsvertreter, weil ohne dieses Wachstum weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Probleme gelöst werden könnten.

In einer zweiten wichtigen Säule des neuen Wirtschaftsprogramms sind Maßnahmen zur aktiven Förderung der Beschäftigung zusammengefaßt. Hierbei geht es vor allem um die Bekämpfung der dramatisch ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit, damit dem größten Kapital der polnischen Gesellschaft auch eine Perspektive im eigenen Land geboten wird. Mit diesem Hinweis wandte sich der polnische Diskussionssteilnehmer insbesondere an die deutschen Zuhörer, um seinerseits die Befürchtung zu äußern, daß nach dem EU-Beitritt – entgegen der allgemeinen Auffassung einer „Flut“ von Billiglohnkräften – vor allem die besten Kräfte Polens das Land Richtung Westeuropa verlassen würden.

Eine dritte Zielsetzung im Wirtschaftsplan der Regierung ist die finanzielle, wirtschaftliche, logistische und organisatorische Vorbereitung Polens auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Das habe nichts mit den laufenden Verhandlungen zu tun, erklärte ein polnischer Wirtschaftspolitiker, die ohnehin bis zum Ende des Jahres abgeschlossen würden. Vornehmlich geht es in diesem Punkt um die Vorbereitung auf Instrumente und Maßnahmen der EU, damit unerwartete Verzögerungen der Integration Polens in den Europäischen Binnenmarkt vermieden werden.

Ferner werde die neue Regierung innerhalb dieses Wirtschaftsprogramms auch ein Reformpaket für kleinere und mittlere Unternehmen auf den Weg bringen. In diesem Bereich sehe man für die kommenden Jahre die meisten Wachstumspotentiale für Beschäftigung und Wirtschaftsleistung. Es habe sich in mehreren Er-

„Bei kleinen und mittleren Unternehmen ist ein riesiges Potential vorhanden, das die zweite Etappe der polnischen Entwicklung und zum Teil auch die deutsch-polnische Partnerschaft tragen kann.“

hebungen herausgestellt, daß die Unternehmer in erster Linie durch die fehlende Transparenz und einen großen Interpretationsspielraum im existierenden Steuersystem behindert würden. Hier sei ein Reformprozeß angestoßen worden, der hauptsächlich den kleineren Unternehmen und Unternehmensgründungen in Form von Steuererleichterungen und Verminderung der Vorschriftendichte zugute kommen werde. Darüber hinaus soll im Steuersystem vor der Änderung der Steuergesetze und der Höhe der Steuern zunächst einmal der „Auslegungsdschangel“ bekämpft werden, wobei die Regierung zum Beispiel eine stärkere Zentralisierung der Finanzämter vornehmen wolle.

„Wir möchten unseren Partnern zeigen, daß die Wirtschaftspolitik auf die Schwankungen der Konjunktur richtig reagieren kann.“

Die Vertreter der deutschen Investoren drückten während des Panels ihre Zufriedenheit aus mit dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Weg der neuen polnischen Regierung. Mit dem Hinweis, daß einige ihrer Reformvorschläge in gleicher Weise auch in Deutschland umgesetzt werden müßten, gaben sie aus ihrer unternehmenspraktischen Perspektive einige zusätzliche Anregungen zu notwendigen Schritten der Umstrukturierung. Ein global tätiges Unternehmen, ein potentieller Investor, betrachte ein Land zunächst nur unter dem Gesichtspunkt des Marktes, im Bewußtsein, daß sich Märkte mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung und wachsendem Wohlstand entwickeln würden, erläuterte einer der deutschen Unternehmensvertreter. Ein zweiter Gesichtspunkt sei die mögliche Erschließung eines Landes als Produktionsstandort mit der Überlegung, inwieweit sich dieser Standort in die vorhandenen weltweiten Produktions- und Lieferbeziehungen einbinden ließe. Viele Erfolgsgeschichten belegten, daß es im Falle Polens für deutsche Unternehmen in diesem Punkt keine Widersprüche gebe. Es seien in der Tat bereits genügend Beispiele vor-

handen, an denen man sehen könne, wie nach einem ersten Engagement mit vorsichtigem Abtasten ein Ausbau von Produktionsstätten im großen Stil stattfände, worauf weitere Investitionen folgen würden.

Als Hauptgrund der wirtschaftlichen Attraktivität Polens für Investoren nannten die deutschen Betriebswirte einvernehmlich die derzeitigen „komparativen Vorteile“ des Reformlandes. In Polen sind das in erster Linie die relativ niedrigen Arbeitskosten bei relativ hoher Arbeitsproduktivität, ein sehr gutes Ausbildungsniveau im Bereich der höher qualifizierten Arbeitskräfte und ein ausgeprägter Unternehmergeist. Diese Vorteile müsse Polen unbedingt auch in die Europäische Union einbringen und sich auch bei den Beitrittsverhandlungen von der Europäischen Union nicht zu viele Vorschriften aufzwingen lassen. Vielmehr rieten die deutschen Unternehmensvertreter, in Polen weiterhin offensiv die Regelungsdichte der Verwaltungen zu vermindern, um somit auch den modernen und innovativen Unternehmen in Polen die notwendige Flexibilität für den internationalen Wettbewerb zu gewährleisten. Akut wurde genau wie bei den polnischen Sprechern von deutscher Seite die Steuerproblematik als eine der gegenwärtigen Wachstumsbremsen angesehen.

Neben den bereits erwähnten Reformen im öffentlichen Bereich müsse auch die Korruption in Polen offensiver als bisher bekämpft und das Rechtssystem verlässlicher gestaltet werden, um Polen entschlossen auf den Wachstumspfad zurückzuführen. Außerdem gebe es noch weitere Möglichkeiten bei der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte bzw. des Arbeitsrechts. Zur Modernisierung des Landes werde nur eine rasche Verbesserung der Infrastruktur beitragen. Vernünftige „Private-Public Partnerships“ würden helfen, das Loch der öffentlichen Finanzen auszugleichen – damit ist ge-

„Wenn man auf die komparativen Vorteile dieses Landes schaut, kann man getrost optimistisch in die Zukunft Polens sehen.“

„Der unternehmerische Geist von Menschen, die neue Technologien entwickeln und die neue Produkte schaffen, wird es möglich machen, daß die EU das bringen wird, was wir uns von ihr erhoffen.“

meint, daß ein größerer Teil der notwendigen Investitionen und Leistungen in Form einer Beteiligung privat finanziert werden könnte. Weiterhin bestehe in Polen ein großer Restrukturierungs- und Privatisierungsbedarf von Großunternehmen aller Branchen, um auf dem EU-Binnenmarkt mithalten zu können. Auch in diesem Punkt sei Polen auf ausländisches Kapital, Technologie und Know-How angewiesen. Weil die dringend erforderlichen Auslandsinvestitionen seit zwei Jahren rückläufig seien, müsse auch in dieser Hinsicht ein „offensiveres Marketing“ betrieben werden. Aber in den bereits etablierten Bereichen etwa, in denen Polen heute schon stark sei, wie z. B. in der Landwirtschaft, in der Textilbranche und in der Holzverarbeitenden Industrie, ließe sich die Wertschöpfung noch viel weiter erhöhen. Gleiches gelte für das Wachstumspotential durch verstärkte Förderung von Innovationen. Die polnische Wirtschaft gibt heute nur 0,7% des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung aus, wohingegen im Vergleich dazu der EU-Durchschnitt bei 1,9% liegt, in Ländern wie den USA, Schweden oder Finnland sogar bei über 3%.

Polens Chance für die zweite Etappe des dringend notwendigen Wachstumsschubs könnte im konsequenten Ausbau der vorhandenen „New Economy“-Ansätze liegen. Deshalb rieten alle deutschen Wirtschaftsexperten den polnischen Regierungsvertretern nochmals eindringlich, die Bedingungen für die kleineren und mittleren Unternehmen zu verbessern. In Polen gebe es viele leistungsbereite junge Menschen mit großem Gespür für unternehmerisches Potential. Deshalb müßten neben bürokratischen Reformen auch in praktischer Hinsicht durch Bereitstellung von „Venture Capital“ die Rahmenbedingungen für eine funktionierende und florierende Gründerszene geschaffen werden. Auch ein Vertreter eines

deutschen Großunternehmens wies darauf hin, daß vor allem bei den zukunftsorientierten kleineren Firmen ein hohes Beschäftigungspotential liege und daß solche Arbeitsplätze in der Regel auch stabiler und sicherer seien als in den großen Konzernen. Auf diesem Weg könne die polnische Wirtschaft – auch durch Unterstützung von ausländischen bzw. deutschen Kooperationspartnern – zu mehr Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit finden.

Ein Beschäftigungswachstum durch Förderung der Unternehmertätigkeit „von unten“ dürfte auch ein geeignetes Mittel zur Überwindung der steigenden „Euroskepsis“ in Polen sein. In den vergangenen Jahren haben sich wegen der weitreichenden Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft die Kritiker der europäischen Integration vermehrt zu Wort gemeldet. Nicht wenige Menschen haben, von der Arbeitslosigkeit oder von der Entwertung der eigenen Fähigkeiten bedroht, das Gefühl von zunehmender sozialer Unsicherheit. Nach Jahrzehnten sozialistisch geprägter Arbeits- und Lebensgewohnheiten empfinden vor allem die Verlierer der gesellschaftlichen Modernisierung Polens den Einfluß kapitalistischer Interessen auf gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse als problematisch. Die öffentliche Wahrnehmung der polnischen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union, bei denen es hauptsächlich um die Vorbereitung der polnischen Wirtschaft auf den Europäischen Binnenmarkt geht, trägt außerdem zu einem Anstieg der Angst vor einem „Europa der Konzerne“ bei. Eine deutsche Teilnehmerin wies darauf hin, daß eine Wirtschaftspolitik, die auch die Bedürfnisse und Wünsche der kleinen und mittleren Unternehmen im Auge behalte, zumindest zur Überwindung jener Ängste beitragen könne.

„Die Menschen, die sich primär auf sich selbst verlassen, werden auch die nötigen Hilfen zur Erzielung ihres angestrebten Erfolgs bekommen.“

„Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Europäischen Union muß gestaltet werden, aber auch die soziale Entwicklung.“

Die Bemühungen der Politiker um Akzeptanz in der Bevölkerung können allerdings auch zu weit führen, wie einige Medienberichte nach dem Regierungswechsel im Herbst 2001 über die Unabhängigkeit der polnischen Notenbank zeigten. Selbst wenn nach Angaben der anwesenden Regierungsvertreter die Struktur der Notenbank zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt wurde, gebe es durchaus offene Diskussionen über unterschiedliche Schwerpunkte und Zielvorstellungen zwischen dieser zentralen finanzpolitischen Institution und der gegenwärtigen Regierung. Ein deutscher Unternehmensvertreter warnte davor, derartige Diskussionen politisch zu instrumentalisieren, weil sie nicht nur in der eigenen Bevölkerung, sondern vor allem unter den ausländischen Investoren zu unnötigen Irritationen führten.

„Seit wann soll die Verwaltung die Unternehmen glücklich machen? Das ist nicht der Sinn der Sache.“

Ein Weg der polnischen Politik aus dem Dilemma von ökonomischen Umstrukturierungszwängen bei wachsender Verdrossenheit der Bürger könnte stattdessen ein offener Dialog über das zukünftige Sozialmodell Polens in der erweiterten EU sein. Auch dabei besteht, sowohl in Polen als auch in Deutschland, die Möglichkeit, von den Unterschieden zu lernen und zu profitieren. Die Bedingungen für Arbeitnehmer und die Garantien der sozialen Absicherung sind nur in wenigen Ländern so günstig ausgeprägt wie in Deutschland. Dies läßt sich auf die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch auf die einflußreiche Rolle der Arbeitnehmervertreter im politischen Entscheidungsprozeß zurückführen. Polen hat den Weg zu einer tragfähigen Sozialen Marktwirtschaft noch nicht gefunden; seit dem Abflauen der Gewerkschaftsbewegung Anfang der 90er Jahre gibt es in Polen auch keinen ähnlich starken Verhandlungspartner auf der Arbeitnehmerseite. Nur etwa 14 % aller Beschäftig-

ten sind dort gewerkschaftlich organisiert, in Deutschland sind es immerhin noch knapp doppelt so viele. Wie die polnischen Diskussionsteilnehmer deutlich machten, gehe es jedoch in Zukunft darum, wie in Deutschland vernünftige Sozialstandards zu etablieren und dabei nach Möglichkeit eine Überorganisation von Arbeitgeber-, aber auch Arbeitnehmerverbänden zu verhindern. Insofern könne das eher reformscheue Deutschland mit seinen großen Apparaten zur Verwaltung der organisierten Interessenvertretung in diesem Punkt kein Vorbild für Polen sein. In einem weiter gefaßten Sinne dürfte aufgrund komplementärer Interessen jedoch auch hier eine Chance der Kooperation beider Länder im gemeinsamen Dialog über die notwendige und wünschenswerte Absicherung von Lebensbedingungen liegen. Der bevorstehende Wettbewerb auf dem gemeinsamen Binnenmarkt wird diese Entwicklung wohl eher fördern als behindern. Viele der oft kritisierten Regulierungen auf der europäischen Ebene dienen ja allein der Annäherung an ein Mindestmaß an Chancengleichheit aller Beteiligten, um damit überhaupt erst die Voraussetzungen für faire Marktbedingungen zu schaffen. Viele dieser heute selbstverständlichen Errungenschaften mußten in der Vergangenheit in zähem Ringen erkämpft werden, was durch eine Diskussionsteilnehmerin nochmals in Erinnerung gerufen wurde.

Nach Vollendung der Binnenmarktintegration Polens wird es unter den genau definierten Spielregeln zwischen deutschen und polnischen Wirtschaftspartnern zu einer Konsolidierung der wechselseitigen Beziehungen kommen. Die konkrete Gestalt der zukünftigen Zusammenarbeit bleibt dabei ungewiß, das gegenwärtige Ausmaß der Kooperation darf beide Seiten jedoch sehr optimistisch stimmen. Bei genauerer Betrachtung

„Wir wissen, daß Bürokratien über Bürokratien nicht viel bringen, aber ohne Sozialstandards geht es nicht.“

der gemeinsamen wirtschaftlichen Ergebnisse ist die Integration der deutschen und polnischen Wirtschaft ohnehin so weit fortgeschritten, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen schon heute als Vorbild für Kooperation und Vertrauen auf dem erweiterten Binnenmarkt dienen können. Die Angleichung der Marktbedingungen auf dem Binnenmarkt wird somit neben den quantitativen noch vielmehr die qualitativen Aspekte der Beziehungen verändern.

Trotz fortschreitender wirtschaftlicher Verflechtung ist die nahende Erweiterung des EU-Binnenmarkts in den Köpfen vieler Bürger weit entfernt von der Realität und kaum vorstellbar. Vielleicht wollen gewisse Interessengruppen in beiden Ländern auch deshalb die einheitliche formale Integration mit aller Kraft verhindern oder zumindest hinausschieben. In Deutschland mangelt es nach wie vor auch bei den Funktionseleiten noch heute an fundiertem und differenziertem Wissen über den Nachbarn Polen. Auf der polnischen Seite bleibt man zum Teil noch gerne bei Mythen und Metaphern der dunklen Episoden deutsch-polnischer Geschichte stehen. Dabei haben viele polnische Unternehmer und Arbeitnehmer bisher stark von Kapital, Technologie und Know-How aus Deutschland profitiert und viele deutsche Unternehmen durch ihre Initiative in Polen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bewahren oder gar steigern können.

Deutet demnach alles darauf hin, daß sich „die Deutschen und Polen durch Handel zwar besser kennenlernen, aber dann doch weniger mögen“? Diese provozierende Frage stellte ein Zuhörer während der Diskussion und berührte dadurch ein Thema, das sich ohne weiteres auch auf die gesamteuropäische Ebene beziehen ließe. Ökonomische Motive führen sowohl zu einer Annäherung als auch zu wirtschaftlichen Aus-

„In dem Land, in dem die Investitionen und der Handel am stärksten sind, ist die Unterstützung der Bevölkerung für die EU-Erweiterung am geringsten.“

einandersetzungen zwischen einzelnen Ländern. Die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen sorgen für eine fortschreitende Verflechtung von Interessen bis ein Grad der Interdependenz erreicht ist, an dem der gemeinsame Pfad nicht ohne weiteres verlassen werden kann. Das muß allerdings nicht heißen, daß die Menschen der unterschiedlichen Länder sich deshalb besser verstehen und mehr aufeinander zugehen als vorher. Dies kann von wirtschaftlicher Kooperation allein auch niemals erwartet werden.

Zusammengestellt von Sebastian Büttner

Teilnehmer

*Helmut Holter
Jarosław Kalinowski
Markus Meckel
Friedbert Pflüger
Józef Oleksy
Jan Maria Rokita*

Moderation

Adam Krzemiński

EU-OSTERWEITERUNG – WAS SAGE ICH MEINEN WÄHLERN?

Es liegt in der Natur Deutschlands und Polens als demokratisch verfaßte Gemeinwesen, daß Fragen und Entscheidungen europäischer wie bilateraler Art undenkbar sind ohne die Perspektive der Bevölkerung beider Länder. Gerade in Anbetracht eines so wichtigen Schrittes wie der Osterweiterung der Europäischen Union, aber auch in Hinblick auf die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen kommt der Öffentlichkeit diesseits und jenseits der Oder eine außerordentliche Bedeutung zu. Es gilt, Informationen zu liefern und Überzeugungsarbeit zu leisten, auf Hoffnungen wie Befürchtungen einzugehen, Argumente zu finden und nicht zuletzt Tatsachen zu schaffen, die imstande sind, die Notwendigkeit einer vergrößerten Europäischen Union und das damit verbundene Potential zu veranschaulichen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird diese Bevölkerungsperspektive wesentlich durch den Verhandlungskontext bestimmt, in dem sich die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und die Erweiterungskandidaten befinden. Dabei sind es vor allem einzelne Fragestellungen, die besonders kontrovers sind und entsprechende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregen. So sind es auf deutscher Seite der freie Verkehr von Arbeitskräften aus den Beitrittsländern, in Polen vor allem Fragen der Landwirtschaft oder des Landerwerbs durch Ausländer, die im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehen. Obwohl zweifelsohne von großer

Bedeutung, verengt dieser Verhandlungskontext die Sicht der Öffentlichkeit, hebt einzelne Probleme besonders heraus und bestimmt die Wahl der präsentierten Argumente.

Mittelfristig rücken zwei weitere Ereignisse in den Vordergrund, die sich maßgeblich auf die Sicht der Bevölkerungen in beiden Staaten auswirken werden. In Deutschland sind dies die Bundestagswahlen im September 2002. Zwar steht nicht zu befürchten, daß sich durch diese die generelle Haltung zu Fragen der Europäischen Union und ihrer Osterweiterung verändern wird. Nichtsdestotrotz beeinflussen Wahlkampf und – potentiell – Wahlergebnis die Themenwahl, die Positionen zu ausgewählten Fragestellungen und damit die Wahrnehmung in der deutschen Öffentlichkeit.

In Polen, andererseits, ist der Beitritt des Landes zur Europäischen Union durch ein Referendum zu legitimieren, das für die Jahresmitte 2003 geplant ist. Auch hier steht zu erwarten, daß es ausgewählte Aspekte einer polnischen EU-Mitgliedschaft sein werden, die von Befürwortern wie Gegnern eines Beitritts in den Vordergrund gerückt werden, damit die Sicht der polnischen Bevölkerung bestimmen und das Ergebnis des Referendums beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund widmete sich diese letzte Podiumsdiskussion des X. Deutsch-Polnischen Forums vor allem der Darstellung und Wahrnehmung des Erweiterungsprozesses in der Öffentlichkeit. Inhaltlich orientierte sich die Debatte dabei im wesentlichen an den folgenden Fragestellungen:

- Welche, vor allem auch kritischen, Argumentationsstränge dominieren derzeit die öffentliche Debatte?

- Welche Fragen und Argumente sollten verstärkt im Vordergrund stehen?
- Wie kann die Öffentlichkeit besser an Fragen der EU-Osterweiterung herangeführt werden?

Im wesentlichen unstrittig war dabei für alle Teilnehmer dieser Diskussion, daß der polnische Beitritt zur Europäischen Union wünschenswert und notwendig ist. Entsprechend ging es vor allem darum zu klären, in welcher Weise die Öffentlichkeit in beiden Ländern in positiver Weise für die Osterweiterung gewonnen werden könne.

Der natürliche Ausgangspunkt für solche Überlegungen war eine Bestandsaufnahme dessen, was in der öffentlichen Diskussion zum Thema Osterweiterung bislang tonangebend ist. In Polen, so der Tenor der polnischen Diskussionsteilnehmer, sind es dabei vor allem drei große Themenblöcke, um die sich die öffentliche Debatte zu Für und Wider eines EU-Beitritts bewegt und die wichtige Ansatzpunkte für kritische Stimmen liefern.

Ein erstes Argument stellt auf die Wettbewerbsproblematik ab. Seitens verschiedener Berufsgruppen wird die Befürchtung geäußert, daß die polnische Beteiligung am europäischen Binnenmarkt ihre Existenzgrundlagen gefährdet, da sie sie einer ungleich ressourcenstärkeren westlichen Konkurrenz ausliefert. Insbesondere zeigt sich dies am Beispiel der polnischen Landwirtschaft. Ohnehin schon einem gewaltigen Modernisierungsdruck ausgesetzt, wäre das Überleben der Landwirtschaft wie auch anderer Berufsgruppen gefährdet, wenn der EU-Beitritt und die Öffnung des polnischen Marktes nicht von Schutzmaßnahmen für die einheimische Wirtschaft begleitet würden.

Eng verbunden mit diesem Problem ist das Prinzip der Solidarität, das die Grundlage für einen zwei-

„Verschiedene Gruppen befürchten, daß sie in einem europaweit offenen Wettbewerb zu kurz kommen.“

ten wichtigen Argumentationsstrang bildet. Zum einen wird anerkannt, daß Solidarität unter ihren Mitgliedern ein konstituierendes Prinzip der Europäischen Union darstellt. Durch Umverteilungsmechanismen innerhalb der EU werden weniger entwickelten Staaten Möglichkeiten und Mittel gegeben, besondere Entwicklungsanstrengungen und -projekte zu unternehmen. In Polen gibt es jedoch Zweifel, ob das Solidaritätsprinzip in seiner bisherigen Bedeutung beibehalten wird oder ob nicht, unter dem Zwang innerer und finanzieller Reformen der Europäischen Union, dieses zunehmend ausgehöhlt wird.

Das aktuelle Beispiel, das diese Befürchtungen weiter nährt, ist die Frage der Zuzahlungen für die polnische Landwirtschaft, wo die Verhandlungsposition der Europäischen Kommission aus polnischer Sicht weit von jedweder Solidarität unter Gleichen entfernt ist. Damit einher geht die Angst, daß es mit der Osterweiterung der EU zu einer Teilung in Mitglieder erster und zweiter Klasse kommt und Polen sich in letzterer Gruppe wiederfindet. Einer solchen Hierarchisierung, so die Auffassung nicht nur der polnischen Diskussionsteilnehmer, gilt es in jedem Falle entgegenzuwirken.

Eine dritte Frage, die als bedeutsam für die polnische Diskussion angesehen wird, ist jene der Rechtsangleichung an den *Acquis communautaire*. Es wird bemängelt, daß tausende von Gemeinschaftsregelungen eingeführt wurden, von denen bei manch einer fraglich ist, inwiefern sie der Modernisierung des polnischen Rechtswesens dienen. Offensichtlich ist es schwer zu vermitteln, wie und warum aus dem *Acquis* abgeleitete Vorschriften sich in vielfältiger Hinsicht im Alltag bemerkbar machen. Damit jedoch ist der Argumentation vieler Kritiker Tür und Tor geöffnet, daß es sich bei der Umsetzung des *Acquis* im polnischen Rechts-

„Wenn man der polnischen Landwirtschaft eine Mitgliedschaft zweiter Klasse anbieten will, dann weiß ich nicht, wie ich die polnischen Bauern überzeugen soll.“

„Es gibt Hinweise darauf, daß es sich bei der Implementierung des *Acquis* um eine Art Rechtsokkupation handelt.“

system um nichts weniger als eine juristische Okkupation handelt, die kaum der Modernisierung Polens dient.

Beobachtbar wird also in Polen auf sehr praktischer Ebene über Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts diskutiert. Dies zeigt sich auch an der Tatsache, daß eine der hauptsächlichen Fragestellungen, um die sich die Europadebatte innerhalb der Europäischen Union bewegt, nämlich jene des Demokratiedefizits, in Polen offensichtlich von geringer Bedeutung ist. Im Gegenteil, so wurde argumentiert, sei dies eine separate Frage, die für die polnische Öffentlichkeit und ihre Entscheidung über die EU-Mitgliedschaft nicht von Belang ist.

Entlang der genannten Themenblöcke und der sich aus ihnen ergebenden praktischen Fragen ist es, wie von polnischer Seite eingestanden wurde, Befürwortern einer Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union bisher nur unzureichend gelungen, der Öffentlichkeit überzeugende Argumente zu liefern und verbreitete Befürchtungen abzubauen. Damit kommt jedoch, wie ebenfalls beobachtet wurde, Skeptikern und Kritikern eines EU-Beitritts eine besonders starke Position in der Öffentlichkeit zu. Deren Einwände finden bei einer breiten Schicht in der polnischen Bevölkerung Gehör, wie sich auch aus polnischen Stimmungsbildern zur Osterweiterung eindeutig ablesen läßt. All jenen, die sich für eine polnische EU-Mitgliedschaft aussprechen, muß es daher vor allem darum gehen, auf die konkreten Anliegen, Befürchtungen und oft Unkenntnis der polnischen Bevölkerung stärker einzugehen.

Dieser sehr praktischen Orientierung der polnischen Debatte wurde von deutscher Seite entgegengehalten, daß es keinesfalls geraten, sogar gefährlich sei, sich

„Wie schaut denn der Wettlauf aus zwischen Populisten und Pro-Europäern?“

in zu starkem Maße auf Einzelfragen zu konzentrieren und damit die Bedeutung des europäischen Projektes, seine historische Dimension auf im wesentlichen technische Aspekte des Erweiterungsprozesses zu reduzieren. Damit verband sich eine direkte Kritik an den pro-europäischen Politikern Polens. In dem Maße, wie diese sich auf die von EU-Kritikern und -Gegnern bestimmten einzelnen Problempunkte einlassen, tragen sie zu einer unzulässigen Verengung, auch Vereinfachung des Bildes bei, das die polnische Öffentlichkeit vom europäischen Integrationsprozeß erhält. Dazu kommt, daß nicht nur der Verhandlungsprozeß in solchen Einzelfragen wie Landwirtschaft und Landerwerb maßgeblich erschwert wird, sondern für die Öffentlichkeit die Beitrittsentscheidung als solche von diesen Problemen abhängig gemacht wird.

Ohne diese neuralgischen Fragen aus der Diskussion ausschließen zu wollen, geht es der deutschen Seite vor allem darum, der Öffentlichkeit in beiden Ländern vor allem auch die übergreifende Bedeutung der europäischen Einigung zu vermitteln. Diese gründet sich auf eine Reihe fundamentaler Fragen und Visionen, von denen behauptet wird, daß sie den Menschen in beiden Ländern durchaus zu veranschaulichen sind und diese somit für die Osterweiterung der Europäischen Union einnehmen können.

In erster Linie betrifft dies die Vision eines Europa in Frieden und Freiheit. Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte, so der Gedankengang, sei es nahezu absurd, sich gegen eine Erweiterung der Europäischen Union auszusprechen. Das Bedürfnis nach Frieden und Freiheit läßt sich für einzelne Nationen nirgendwo besser verwirklichen als innerhalb der Europäischen Union. An die Adresse der polnischen Öffentlichkeit gewandt, bedeutete ein selbst bestimmter

„Glauben Sie wirklich, daß es sinnvoll ist, den Beitritt Polens zur EU an bestimmten Einzelfragen festzumachen?“

„Das Allerwichtigste ist es, die Friedens- und Freiheitsdimension im Angesicht unserer Geschichte in den Vordergrund zu rücken.“

„Was sind denn die Alternativen für Polen?“

Ausschluß vom europäischen Integrationsprozeß nichts weniger als jene geschichtlichen Fehler zu wiederholen, denen Polen so oft zum Opfer gefallen ist. Gerade in diesem Land müßte entsprechend das historische Argument von Frieden und Freiheit auf besonders fruchtbaren Boden fallen.

Eine zweite grundlegende Frage berührt die Souveränität und Bedeutung einzelner Staaten im Zeitalter der Globalisierung. In politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht, und, wie in der Folge des 11. September klar geworden sei, auch im militärischen Bereich, gäbe es keine Alternative zum europäischen Einigungsprozeß. Weder Deutschland noch Polen hätten ohne weitere Integration in die Europäische Union eine Perspektive, ihre Souveränität uneingeschränkt auszuüben, ihre politische Bedeutung zu wahren und ihren Wohlstand weiter auszubauen. Entsprechend führe, wie sich der Öffentlichkeit leicht erschließen sollte, jeder andere Weg in die politische und wirtschaftliche Marginalisierung.

Ähnliches gilt für die kulturelle Entwicklung der Nationen Europas. Statt sich Befürchtungen über eine europäische Einheitskultur oder den Brüsseler Superstaat hinzugeben, gälte es, selbstbewußt das jeweilige kulturelle Erbe einzubringen, an dem Deutschland wie Polen so reich sind. Innerhalb der Europäischen Union wäre es somit nicht nur möglich, vom gegenseitigen kulturellen Reichtum zu profitieren, sondern auch, diesen gegen jegliche Vereinheitlichungstendenzen zu verteidigen. Ein Nichtbeitritt zur Europäischen Union führe umgekehrt dazu, daß der polnischen Kultur im Ausland nicht die Anerkennung zuteil würde, die ihr gebührt.

Mithin wurde vor allem von deutscher Seite betont, daß es nicht nur nicht notwendig ist, das europäische

„Ich kann nur sagen: Wer solche Gedichte schreibt wie die Polen, braucht doch keine Angst zu haben vor einer europäischen Einheitskultur.“

Projekt in der Öffentlichkeit auf vermeintlich konkretere Fragen des Beitritts Polens zur Europäischen Union zu verengen, sondern daß viele der visionären Aspekte dieses Projektes der Bevölkerung greifbar vermittelt werden können.

Obwohl damit die Akzente durch deutsche und polnische Diskussionsteilnehmer recht unterschiedlich gesetzt wurden, herrschte doch Einigkeit darüber, daß sich beide Argumentationsebenen keineswegs gegenseitig ausschließen. Im Gegenteil sei es erforderlich, daß der Öffentlichkeit gegenüber auf beiden Ebenen argumentiert, informiert und überzeugt werden muß, will man der Skepsis, die in beiden Ländern anzutreffen ist, erfolgreich begegnen. Damit stellte sich die Frage nach jenen Argumentationssträngen, die es seitens der Befürworter der EU-Osterweiterung zu entwickeln und zu vertreten gilt.

Ein grundsätzlicher Vorschlag zielte auf den sprachlichen Umgang mit europäischen Fragen. Ausgehend von der Kritik, daß der technokratisch und behördlich gefärbte *euro speak* für die Öffentlichkeit völlig unzugänglich ist, muß es darum gehen, europäische Integration und Erweiterung in einer Sprache zu präsentieren, die allgemein zugänglich, imaginativ und lebhaft ist. Andernfalls werde es weder gelingen, die weitverbreitete Ablehnung abzubauen, die europäischen Institutionen entgegengebracht wird, noch, ein größeres Verständnis und Interesse an Europa zu wecken.

Bei diesen Bemühungen um Information und Aufklärung sei es, so wurde allgemein anerkannt, wichtig, stets kurzfristige Entscheidungen und langfristige Entwicklungen, Verhandlungsdetails und Zukunftsperspektiven miteinander zu verknüpfen, nebeneinander zu stellen und somit ein ausgewogenes Gleichgewicht

„Die Euro-Sprache ist für den Normalbürger unzugänglich.“

„Fünfzehn Mitgliedsstaaten ergeben einen komplizierten Verhandlungsprozeß, der den Konsens aller braucht, um eine einzelne Lösung zu finden.“

unter den vielen Aspekten herzustellen, die sich aus dem europäischen Integrationsprozeß ergeben. Erst auf diese Weise erschließe sich die Komplexität des europäischen Integrationsprozesses in seiner Vielzahl von Problemen und Akteuren. Ohne diesen Eindruck der ganzen Schwierigkeit, denen sich das Projekt Europa gegenüber sieht, werde jedoch die Öffentlichkeit dauerhaft für die polemische Argumentationsweise der Europa-Skeptiker und -Kritiker anfällig bleiben.

Konkret bedeute dies, über die Alltagspolitik der Verhandlungen, des Bundestagswahlkampfes und der Referendumsvorbereitungen die weiteren Zukunftsperspektiven der Europäischen Union nicht aus dem Auge zu verlieren. Gerade mit den gegenwärtigen Beratungen des europäischen Konvents biete sich eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die langfristigen Aspekte des europäischen Projektes zu lenken. Eingefordert wurde vor allem auf polnischer Seite eine intensivere Diskussion zur Zukunft der Europäischen Union im eigenen Lande. Damit würde der Bevölkerung signalisiert, daß es die Notwendigkeit, die Möglichkeit und das Bemühen gibt, den Integrationsprozeß mitzugestalten. Dies mache es wahrscheinlicher, daß die Ergebnisse dieser Mitarbeit, die eventuelle Gestalt der Europäischen Union vor einer breiteren Öffentlichkeit Akzeptanz findet, nicht zuletzt auch dadurch, daß diese durch eine solche Diskussion sich besser über europäische Fragen informiert sähe.

Im Sinne einer solchen längerfristigen Perspektive wurde von einigen, deutschen wie polnischen, Diskussionsteilnehmern auch darauf hingewiesen, daß es wichtig sei, die Transformationsprozesse in Polen wie Ostdeutschland etwas konsequenter von der europäischen Integration zu trennen. Nur zu oft wird, wie

angemerkt wurde, die aufholende Modernisierung der vergangenen wie kommenden Jahre auf Europa projiziert. Seien es Arbeitslosigkeit, industrielle Strukturprobleme oder Anpassungsschwierigkeiten der Landwirtschaft, diese sind in erster Linie Modernisierungsfragen, die sich auf beiden Seiten der Oder ohnehin stellen und einer Lösung bedürfen. Während diese Probleme also nicht unmittelbar mit dem europäischen Integrationsprozeß verbunden sind, so biete doch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein weites Spektrum von Instrumenten und Ressourcen, die der Überwindung dieser Schwierigkeiten dienen können. Es gehe also darum zu vermitteln, daß Europa nicht der Grund für viele Probleme ist, sondern ein Weg zu ihrer Lösung.

Dabei kann, wie hervorgehoben wurde, die spezifische Erfahrung Ostdeutschlands sehr hilfreich sein. Zum ersten besteht diese in der Einsicht, daß sich die Reformen, die zur Modernisierung post-sozialistischer Gesellschaften notwendig sind, weder in wenigen Jahren bewerkstelligen lassen noch in kurzer Zeit die Früchte tragen, die von den Menschen erhofft werden. Zweitens geht es darum, der Bevölkerung das Selbstvertrauen zu geben, ihre Entwicklung in Eigenregie zu gestalten. Die Möglichkeiten, die sich hierzu auch seitens der Europäischen Union bieten, gilt es für politische Entscheidungsträger aufzuzeigen und zu nutzen. Schließlich muß deutlich gemacht werden, daß die Zukunftsvision von Entwicklung und Wohlstand nur auf der Basis von Demokratie und Wettbewerb verwirklicht werden kann, also Werten, die auch dem europäischen Projekt zugrundeliegen.

Neben diesen großen Fragen müsse es freilich auch darum gehen, auf die kurzfristigen Entwicklungen, die Beitrittsverhandlungen und -bedingungen, einzugehen.

„Jeder, der glaubt, die Schmerzen der Transformation auf Europa abbilden zu können, macht eine falsche Öffentlichkeitsarbeit und Politik für Polen.“

„Der Lernprozeß, den wir im Osten gemacht haben, steht, glaube ich, Polen noch bevor.“

„Es gilt, Argumente zu wählen und übermäßige Propaganda zu vermeiden.“

Dabei wurde vor allem gefordert, sich nicht auf die Polemik der Beitrittsgegner einzulassen, sondern eng an der Faktenlage zu argumentieren. Es sei wichtig, der Bevölkerung konkret zu vermitteln, was sie im Moment der Osterweiterung genau erwartet. Damit jedoch ergäbe sich die Notwendigkeit, nicht nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu argumentieren, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Gruppen konkret anzusprechen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die polnische Landbevölkerung. Wie betont wurde, leben zwei Fünftel der Polen auf dem Land, von denen 90% einer EU-Mitgliedschaft kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. Diese Gruppe werde für den Ausgang des Referendums von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wenn es daher nicht gelingt, dieser Bevölkerungsgruppe die Aussicht zu vermitteln, daß sich ihre Situation nach und durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union verbessern wird, und diese Perspektive auch mit konkreten Fakten zu unterlegen, bestehe die Gefahr, daß vom polnischen Land die entscheidende Ablehnung der Mitgliedschaft kommt.

Eine zweite Gruppe, die erwähnt wurde, besteht in der jüngeren Generation Polens, die durch das Geburtenhoch der achtziger Jahre sehr zahlreich ist. Generell ist diese recht pro-europäisch eingestellt, sind es doch vor allem jüngere Menschen, die neben den entsprechenden Qualifikationen auch bereits über Erfahrungen im und mit dem EU-Ausland verfügen und, wie oft gesagt wird, „mental schon in der EU sind.“ Leider sind unter der jüngeren polnischen Generation Befürchtungen verbreitet, mit einem Beitritt des Landes zur Europäischen Union nicht über dieselben Möglichkeiten und Freiheiten zu verfügen wie ihre Altersgenossen aus anderen EU-Staaten. Dies dämpft den Eu-

„In Polen werden der ländliche Raum und die Kirche über das Referendum entscheiden.“

ropa-Enthusiasmus dieser Generation. Entsprechend müsse es darum gehen, ihre Befürchtungen durch die klare Perspektive gleichberechtigter Behandlung zu ersetzen. An die deutsche Seite gerichtet, bedeute dies vor allem auch, sich des Polenbildes in Deutschland anzunehmen, dessen Entwicklung mit den Veränderungen in Polen offensichtlich nicht Schritt gehalten hat.

Schließlich stellt der regionale Rahmen einen wichtigen gesellschaftlichen Bezugspunkt dar. Gerade in den unmittelbaren Grenzregionen müsse vermittelt werden, welches Potential sich mit der polnischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbindet. Diese wird es ermöglichen, regionale Zusammenarbeit über die deutsch-polnische wie auch andere Grenzen hinweg zu intensivieren. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns und der angrenzenden polnischen Wojewodschaften macht das Potential, das die Osterweiterung auf regionaler Ebene eröffnet, besonders deutlich. Auf deutscher Seite äußerst strukturschwach, erschließt sich durch die Osterweiterung das angrenzende polnische Pommern mit der Metropole Szczecin und läßt wichtige Impulse für die regionale Entwicklung beiderseits der Oder erwarten. Für die polnische Seite ergeben sich durch den Beitritt völlig neue Perspektiven der infrastrukturellen, wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung. Nicht zuletzt durch den Zugang zu Mitteln der Europäischen Union stehen also der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit große Möglichkeiten offen. Diese Aussichten seien der Bevölkerung der Region auf beiden Seiten anschaulich zu machen und dazu angetan, diese für die Osterweiterung einzunehmen.

All diese Argumentationsstränge werden jedoch nur bedingt für die Öffentlichkeit überzeugend wirken, wenn

„Man sollte zeigen, daß Polen mental schon in der EU ist, um es sich nicht mit der jüngeren Generation zu verderben.“

„Szczecin ist wichtig für Mecklenburg-Vorpommern.“

„Gerade die informellen Diskussionen im kleinen Kreis beeinflussen die öffentliche Meinung zu Europa, nicht das Fernsehen oder die Politiker.“

sie vor allem auf die verbale Ebene politischer Entscheidungsträger beschränkt bleiben. Vor allem auf polnischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß Politik und Medien nur einen kleinen Teil der polnischen Öffentlichkeit effektiv erreichen. Statt dessen formt sich eine Mehrheit der polnischen Bevölkerung ihre Ansichten zu europäischen Fragestellungen vor allem durch informelle Diskussionen im kleinen Kreis. Verstärkte Anstrengungen, Mittel und Wege seien daher nötig, um Zugang zur Bevölkerung zu erhalten und dieser die europäische Problematik zu präsentieren.

Großer Aufholbedarf besteht dabei in der Informationstätigkeit seitens des polnischen Staates. Wie bemängelt wurde, fehlt es weitgehend an Öffentlichkeitsarbeit zum EU-Beitritt, an Informationsmaterialien, Beiträgen in den verschiedenen Medien, politischer Bildung. In Abwesenheit solcher Aufklärungsbemühungen jedoch bleibt das europäische Feld weitgehend den Gegnern eines EU-Beitritts überlassen. Hier bedarf es konzertierter Anstrengungen vor allem des polnischen Staates, der Bevölkerung ein Mehr an Information bereitzustellen und damit ein detaillierteres und ausgewogeneres Bild des europäischen Projektes zu ermöglichen.

Die polnischen Bemühungen, die Bevölkerung von der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft zu überzeugen, werden jedoch nur dann erfolgreich sein können, wenn auch seitens der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten entsprechende Signale gesetzt werden. Innerhalb der Beitrittsverhandlungen müsse der polnischen Seite konsequent Gleichberechtigung und Gleichbehandlung demonstriert und zuerkannt werden. Schließlich sind es die polnischen Verhandlungspartner, die ihrerseits der Bevölkerung die Ergebnisse der Verhandlungen und damit die Bedingungen des

„Wo ist das Material für die polnische Bevölkerung, die Sendungen im Radio, die Artikel in den Zeitungen? Ich kenne sie bis heute nicht.“

EU-Beitritts vermitteln müssen. Diese können der verbreiteten Befürchtung einer Mitgliedschaft zweiter Klasse nur begegnen, wenn die Verhandlungen eindeutig unter Gleichen geführt werden.

Seitens der EU-Mitgliedsstaaten gibt es eine ähnliche Anforderung, die polnische Mitgliedschaft eindeutig zu unterstützen. Gerade Deutschland spielt hier eine besondere Rolle, hat den polnischen EU-Beitritt auch stets befürwortet, sollte dies aber auch dadurch unterstützen, daß es sich in strittigen Fragen wie Freizügigkeit von Arbeitnehmern deutlich positiver positioniert. Daneben sollten sich all jene in Deutschland, die die Osterweiterung ausdrücklich befürworten, auch mehr den Befürchtungen der deutschen Öffentlichkeit in dieser Frage widmen. Derzeit scheinen diese durch die institutionelle Diskussion zur Europäischen Union in den Hintergrund gerückt. Mehr Aufklärung und Werbung für die Osterweiterung in Deutschland, nicht zuletzt auch im Osten des Landes, sind nicht nur erforderlich, sondern würden auch wichtige Signale nach Polen senden.

Schließlich, und wie von den Diskussionsteilnehmern einhellig angemahnt wurde, wirkt die praktische Umsetzung eines breiten Spektrums europäisch orientierter Projekte am überzeugendsten auf die Bevölkerung, sei es in Polen oder in Deutschland. Entsprechend wurde gefordert, schon vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union von den vielfältigen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die sich schon jetzt für gemeinsame Projekte bieten. Auch hier weist die regionale Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den pommerschen Wojewodschaften in die richtige Richtung. Konkrete Projekte, gemeinsame Planungen, Lösungen und Strategien und ihre Wirkungen verdeutlichen am anschaulichsten, welches Potential die Osterweiterung in sich birgt, und machen dieses greifbar für die

„Es gilt zu beweisen, daß Solidarität in der EU auch weiterhin gelten wird.“

„Angesichts der Probleme und schlechten wirtschaftlichen Situation ist es fast ein Wunder, wie gut die Stimmung in unseren Ländern noch ist.“

Menschen in beiden Ländern. In dieser Konkretheit jedoch erfüllen solche Projekte das für die Bevölkerung oft recht abstrakte Projekt Europa mit Leben.

In verschiedener Hinsicht, mit verschiedenen Argumenten und durch verschiedene Mittel ging es also deutschen wie polnischen Diskussionsteilnehmern darum, sich der Öffentlichkeitsarbeit zur EU-Osterweiterung verstärkt zu widmen. Dabei sollte man sich nicht von der gegenwärtig schwierigen Situation in Polen und Deutschland oder den oftmals wenig optimistischen Stimmungsbildern leiten lassen. Im Gegenteil, so wurde bemerkt, sei die Stimmung in beiden Ländern trotz der vielfältigen Probleme erstaunlich gut. Diese Kraft des Augenblicks gälte es im Sinne eines baldigen EU-Beitritts Polens zu nutzen. Ohnehin stelle dieser nicht das Ende und die Lösung aller Probleme, auch im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen, dar, sondern läute vielmehr eine neue Etappe mit anderen Schwierigkeiten, aber eben auch anderen Möglichkeiten ein.

„Mit dem Beitritt Polens zur EU sind die Probleme tatsächlich nicht beendet. Dann geht es erst richtig los.“

Zusammengestellt von Jörg Forbrig

LISTE DER TEILNEHMER

Ständige Mitglieder des Deutsch-Polnischen Forums

<i>Roland Berger</i>	Vorsitzender der Geschäftsführung, Roland Berger Strategy Consultants, München
<i>Jan Krzysztof Bielecki</i>	Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Ministerpräsident der Republik Polen a.D.
<i>Dr. Henryka Bochniarz</i>	Präsidentin der Polnischen Vereinigung Privater Arbeitgeber
<i>Frank Elbe</i>	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Warschau
<i>Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher</i>	Bundesaußenminister a.D., Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin
<i>Prof. Dr. Bronisław Geremek</i>	Außenminister der Republik Polen a.D.
<i>Dr. Tessen von Heydebreck</i>	Vorsitzender des Aufsichtsrates, Deutsche Bank Polska S.A., Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG
<i>Prof. Dr. Karl Kaiser</i>	Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, Berlin
<i>Dr. Jerzy Kranz</i>	Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Berlin
<i>Adam Krzemiński</i>	Redakteur der Wochenzeitschrift „Polityka“
<i>Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann</i>	Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
<i>Dr. Helmut Lippelt</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

<i>Dr. Klaus Mangold</i>	Vorstandsvorsitzender, DaimlerChrysler Services AG, Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft
<i>Markus Meckel</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD-Fraktion, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe
<i>Dr. Józef Oleksy</i>	Vorsitzender des Sejm-Ausschusses für Europäische Angelegenheiten, Bündnis der Demokratischen Linken (SLD)
<i>Janusz Reiter</i>	Ko-Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Forums, Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau, Botschafter a.D.
<i>Dr. Hermann Rudolph</i>	Geschäftsführender Herausgeber, „Der Tagesspiegel“, Berlin
<i>Dr. Angelica Schwall-Düren</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
<i>Prof. Dr. Gesine Schwan</i>	Ko-Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Forums, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder
<i>Prof. Dr. Dorota Simonides</i>	Senatorin, Union der Arbeit (UP)
<i>Cezary Stypulkowski</i>	Präsident, Citibank Polska S. A.
<i>Prof. Dr. Jerzy Sulek</i>	Präsident der Stiftung für Deutsch-Polnische Aussöhnung
<i>Prof. Dr. Rita Süßmuth</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Fraktion, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.

Weitere Teilnehmer

<i>Dr. Norbert Baas</i>	Botschafter z.b.V., Ko-Vorsitzender der deutsch-polnischen Regierungskommission, Auswärtiges Amt
<i>Prof. Dr. Jan Barcz</i>	Direktor des Bereiches Europäisches Recht, Institut für Internationale Studien, Warsaw School of Economics (SGH)
<i>Johannes Bauch</i>	Botschafter a.D., Vorstandsmitglied der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
<i>Günter Baumgartner</i>	Vorstandsvorsitzender DaimlerChrysler Polska S.A.
<i>Prof. Dr. Marek Belka</i>	Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister der Republik Polen
<i>Dr. Dieter Bingen</i>	Direktor des Deutschen Polen-Institutes, Darmstadt
<i>Andrzej Bocheński</i>	Marschall der Wojewodschaft Lubuskie
<i>Daniel Brössler</i>	Außenpolitischer Redakteur für Mittel- und Osteuropa, „Süddeutsche Zeitung“, München
<i>Dr. Ryszard Bugaj</i>	Institut für Wirtschaftswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften
<i>Hermann Bünz</i>	Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau
<i>Dr. Andrzej Byrt</i>	Unterstaatssekretär im Außenministerium der Republik Polen, Botschafter a.D.
<i>Dr. Marek A. Cichocki</i>	Programmdirektor im Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau
<i>Dr. Włodzimierz Cimoszewicz</i>	Außenminister der Republik Polen, Ministerpräsident a.D.
<i>Stefan Dietrich</i>	Verantwortlicher Redakteur Innenpolitik, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“
<i>Dr. Ursula Engelen-Kefer</i>	Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

<i>Joschka Fischer</i>	Bundesaußenminister
<i>Div.-Gen. Józef Flis</i>	Erster Stellvertreter des Chefs des Generalstabs der polnischen Armee
<i>Roland Freudenstein</i>	Koordinator Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin
<i>Piotr Gabryel</i>	Stellvertretender Chefredakteur der polnischen Wochenzeitung „Wprost“
<i>Ryszard Galla</i>	Vizemarschall der Wojewodschaft Oppeln
<i>Dr. Hans Golombek</i>	Leiter der Außenstelle Warschau, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
<i>Dr. Eugeniusz Gorczyca</i>	Generalsekretär der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
<i>Prof. Dr. Bogdan Góralczyk</i>	Leiter des Politischen Büros des Außenministers der Republik Polen
<i>Maciej Górski</i>	Berater des Staatspräsidenten der Republik Polen
<i>Dr. Andrzej Grajewski</i>	Vorstandsmitglied der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
<i>Dr. Hans-Dieter Harig</i>	Vorstandsvorsitzender E. ON. Energie AG
<i>VLR I Dr. Hans-Jürgen Heimsoeth</i>	Botschafter, Koordinator für Ostseepolitik, Leiter des Referats für die Staaten Mittel- und Nordeuropas und den Ostseerat, Auswärtiges Amt
<i>Adam Hałaciński</i>	Stellvertretender Abteilungsleiter für Europa-Angelegenheiten im Außenministerium
<i>Helmut Holter</i>	Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
<i>Prof. Dr. Jerzy Holzer</i>	Direktor des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
<i>Prof. Dr. Tadeusz Iwiński</i>	Mitglied des Sejm, Bündnis der Demokratischen Linken (SLD)

<i>Wojciech Janczyk</i>	Vizeminister für Infrastruktur der Republik Polen
<i>Marek Jędrys</i>	Direktor der Europa-Abteilung im polnischen Außenministerium
<i>Dr. Janusz Kaczurba</i>	Unterstaatssekretär im polnischen Wirtschaftsministerium
<i>Jarosław Kalinowski</i>	Vizepremier und Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Republik Polen, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (PSL)
<i>Ryszard Kalisz</i>	Abgeordneter zum Sejm, Vorsitzender der gesetzgebenden Kommission des Sejm
<i>Basil Kerski</i>	Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins „Dialog“, Berlin
<i>Bogdan Klich</i>	Stellvertretender Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Sejm, Bürgerplattform (PO)
<i>Adam Kobieracki</i>	Abteilungsleiter Sicherheitspolitik, Außenministerium der Republik Polen
<i>Reinhold Kopp</i>	Generalbevollmächtigter und Leiter Regierungsbeziehungen, Volkswagen AG
<i>Hans Koschnick</i>	Bürgermeister a.D., Präsident des Deutschen Polen-Institutes, Darmstadt
<i>Zenon Kosiniak-Kamysz</i>	Stellvertretender Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung der Republik Polen
<i>Henryk Kroll</i>	Mitglied des Sejm
<i>Dr. Uwe Kumm</i>	Associate Partner, Roland Berger Strategy Consultants, Berlin
<i>Paweł Kuraszkiewicz</i>	Vorstandsvorsitzender der E.on Polska Sp. z o.o.
<i>Prof. Dr. Roman Kuźniar</i>	Leiter des Planungsstabes im polnischen Außenministerium
<i>Aleksander Kwaśniewski</i>	Staatspräsident der Republik Polen
<i>Dr. Kai-Olaf Lang</i>	Forschungsgruppe EU-Erweiterung, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

<i>Dr. Thomas Läufer</i>	Gesandter, Deutsche Botschaft Warschau
<i>Dr. Doris Lemmermeier</i>	Geschäftsführerin des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Potsdam
<i>Dr. Janusz Lewandowski</i>	Stellv. Leiter des Sejm-Ausschusses für Europäische Angelegenheiten, Bürgerplattform (PO)
<i>Dr. Piotr Łysakowski</i>	Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Warschau
<i>Andrzej Majkowski</i>	Unterstaatssekretär in der Kanzlei des Staatspräsidenten der Republik Polen
<i>Juliusz Michał Maliszewski</i>	Direktor der Nachrichtenagentur des polnischen Fernsehens
<i>Dr. Christoph Freiherr von Marschall</i>	Redakteur, „Der Tagesspiegel“, Berlin
<i>Tadeusz Mazowiecki</i>	Polnische Robert-Schuman-Stiftung, Ministerpräsident a.D.
<i>Monika Mazur-Rafał</i>	Koordinatorin des Europaprogramms im Zentrum für Internationale Beziehungen, Polnische Sekretärin des Deutsch-Polnischen Forums
<i>Markus Mildenerberger</i>	Leiter der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa, Forschungsinstitut der DGAP, Berlin, Deutscher Sekretär des Deutsch-Polnischen Forums
<i>Leszek Miller</i>	Ministerpräsident der Republik Polen
<i>Andrzej Modrzejewski</i>	Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor, PKN ORLEN S. A.
<i>Janusz Mrowiec</i>	Leiter des Sekretariats im Außenministerium der Republik Polen
<i>Dietmar Nietan</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)
<i>Prof. Dr. Beata Ociepka</i>	Universität Breslau
<i>Waldemar Okon</i>	Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern, Greifswald

<i>Jan Olbrycht</i>	Marschall der Wojewodschaft Schlesien
<i>Roman Olszanowski</i>	Direktor Verkauf und Marketing der Stettiner Werft
<i>Solange Olszewska</i>	Neoplan Polen GmbH, Posen
<i>Dr. Józef Olszyński</i>	Professor an der Warsaw School of Economics (SGH)
<i>Dr. Janusz Onyszkiewicz</i>	Verteidigungsminister a.D., Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau
<i>John O'Rourke</i>	Erster Rat der Vertretung der Europäischen Kommission in der Republik Polen
<i>Marek Ostrowski</i>	Redakteur der polnischen Wochenzeitschrift „Polityka“
<i>Dr. Friedbert Pflüger</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU
<i>Dr. Hermann Freiherr von Richthofen</i>	Botschafter a.D., Beauftragter des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für die Zusammenarbeit mit Polen
<i>Agnieszka Rochon</i>	Leiterin der Vertretung der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau
<i>Dr. habil. Joachim Rogall</i>	Leiter des Bereiches Völkerverständigung mit Mittel- und Osteuropa, Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart
<i>Jan Maria Rokita</i>	Mitglied des Sejm, Bürgerplattform (PO)
<i>Dr. Krzysztof Ruchniewicz</i>	Historisches Institut, Universität Breslau
<i>Dr. Jacek Saryusz-Wolski</i>	Mitglied des Komitees für Europäische Integration
<i>Dietrich Schröder</i>	Märkische Oderzeitung, Redakteur für deutsch-polnische Nachbarschaft, Frankfurt/Oder
<i>Jan Skórzyński</i>	Stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „Rzeczpospolita“
<i>Dr. Aleksander Smolar</i>	Präsident der Stefan-Batory-Stiftung, Warschau
<i>Stanisław Sulowski</i>	Vorstandsmitglied der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

<i>Stan Szczurek</i>	Vorstandssitzender Deutsche Bank Polska S.A.
<i>Dr. Jan Szomburg</i>	Direktor des Instituts für Marktwirtschaftliche Studien
<i>Andrzej Szyuka</i>	Stellvertretender Büroleiter in der Kanzlei des polnischen Ministerpräsidenten
<i>Agnieszka Śliwińska</i>	Direktorin der Vertretung von EADS Polska
<i>Paweł Świeboda</i>	Abteilungsleiter für Angelegenheiten der Europäischen Union und Beitrittsverhandlungen im Außenministerium
<i>Dr. Henning Tewes</i>	Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau
<i>Prof. Dr. Mieczysław Tomala</i>	Polnisches Institut für Auswärtige Angelegenheiten (PISM)
<i>Ryszard Tomczyk</i>	Vizemarschall der Wojewodschaft Westpommern
<i>Joseph Wancer</i>	Vorstandsvorsitzender der Bank Przemysłowo-Handlowy S. A.
<i>Maria Wągrowka</i>	Chefredakteur der Monatszeitung „Polska Zbrojna“
<i>Wojciech Wieczorek</i>	Redaktion „Więź“
<i>Agnieszka Wielowieyska</i>	Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit im polnischen Außenministerium
<i>Prof. Dr. Jerzy Woźnicki</i>	Rektor der Technischen Universität Warschau
<i>Danuta Zagrodzka</i>	Redakteurin der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“
<i>Prof. Dr. Klaus Ziemer</i>	Direktor, Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW)
<i>Prof. Dr. Andrzej Zoll</i>	Ombudsmann für Bürgerrechte
<i>Jacek Żakowski</i>	Journalist, Publizist



DAS ZENTRUM FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Das Zentrum für Internationale Beziehungen (CSM) wurde 1995 von Janusz Reiter gegründet, um in Polen eine Einrichtung zu etablieren, die sich mit der polnischen Außenpolitik und einflussreichen internationalen politischen Ereignissen beschäftigt. Das CSM besitzt seit 1998 den rechtlichen Status einer Stiftung und ist somit eine unabhängige, nicht-staatliche Institution.

Hauptaufgaben des Zentrums sind Politikberatung, die kontinuierliche Beobachtung und Begleitung der polnischen Außenpolitik und die Beschreibung der aktuellen internationalen Situation Polens. Zu diesem Zwecke erstellt das Zentrum Berichte und Analysen, organisiert Konferenzen und Seminare, veröffentlicht Artikel und Bücher, führt Forschungsprojekte und Arbeitsgruppen durch. Im Laufe seiner mehrjährigen Tätigkeit gelang es dem Zentrum, ein festes Kooperationsnetzwerk aufzubauen und zu einem Diskussionsforum zu werden, das seinen Schwerpunkt auf aktuelle außenpolitische Fragestellungen legt und sich an Politiker, Staatsbeamte, Journalisten, Wissenschaftler, Studenten und Vertreter anderer NGOs richtet. Nach Auffassung des Zentrums für Internationale Beziehungen machen die Herausforderungen, vor denen die polnische Außenpolitik steht, es notwendig, eine öffentliche Debatte zu diesen Themen und Fragestellungen zu führen und zu unterstützen.

DIE ARBEIT DES CSM

Innerhalb der vergangenen sechs Jahre hat das Zentrum für Internationale Beziehungen zahlreiche Bücher, Essays und Analysen über Polens Verhältnis zu seinen Nachbarn und zu wichtigen Fragestellungen der internationalen Politik herausgegeben sowie umfangreiche Dokumentationen zu hauseigenen Konferenzen zusammengestellt. Das CSM hat größere Forschungsprojekte zu folgenden Themen durchgeführt: die Einstellungen der polnischen Gesellschaft im Hinblick auf die Europäische Integration, der Blickwinkel der polnischen und deutschen Eliten auf die Europäische Union, die Veränderungen der NATO und die bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Des Weiteren wurden Konferenzen zu beherrschenden internationalen Fragestellungen durchgeführt, wie z. B. die Erweiterung der NATO (Sicherheitsforum in den Jahren 1997 und 1998), die Wirtschaftskrise in Rußland, die Weiterentwicklung der Europäischen Integration nach dem Amsterdamer Vertrag (in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik).

Derzeit besteht das CSM aus sieben Programmschwerpunkten mit unterschiedlichen Ausrichtungen, die sich auf die vielfältigen internationalen Herausforderungen Polens beziehen. Darüber hinaus gibt es mit einem Stipendienprogramm der Robert-Bosch-Stiftung zur Förderung von Promotionen einen weiteren Schwerpunkt. Das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau ist in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. Berlin (DGAP) auch zuständig für die Organisation des Deutsch-Polnischen Forums.

PROGRAMME DES ZENTRUMS FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- Legitimationsprobleme in der EU und europäische Verfassungsfragen
- Euro-Atlantische Beziehungen
- Die EU vor und nach der Erweiterung
- Die nördliche Dimension der EU
- Ostpolitik
- „In Richtung einer neuen Partnerschaft.“ NATO, EU, Rußland und der post-sowjetische Raum
- Stipendienprogramm der Robert-Bosch-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Internationale Beziehungen

ANSCHRIFT UND KONTAKT

Zentrum für Internationale Beziehungen
ul. Flory 9
00-586 Warszawa
Tel.: (+48 22) 646 52 67, 646 52 68
Fax: (+48 22) 648 52 58
E-mail: info@csm.org.pl
Internet: www.csm.org.pl

UNSERE PARTNER

- Ford Foundation
- Fundacja im. Stefana Batorego
- Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
- German Marshall Fund of the United States
- Körber-Stiftung
- Fundacja „Wiedzieć Jak”
- Robert-Bosch-Stiftung
- Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
- Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung
- Haniel-Stiftung
- USIS

Die durch das Zentrum für Internationale Beziehungen durchgeführten Projekte wurden und werden vielfach finanziell durch das Außenministerium der Republik Polen unterstützt.

Die Arbeit des Zentrums für Internationale Beziehungen wird des weiteren unterstützt durch:

- Firma NAPKOMP
- LOT Polish Airlines